

die
darmstädter
studentenzeitung

SS

85

studentenschaft der technischen hochschule darmstadt

januar 1967

15. jahrgang

dm 0,60

SIEMENS

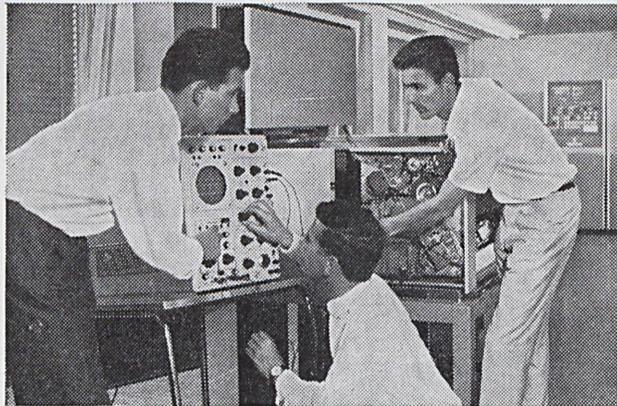
Was will der junge Ingenieur?

Er will nach dem Studium seine Kenntnisse in der Praxis anwenden, er will seine Fähigkeiten beweisen und seine Leistungen anerkannt wissen.

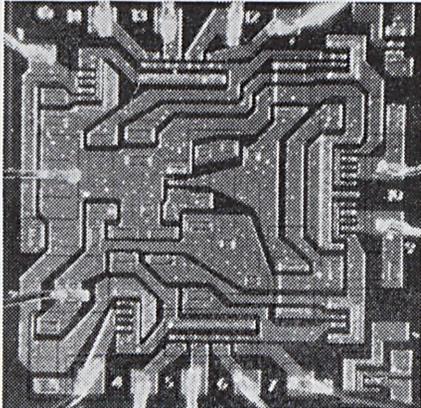
Und was findet er im Hause Siemens?

Er findet Aufgaben aus der gesamten Elektrotechnik für die verschiedenen naturwissenschaftlichen und technischen Ausbildungsrichtungen. Wir geben Gelegenheit, nach neuesten Methoden und mit modernsten Mitteln bei der Lösung vieler interessanter Probleme mitzuwirken. Die Möglichkeiten, entsprechend Ihren besonderen Fähigkeiten und Neigungen selbständig mitzuarbeiten, sind groß und damit auch Ihre Aufstiegschancen.

Aus unserer Arbeit:
Elektronische
Datenverarbeitung



Ausbildung von
Wartungsingenieuren:
Prüfung eines
Schnelldruckers



Integrierter
Rechnerschaltkreis
(wirkliche Größe
etwa 2 mm²)

Unsere Zeit steht im Zeichen eines technischen Umbruchs. Ein wichtiges Mittel ist die elektronische Datenverarbeitung. Sie verwaltet Bankkonten, Bibliotheken, Lager, sie errechnet Löhne und Gehälter mit allen Zuschlägen und Abzügen. Sie berechnet Fernsehtürme und Spannbetonbrücken, Turbinenschaufeln und Flugbahnen von Satelliten. Sie steuert und überwacht Walzenstraßen, Prozesse in Konvertern, Atomreaktoren und Großanlagen der Chemischen Industrie. Sie stellt Fernsprech- und Fernschreibverbindungen her. Verkehrsrechner beobachten den Verkehr auf Großstadtstraßen und optimieren die Signalprogramme; Satzrechner verkürzen die Zeit zwischen Ereignis und Zeitungsmeldung. Noch ist die elektronische Datenverarbeitung nicht viel älter als ein Jahrzehnt. Von Ingenieuren wurde sie geschaffen, Ingenieure arbeiten daran weiter – an ihr und mit ihr.

Über alle wichtigen Ingenieuraufgaben, über Weiterbildung und Entwicklungsmöglichkeiten bei uns informiert Sie die Broschüre »Ingenieur im Hause Siemens«.

Bitte schreiben Sie an die Abteilung Technisches Bildungswesen für Nachrichten-, Meß- und Regelungstechnik: 8000 München 25, Hofmannstr. 51

für Starkstromtechnik: 8520 Erlangen, Werner-von-Siemens-Str. 50

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT



Gratisprob'chen durch **EXCLUSIV-Tobacco**
83 Landshut, Postfach 568

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ

Hochschulbuchhandlung

Darmstadt, Lauteschlägerstr. 4
Direkt an der Hochschule

Technisches Antiquariat

Darmstadt, Magdalenenstr. 19
Am Kraftwerk der TH

Christa Oppel

Schreib- u. Übersetzungsbüro

Dissertationen
Diplomarbeiten
—
DARMSTADT
Parcusstraße 11
Telefon 76358

Wein ist Vertrauenssache!

Darum kauft man alle **Weine und Spirituosen beim Fachmann.**

Eine reichhaltige Auswahl guter und preiswerter Weine und Spirituosen bietet Ihnen Ihre

Weinkellerei Hans Möhler

Darmstadt, Bleichstr. 19, Tel. 70612

**»REISEBÜRO DARMSTADT«
LUISENPLATZ 1**

TEL: 70321

TEL: 77282

IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 TEL: 06251/2291


SIEMENS

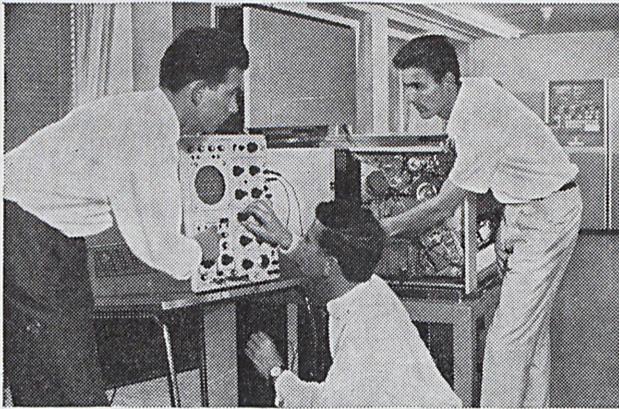
Was will der junge Ingenieur?

Er will nach dem Studium seine Kenntnisse in der Praxis anwenden, er will seine Fähigkeiten beweisen und seine Leistungen anerkannt wissen.

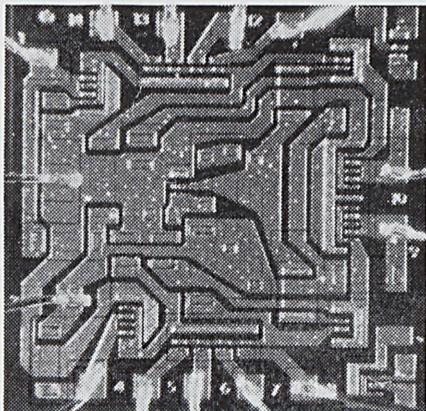
Und was findet er im Hause Siemens?

Er findet Aufgaben aus der gesamten Elektrotechnik für die verschiedenen naturwissenschaftlichen und technischen Ausbildungsrichtungen. Wir geben Gelegenheit, nach neuesten Methoden und mit modernsten Mitteln bei der Lösung vieler interessanter Probleme mitzuwirken. Die Möglichkeiten, entsprechend Ihren besonderen Fähigkeiten und Neigungen selbständig mitzuarbeiten, sind groß und damit auch Ihre Aufstiegschancen.

Aus unserer Arbeit:
Elektronische
Datenverarbeitung



Ausbildung von
Wartungsingenieuren:
Prüfung eines
Schnelldruckers



Integrierter
Rechnerschaltkreis
(wirkliche Größe
etwa 2 mm²)

Unsere Zeit steht im Zeichen eines technischen Umbruchs. Ein wichtiges Mittel ist die elektronische Datenverarbeitung. Sie verwaltet Bankkonten, Bibliotheken, Lager, sie errechnet Löhne und Gehälter mit allen Zuschlägen und Abzügen. Sie berechnet Fernsehürme und Spannbetonbrücken, Turbinenschaukeln und Flugbahnen von Satelliten. Sie steuert und überwacht Walzenstraßen, Prozesse in Konvertern, Atomreaktoren und Großanlagen der Chemischen Industrie. Sie stellt Fernsprech- und Fernschreibverbindungen her. Verkehrsrechner beobachten den Verkehr auf Großstadtstraßen und optimieren die Signalprogramme; Satzrechner verkürzen die Zeit zwischen Ereignis und Zeitungsmeldung. Noch ist die elektronische Datenverarbeitung nicht viel älter als ein Jahrzehnt. Von Ingenieuren wurde sie geschaffen, Ingenieure arbeiten daran weiter – an ihr und mit ihr.

Über alle wichtigen Ingenieuraufgaben, über Weiterbildung und Entwicklungsmöglichkeiten bei uns informiert Sie die Broschüre »Ingenieur im Hause Siemens«.

Bitte schreiben Sie an die Abteilung Technisches Bildungswesen
für Nachrichten-, Meß- und Regelungstechnik: 8000 München 25, Hofmannstr. 51
für Starkstromtechnik: 8520 Erlangen, Werner-von-Siemens-Str. 50

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

die darmstädter studentenzeitung

Nr. 85

Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt

Preis: 0,60 DM – für Hochschulangehörige 0,30 DM

Abonnement je Halbjahr (einschließlich Versand) 2,40 DM,
Ausland 2,80 DM

„die darmstädter studentenzeitung“ wird herausgegeben und verlegt von der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) und erscheint dreimal im Semester während Vorlesungszeit.

Chefredakteur: Wolfgang Mengel (verantwortlich).

Redaktion: Knut Feiert (fei), Bernd Graßmugg (gg), Eberhard Pahlberg (pah), Falk Rieß (fari), Hellmut Stoltz (sz), Walter P. Welzel (wl).

Ständige Mitarbeiter: Hartmut Bauer (pay), Helmut Dreßler (dr), Fritz Förster (ff), Kurt Kamp (kko), Ulf Kauffmann (kf), Wolfgang Straub (ws).

Chef vom Dienst: Knut Feiert / Hartmut Bauer

Verantwortlich für Insertionen: Jan Kettmann, Darmstadt.

Satz und Druck: Druckerei Ph. Reinheimer, Darmstadt.

Gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher wird keine Haftung übernommen.

Anschrift von Verlag und Redaktion: TH Darmstadt,
Hochschulstraße 1, Telefon: 162517.

Zwischen 13.00 und 14.00 Uhr sind wir immer zu sprechen:
Mensa 1. Stock. Ostflügel gegenüber Auslandsamt.

Konto 31240 Dresdner Bank, Darmstadt.

Bilder: Walter Mengel S. 13, Hartmut Bauer S. 3, 28, Fritz Förster S. 16, Jürgen Dohm S. 6, 21, 36
Klischees: Darmstädter Echo

Das Papier dieser Ausgabe wurde freundlicherweise von der Firma Albbrock gespendet.

Redaktionssitzung: jeden Dienstag 20.00 Uhr in unseren Räumen.

dds Nr. 86 erscheint am 2. Feb. 67

Redaktionsschluß am 10. Jan. 67

die darmstädter studentenzeitung

Nr. 85

Januar 1967 · 15. Jahrgang WS 1966/67 · 1 F 2824 F

- 1 Notstand im AStA
- 2 Kompaktstudium
- 6 Interview mit Prof. Martin
- 8 Ende der Demokratie
- 11 Wohnen in Preßburg
- 12 Wohnheim Maßmannplatz
- 14 Meine Wirtin – Deine Wirtin
- 15 Mängel-Bau
- 17 Splendid Isolation
- 18 Die deutsche Wohnheimideologie
- 20 Studentenhaus
- 23 Wohnheimdemokratie
- 25 Wahlvorschläge
- 26 Hochschulgesellschaft
- 27 Egon
- 28 Omalogie
- 29 Rektoratsübergabe
- 30 Dichterlesung im Schloß
- 31 Darmstädter Blätter
- 32 Bücher
- 33 Hochschulsport
- 34 Nachrichten

identenzeitung
ausgabe
von
e zu
zählen:
seit
gliedern
- zukommen
Verbindung
Techni-
ihnen die
en in der
und im
uch daran
ten wir es
Hoch-
ischen
ultur-
aden; der
für Sie

Redaktion

**AN ALLE
MITGLIEDER
DER VEREINIGUNG
VON FREUNDEN
DER THD**

Parlament die schaffen. Die Erfolge, die sie verbu-
chung“ 290,00 DM chen konnten (Schloßkeller, DSKV, Vor-
lehraufwandsent- bereitung der Studentenschaftssatzung,
50 DM) für den Einfluß auf die neue Hochschulsatzung)
allemal durchzu- münzten sie nicht in spektakuläre Wer-
bewiesen, da er bung um. Im Parlament vieles besser
iern härter um- zu wissen und Eminenz zu spielen, ist
treten war. Da nicht ausreichend; vielmehr sollte man
warten war, ent- erwarten, daß vom Vorstand Ideen
ium zur Vollver- und Argumente ausgehen, die das Par-
lenten, um über lament zu großen Debatten anregen –
idigung zu ent- denn an diesen hat es gemangelt.
d Bolten seinen Ideen sind gefragt, und man ist schlecht
von der Ableh- beraten, wenn man es darauf anlegt,
nlags abhängig nur möglichst viele, schon vorher vor-
enheit wurde ge- bereitete Beschlüsse fassen zu lassen.
nsschluß nur der Mit großer Freude diskutierte die Stu-
er. Auffallend ist, dentenvertretung Ende des Jahres die
Aufwandsentschädigung – warum muß
enheit Parlamen- Andreas Weimann, stellvertretender
r ablehnten: kei- Vorsitzender 66, die Vollversammlung
Lust. Der zweite beantragen und somit das Gespräch
wurf für den al- im Parlament abwürgen?
es nicht verstan- Der AStA wird wieder Ideologen haben
n rechten Glanz müssen, weniger politische oder philo-
idenden Mienen, sophische, sondern solche, die mit Lei-
u stellten, hinter- denschaft, Schwung und Liebe die An-
als sei alles sehr gelegenheiten der Studentenschaft ver-
l sehr anstrengend fechten. Denn sonst wird der AStA zur
von jedem zu Mehlsuppe und nicht zum Sauerteig. mgl

Die Redaktion der „darmstädter studentenzei-
tung“ freut sich, von der Novemberausgabe
an alle Mitglieder der „Vereinigung von
Freunden der Technischen Hochschule zu
Darmstadt e. V.“ zu ihren Lesern zu zählen:
Die Vereinigung hat es übernommen, seit
Wintersemester 1966 ihren 1800 Mitgliedern
unsere Zeitung - vorerst für ein Jahr - zukommen
zu lassen. Sie fördert dadurch die Verbindung
zwischen ihren Mitgliedern und der Techni-
schen Hochschule Darmstadt und gibt ihnen die
Möglichkeit, sich über das Geschehen in der
Studentenschaft, in den Instituten und im
Studentenwerk zu unterrichten und auch daran
teilzunehmen. An dieser Stelle möchten wir es
nicht versäumen, die Mitglieder der Hoch-
schulgesellschaft zu allen studentischen
Veranstaltungen, die aus unserem „Kultur-
kalender“ zu entnehmen sind, einzuladen; der
Studentenkeller im Schloß ist auch für Sie
jeden Abend geöffnet.

Die Redaktion

**AN ALLE
MITGLIEDER
DER VEREINIGUNG
VON FREUNDEN
DER THD**

NOTSTAND IM ASTA

Die vornehmste Aufgabe für einen
ASTA-Vorstand ist, dafür Sorge zu tra-
gen, daß genügend akzeptable Kandi-
daten für die Amtsnachfolge zur Stelle
sind. Der zweite Vorstand 66 (Philipp
Weimann, Bischoff) schätzte sich des-
halb glücklich, im Juli nach kurzen Wahl-
gängen zum Vorsitzenden 67 Frank
Wagner, Student der Kultur- u. Staats-
wissenschaften, sowie Gerhard Bolten
(Architektur) und Klaus Dannenhöfer
(Physik) als Stellvertreter gewählt zu
wissen. Die Misere begann aber im Win-
tersemester: Klaus Dannenhöfer wech-
selte zur Uni Frankfurt, und das somit
frei gewordene Amt des stellvertreten-
den Vorsitzenden ist trotz dreier Par-
lamentssitzungen aus Mangel an ak-
zeptablen Kandidaten verwaist. Ger-
hard Bolten, der schon in der Fach-
schaft Architektur und bei den Profes-
soren dieser Fakultät als „zorniger
junger Mann“ bekannt ist, stellte
obendrein im Dezember seinen Rück-
tritt in Aussicht: er hatte bei seinem

raschen Versuch, im Parlament die
„Lebensunterhaltsicherung“ 290,00 DM
monatlich) und die „Mehraufwandsent-
schädigung“ (70 bzw. 50 DM) für den
Vorstand ein für allemal durchzu-
setzen, Ungeschick bewiesen, da er
mit den Parlamentariern härter um-
sprang, als zu vertreten war. Da
keine Einigung zu erwarten war, ent-
schied sich das Gremium zur Vollver-
sammlung aller Studenten, um über
die Aufwandsentschädigung zu ent-
scheiden, da Gerhard Bolten seinen
Verbleib im Vorstand von der Ableh-
nung dieses Vorschlags abhängig
machte. Diese Gelegenheit wurde ge-
nutzt.

So war bei Redaktionsschluß nur der
erste Vorsitzende sicher. Auffallend ist,
mit welcher Entschiedenheit Parlamen-
tariereine Kandidatur ablehnten: kei-
ne Zeit oder keine Lust. Der zweite
Grund wird zum Vorwurf für den al-
ten Vorstand: Er hat es nicht verstan-
den, den Ämtern den rechten Glanz
zu verleihen. Die leidenden Mienen,
die die drei zur Schau stellten, hinter-
ließen den Eindruck, als sei alles sehr
ernst, sehr wichtig und sehr anstrengend
und schon gar nicht von jedem zu

schaffen. Die Erfolge, die sie verbu-
chen konnten (Schloßkeller, DSKV, Vor-
bereitung der Studentenschaftssatzung,
Einfluß auf die neue Hochschulsatzung)
münzten sie nicht in spektakuläre Wer-
bung um. Im Parlament vieles besser
zu wissen und Eminenz zu spielen, ist
nicht ausreichend; vielmehr sollte man
erwarten, daß vom Vorstand Ideen
und Argumente ausgehen, die das Par-
lament zu großen Debatten anregen –
denn an diesen hat es gemangelt.
Ideen sind gefragt, und man ist schlecht
beraten, wenn man es darauf anlegt,
nur möglichst viele, schon vorher vor-
bereitete Beschlüsse fassen zu lassen.
Mit großer Freude diskutierte die Stu-
dentenvertretung Ende des Jahres die
Aufwandsentschädigung – warum muß
Andreas Weimann, stellvertretender
Vorsitzender 66, die Vollversammlung
beantragen und somit das Gespräch
im Parlament abwürgen?

Der ASTA wird wieder Ideologen haben
müssen, weniger politische oder philo-
sophische, sondern solche, die mit Lei-
denschaft, Schwung und Liebe die An-
gelegenheiten der Studentenschaft ver-
fechten. Denn sonst wird der ASTA zur
Mehlsuppe und nicht zum Sauerteig. mgl

Walter P. Welzel

GRUNDSTUDIUM + AUFBAUSTUDIUM = KOMPAKTSTUDIUM

Am 14. Mai 1966 verabschiedete die Vollversammlung des Deutschen Wissenschaftsrates ein umfangreiches Gutachten, das unter dem Namen „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen“ kurze Zeit später der Öffentlichkeit übergeben wurde. Diese Vorschläge wurden teils enthusiastisch gefeiert – denn jeder, der das Studium verkürzen will, kann sich des Beifalls der Beteiligten sicher sein – teils mit einem Achselzucken zu den Akten gelegt.

Nicht viel Neues

Inzwischen können die wesentlichen Bestandteile der Empfehlungen des Wissenschaftsrates als bekannt vorausgesetzt werden, sie wurden von unzähligen Zeitungen und Zeitschriften abgedruckt, kommentiert oder erwähnt. Im ganzen ist dazu zu sagen, daß ein großer Teil der Vorschläge nicht absolut neu ist. Wesentliche Punkte, etwa die Einführung einer obligatorischen Zwischenprüfung und die daraus resultierende Zweiteilung des Grundstudiums, sind bei vielen Fakultäten an den Universitäten und bei allen Technischen Hochschulen bereits eingeführt. Hingegen ist das vorgeschlagene Aufbaustudium nach Abschluß des Grundstudiums ein revolutionierender Gedanke. Zugleich muß allerdings bemerkt werden, daß die Pläne des Wissenschaftsrates zur Durchführung des Aufbaustudiums in sich unlogisch und widerspruchsvoll erscheinen.

Zunächst sollte man sich darüber klar sein, was das Aufbaustudium bezwecken soll. Es bieten sich zwei Möglichkeiten der Interpretation an:

1. Das Studium mit akademischem Abschluß in seiner herkömmlichen Form wird in Zukunft Grundstudium genannt. Daran schließt sich das sogenannte Aufbaustudium an, das fähige und interessierte Studenten an den letzten Stand der Forschung heranbringt und zugleich den Nachwuchs für die akademische Lehre fördert. Diese Version scheint die zu sein, die der Wissenschaftsrat verwirklichen will.
2. Das Studium in seiner bisherigen Form wird so weit verkürzt und „entschärft“, daß es nach höchstens 8 Semestern für die Berufsausbildung befähigte Absolventen mit einem akademischen Grad entläßt. Daran anschließend führen weitere vier Semester auf den Status, dem bisher das akademische Zeugnis vorbehalten war, allerdings mit einer gewissen Vertiefung in eine spezialisierte Disziplin und einem Mehr an Einführung in selbständiges wissenschaftliches Arbeiten. Diese zweite Lesart scheint uns nach dem Stand der Dinge und den realen Möglichkeiten die einzig angemessene Interpretation.

Abschluß nach acht Semestern?

Wenn die Vorschläge des Wissenschaftsrates in der Form in die Praxis umgesetzt werden, in der sie jetzt vorlie-

gen, dürften sie auf Grund eben jener praktischen Erfordernisse einige Verwirrung bringen. Die ganze Konstruktion des Aufbaustudiums in seiner weiter oben an erster Stelle geschilderten Version baut auf der Möglichkeit auf, den Studiengang so zu beeinflussen, daß ein Abschluß des Studiums nach acht Semestern ohne Verlust an Breite und Qualität zu erreichen ist. Wie sich der Wissenschaftsrat dieses „Kompaktstudium“ vorstellt, zeigt er am Beispiel der Studiengänge Chemie, Elektrotechnik, Germanistik und Medizin. Leider verstärkt sich der Eindruck, daß der Gedanke des achtsemestrigen Studiums zuerst existierte, und dann die oben genannten Disziplinen nachträglich über diesen Leisten geschlagen wurden. Dafür zeugen folgende Textauszüge:

„Die Dauer des Chemiestudiums beträgt maximal vier Studienjahre.“

„Damit das (Elektrotechnik-)Studium in vier Jahren absolviert werden kann, ist es erforderlich...“

„...so würde dies eine Zweiteilung der Ausbildung in ein biologisch-medizinisches, etwa vier Jahre umfassendes Studium und in ein ... Aufbaustudium bedeuten.“

Dabei wird an keiner Stelle gesagt, warum das Studium ausgerechnet acht und nicht sieben oder neun Semester dauern soll. Ein als Begründung gemeinter Passus findet sich in der Einleitung:

„Dabei hat sich ergeben, daß für die Mehrzahl der Disziplinen ein Studium mit einer Maximaldauer von vier Jahren vorgesehen werden kann. Die Studenten dürfen nicht überfordert werden, es muß ihnen aber auch klar sein, daß es wie für jede Ausbildung, so auch für das Studium, ein nach Inhalt und Ziel bestimmtes Maß gibt.“

Man setzt also eine Grenze um der Grenze willen. Warum aber dieses „nach Inhalt und Ziel bestimmte Maß“ gerade acht Semester sein sollen, ist nicht festzustellen. Daß es auch den Vätern dieser Vorschläge nicht ganz wohl dabei war, sieht man an nebensächlich anmutenden Einschränkungen, die aber letzten Endes den gesamten Zeitplan über den Haufen werden. Etwa bei den Chemikern heißt es:

„Die Zeit für die Abschlußprüfung und für die Anfertigung der Diplomarbeit ist hierbei nicht mitgerechnet.“

Da sind wir also schon bei elf Semestern bis zum fertigen Diplom-Chemiker. Für das Aufbaustudium muß man mindestens drei bis vier weitere Semester ansetzen und ist so schon in der Theorie bereits bei fünfzehn Semestern angelangt. Und die Doktorarbeit? Von Verbesserungen gegenüber den geltenden Regelungen kann also gar keine Rede sein.

Vollends scheidet der Acht-Semester-Plan des Wissenschaftsrates im vorgeführten Beispiel des Medizinstudiums. Zwar versucht man zunächst, grundsätzlich etwas davon hineinzuretten, gibt dieses Vorhaben aber sehr schnell auf, da die Diskrepanzen unübersehbar werden. Zum Schluß kommt man dann auch mit keinem Wort mehr auf die Acht-Semester-Grenze zurück. Um überhaupt eine merkliche Straffung des ins Uferlose ausgedehnten Medizinstudiums zu erreichen, wird eine Teilung in drei Studiengänge vorgeschlagen, die jeweils nach zwölf Semestern mit einem „Zertifikat“ abschließen. Man verlegt zwar das erste Staatsexamen bzw. die Diplomprüfung auf die Zeit nach dem achten Semester, aber auch diese seltsame Konstruktion kann nicht darüber hinwegtäuschen,

daß hier nur das Schema gewahrt werden soll, denn aus der Schilderung der Studiengänge ergibt sich eindeutig, daß eine Berufsausübung erst nach zwölf Semestern möglich sein soll.

Für das Studium des Faches Elektrotechnik sieht der Studienplan des Wissenschaftsrates acht Semester mit je 20 Wochenstunden Vorlesungen, Übungen und Praktika vor. Vergleicht man das mit dem für dieses Fach zur Zeit gültigen Studienplan an der Technischen Hochschule Darmstadt, der als durchaus modern gelten darf, stellt sich heraus, daß der Wissenschaftsrat in acht Semestern erreichen will, was hier in etwa zehn Semestern geschafft werden soll. Schon bei der letzten Neufassung des Studienplans für das Fach Elektrotechnik, die vor etwa einem Jahr durchgeführt wurde, erhoben sich etliche warnende Stimmen, die der Meinung waren, die Straffung sei zu heftig und die Studenten würden überfordert. Da man aber mit den Ansprüchen und Forderungen an das Studium auf die unterste vertretbare Stufe gegangen zu sein scheint, ist es nicht vorstellbar, wie der Wissenschaftsrat eine weitere Verkürzung ohne Griff in die Substanz bewerkstelligen will.

Der Verdacht, daß sich ein Studium zweiter Klasse bei Umsetzung der Vorschläge des Wissenschaftsrates in die Praxis herauschälen wird, erhärtet sich bei einem eingehenden Vergleich der obligatorischen Stundenzahlen. Etwa ein Fünftel bis ein Viertel des gesamten Stoffes soll nämlich unter den Tisch fallen, wenn man rein stundenmäßig vergleicht. Oder soll der gleiche Stoff nun in 80% der bisherigen Zeit bewältigt werden? Jeder, der etwas Einblick hat, sei es von unten als Student oder von oben als Professor, weiß, daß es auf diese Art und Weise nicht gehen wird. Also Kürzungen.

Die Folgen wären verheerend

Am Beispiel der Studienrichtung Elektrotechnik wird deutlich, daß als Konsequenz in Zukunft Halb- und Vollakademiker auftreten werden, da in vielen Studienzweigen ein achtsemestriges Grundstudium ohne Herabsetzung der Anforderungen nicht möglich ist. Die Folgen wären verheerend. Es ist sattem bekannt, daß sowohl die Industrie als auch staatliche und halbstaatliche Institutionen bei der Besetzung von Stellen jeweils die Leute bevorzugen, die den höchsten Abschluß oder Grad besitzen. So ist es zu erklären, daß oft Akademiker Stellen innehaben, die ebenso gut von Nichtakademikern ausgefüllt werden könnten. Nach oben und unten kann man diese Leiter beliebig weit fortsetzen. Die Folge dieser allzu bekannten Tatsache wäre, daß sich niemand oder nur die allerwenigsten mit dem Grundstudium zufrieden gäben, da die Berufschancen eben sehr viel schlechter sein würden. Das mindestens zwölfsemestriges Studium würde also die Regel werden, und die Absicht des Wissenschaftsrates, das Studium zu verkürzen, wäre ins Gegenteil verkehrt. Der vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene Sperrriegel, nämlich die Forderung nach der Abschlußnote „gut“ für das Grundstudium, ist allerdings die dümmste und unüberlegteste Lösung, die man sich überhaupt vorstellen kann.

Da sich der Wissenschaftsrat dieser Problematik sicherlich bewußt war, hat er sich gescheut, dem Aufbaustudium einen meßbaren Abschluß zu geben. Bei der Überlegung, was denn eigentlich am Ende des Aufbaustudiums sehen sollte, schlägt er aber einen Salto par excellence;

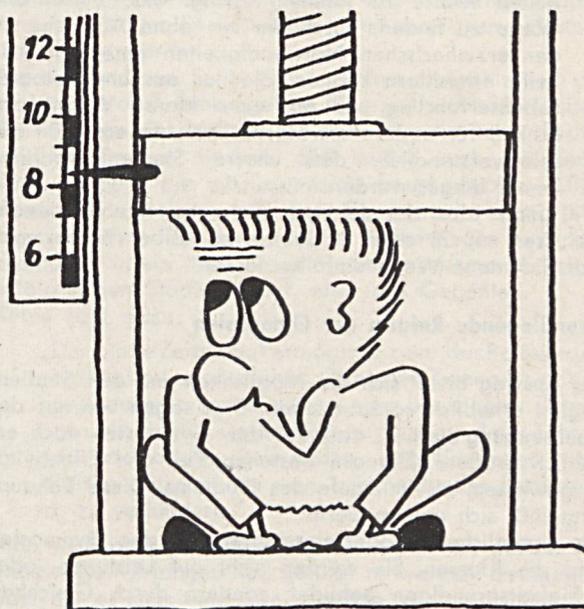
innerhalb von 20 Zeilen finden sich die beiden folgenden Sätze:

„Es ist erwogen worden, ein eigenes mit einem neuen akademischen Grade verbundenes Examen einzuführen... Diese Lösung kann dennoch nicht empfohlen werden.“

Und andererseits:

„Es wird deshalb vorgeschlagen, die Teilnahme am Aufbaustudium, sofern sie erfolgreich war, durch ein Zertifikat zu bescheinigen, das über den Abschluß des Studium hinaus als Ausweis besonderer Qualifikation gilt.“

Man will also ein Examen, das aber doch kein Examen sein darf, und ein Zertifikat, das kein Prüfungszeugnis ist. Wie soll denn eine „Teilnahme am Aufbaustudium, sofern sie erfolgreich war“ anders bescheinigt werden als durch eine Prüfung, und wie soll man eine abgelegte Prüfung augenfälliger untermauern als mit einem akademischen Grad? Lange würde dieser sicher nicht auf sich warten lassen. Eine bessere Definition, als sie der Wissenschaftsrat, allerdings unfreiwillig, für eine Examensbescheinigung gegeben hat, gibt es doch gar nicht, indem er „ein Zertifikat, das über den Abschluß des



Studiums hinaus als Ausweis besonderer Qualifikation gilt“ forderte, das aber um Himmels willen doch kein Examenszeugnis sein darf! Der akademische Abschluß soll dem Grundstudium vorbehalten werden, wahrscheinlich, um dessen Status nicht ins Wanken geraten zu lassen.

Dauert das Studium zu lange?

Die verschiedenen Vorschläge zur Neuordnung des Studiums, die in den vergangenen Jahren erarbeitet worden sind, beruhen sämtlich auf der Überzeugung, die Verlängerung der Studiendauer in den letzten Jahrzehnten sei das Hauptübel. Der Wissenschaftsrat sieht darin „eines von mehreren Symptomen einer tiefgehenden Störung des Verhältnisses von Forschung und Lehre“. Wir

haben den Eindruck gewonnen, daß man allenthalben wie gebannt auf den späten Studienabschluß starrt, und sich kaum jemand Gedanken darüber macht, daß die Gründe dafür auch woanders liegen können. Deswegen ist es nötig, die Überzeugung von der allzu langen Dauer des Studiums einmal kritisch unter die Lupe zu nehmen, auch wenn das niemand sonst tut oder gerade deswegen.

Wir stimmen mit allen, die ein Unbehagen darüber empfinden, daß die Studenten zu spät fertig werden, überein. Wir sind jedoch nicht der Meinung, daß man mit den Mitteln, die allgemein als die nächstliegenden propagiert werden, Abhilfe schaffen kann. Wir halten es nicht für möglich und sogar für schädlich, die Ausbildungsgänge entscheidend zu kürzen. Man kann vor der Tatsache nicht mehr die Augen verschließen, daß sich der zu bewältigende Stoff in den letzten Jahrzehnten in fast allen Disziplinen so ausgeweitet hat, daß eine wesentliche Verlängerung der Studiengänge damit Hand in Hand gehen mußte, so unangenehm in den Konsequenzen das auch sein mag. Lawrence S. Kubie, einer der großen Psychologen jenseits des Atlantiks und zugleich einer der bekanntesten Lerntheoretiker, sagt dazu:

„Die Frage, wie man den höchsten Wirkungsgrad geistiger Schulung erreichen kann, ohne die emotionalen Kräfte zu lähmen, zwingt uns, Mittel und Wege zu finden, durch die wir ohne Abstriche an den erzieherischen Notwendigkeiten jene emotionale Reife erleichtern können, die nur aus unmittelbarer Lebenserfahrung und aus einer klaren Verantwortlichkeit für andere erwachsen kann. Es erscheint mir selbstverständlich, daß unsere Studienlaufbahnen immer länger werden müssen.“

Will man also der leidigen Tatsache des Studienabschlusses mit 28 oder 30 Jahren zu Leibe rücken, muß man sich neue Wege einfallen lassen.

Grundlegende Reform der Gymnasien

Als Ausweg bietet sich die Möglichkeit an, den Studienbeginn erheblich vorzuverlegen. Dies sagen wir aus der Überzeugung heraus, daß auf den Gymnasien noch erheblich größere Chancen bestehen, Zeit und Effektivität zu gewinnen, als im Laufe des Studiums. Diese Behauptung läßt sich untermauern.

Die eigentlichen Lerngemeinschaften auf den Gymnasien sind die Klassen. Sie werden nicht auf Leistungs- oder Fähigkeitsgrundlage gebildet, sondern durch Gleichheit lediglich in Bezug auf das Alter zusammengestellt. Diese rein oberflächliche und zufällige Gemeinsamkeit wird dazu noch im Lauf der Jahre durch Sitzenbleiber und solche, die die Schule wechseln, vollends zerstört. Übrig bleibt ein Konglomerat auseinanderstrebender und in der Regel sehr unterschiedlicher Kräfte. Daß die Struktur dieser Lerngemeinschaften nicht dazu geeignet ist, in möglichst kurzer Zeit ein Maximum an Grundlagenwissen und Persönlichkeitsbildung zu vermitteln, wird durch die schockierende Feststellung unterstrichen, daß die Ausfallrate während des Studiums bei den Besten dieser Lerngemeinschaften, die man „Primus“ zu nennen pflegt, nicht deutlich unter der durchschnittlichen Ausfallrate liegt, sondern erheblich darüber. Diese jedem Berufsberater und Psychologen bekannte Erscheinung zeigt, daß das System der Persönlichkeitsbildung, der Wissensvermittlung und Leistungsanerkennung in den Gymnasien an der Wurzel krankt.

Die Hauptursache dieses Versagens ist die Praxis des „Sitzenbleibens“. Bei jedem Schüler sind ungeachtet der Tatsache, daß es globale Begabungen und Minderbegabungen gibt, lokale Begabungsschwerpunkte und Schwächen festzustellen. Ein Versagen an einer der schwachen Stellen hat aber nach der jetzt üblichen Praxis zur Folge, daß auch auf allen anderen Gebieten eine einjährige Stagnation erzwungen wird. Das Ergebnis ist eine Frustrierung der kreativen Veranlagungen und oft sogar ein sich daraus ergebendes „Zuschütten“ der Leistungsfähigkeit in den Begabungsschwerpunkten. Das System des Sitzenbleibens führt zu dem für die Persönlichkeitsbildung nicht gerade förderlichen Zustand einer ungewöhnlichen Anspannung und „stress“ Situation auf der Seite des Fachs, in dem der Schüler versagt hat, und zu einem Nicht-Ausgelastet-Sein auf der anderen Seite, vom Zeitverlust ganz zu schweigen.

Demgegenüber böte ein System des „Fach-Sitzenbleibens“ erhebliche Vorteile. Einer der Gesichtspunkte, die hier am meisten interessieren, ist der erhebliche Zeitgewinn. Dazu kommt die bekannte Tatsache, daß man in allen europäischen Ländern mit einer achtjährigen Oberschulzeit auskommt, allein in der Bundesrepublik aber neun Jahre zu benötigen glaubt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß es ein Leistungsklassen-System bereits einmal in Deutschland gegeben hat. In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war es an zahlreichen Privatgymnasien, Internatsschulen und Höheren Töchterschulen üblich, getrennte Französisch-, Mathematik- und Deutschklassen usw. einzurichten. Als mit dem Untergang der Monarchie die große Zeit der Internatsschulen vorbei war, verschwand auch dieses System, vielleicht zu Unrecht.

Ein anderer Punkt, der zur Kritik herausfordert, ist die bevorzugte Einziehung von Abiturienten zum Wehrdienst. Hier hat sich die seltsame Situation herausgebildet, daß für alle Nichtabiturienten die Möglichkeiten der Rück- und Freistellung und last not least der Drückebergerei nach wie vor bestehen. Das hat dazu geführt, daß der Prozentsatz an Abiturienten in den Ausbildungskompagnien der Bundeswehr erheblich über dem Anteil an der vergleichbaren Bevölkerungsschicht liegt. Das mag sicher nur zum Teil an der besseren körperlichen Verfassung liegen, und man muß den Verdacht äußern, daß die Bundeswehr auf diese Art und Weise ihren Offiziersnachwuchs bevorzugt sicherstellen will.

Insgesamt ist aus dem Gesagten der Schluß zu ziehen, daß die Gründe für die Herausögerung des Studienabschlusses nicht so sehr aus der Verlängerung des Studiums resultieren, sondern erheblich früher anzusetzen sind. Schon eine Verkürzung der Oberschulzeit um ein oder eineinhalb Jahre, außerdem eine Verkürzung der Wehrpflicht für Abiturienten um sechs Monate, dazu eine sinnvolle Neuregelung der in vielen Fakultäten geforderten Vorpraxis oder Vorbereitungszeit würden eine Vorverlegung des Examens ohne substantielle Kürzungen des Studiums um etwa zwei Jahre ermöglichen.

Mangelhafte Grundkenntnisse

Wir sind überzeugt davon, daß sich eine Verkürzung des Studiums nicht direkt, sondern – wenn überhaupt – nur durch den Umweg über das Gymnasium erreichen läßt. Kürzlich ging die Nachricht durch die Tagespresse, an einem hessischen Gymnasium sei für die Physikarbeitsgemeinschaft ein Elektronenrechner angeschafft worden.

Leider macht man aber oft die betrübliche Erfahrung, daß die gleichen Schüler, die das Stöpseln an Analogrechnern beherrschen, den Unterschied zwischen Kilopond und Kilogramm nicht begriffen haben, oder daß Schüler, die auf der Schule mit alt- oder mittelhochdeutschen Versen vollgestopft wurden, ihre Gedanken nicht klar formulieren können und keinen ordentlichen deutschen Aufsatz zustandebringen. Welcher Kultusminister hat den Mut, die Studienräte zu bremsen, die aus falschem persönlichen Ehrgeiz ihre Schüler zu ungeahnten Höhen führen wollen und darüber die Grundlagen vernachlässigen! Jeder Ordinarius, der Grundvorlesungen liest, ist heute gezwungen, bei „Adam und Eva“ wieder anzufangen, weil der Ausbildungsstand der Erstsemester zu unterschiedlich ist. Damit geht meist ein komplettes Semester verloren. Von einer gelungenen Verzahnung von Gymnasium und Hochschule in der Wissensvermittlung kann nur in den allerwenigsten Fällen eine Rede sein. Wenn man versucht, auch beim Studium Zeit zu sparen, sollte man das Vorrangig an dieser Stelle tun.

Nach diesem Exkurs in die Gymnasien wären abschließend noch einige Worte zur grundsätzlichen Struktur des Studiums zu sagen, womit wir wieder am Ausgangspunkt angelangt sind, nämlich beim Gutachten des Wissenschaftsrates. In der Einleitung versteigt er sich nämlich zur folgenden bedauerlichen Behauptung:

„Diese (Umwelt-)Bedingungen haben sich im 20. Jahrhundert in einem irreversiblen Prozeß so grundlegend geändert, daß heute zu einem Hemmnis geworden ist, was zuvor als Antriebskraft gewirkt hatte. Zu fragen ist heute nicht mehr, ob der Grundsatz der eigenen Verantwortung jedes Studenten für sein Studium sich Einschränkungen gefallen lassen muß, sondern wieweit er noch Geltung behalten kann.“

Es wird kein Wort darüber gesagt, warum das Studium aus eigener Verantwortung heute nicht mehr möglich und nötig sein soll. Hier wird ein Gemeinplatz nachgebetet, der seit einiger Zeit in den Köpfen von „Rationalisierungsfachleuten“ und „Planifikateuren“ herumspukt, denen ein bewußtes und freies Handeln aus persönlicher Überzeugung und in eigener Verantwortung schon immer ein Dorn im Auge war, vielleicht, weil sie selbst nie dazu fähig waren. In einem temperamentvollen Aufsatz wandte sich Professor Sternberger gegen diese Thesen des Wissenschaftsrates und stellte fest:

„Ob die Verfasser wissen, was sie mit einer solchen These anrichten, muß bezweifelt werden. Sie strafen viele hohe Worte Lügen, die anderwärts in diesem Schriftstück zu lesen stehen. Es ist die Bildung selbst, der auf diese Art der irreversible Prozeß gemacht wird. Bildung gewinnt nur, wer sich selber bildet. Wissenschaftliche Bildung kann man niemandem beibringen, der nicht „in eigener Verantwortung“ an diesem unendlichen Prozeß teilnimmt. Es ist schlechterdings nicht einzusehen, warum „im 20. Jahrhundert“ die Gabe und die Lust der selbständigen geistigen Initiative zum Untergang verurteilt sein sollte. Es ist die Sage von der „Massengesellschaft“, die dahinter steckt. Man kapituliert vor der Zahl und schiebt die Schuld auf die Gesellschaft. Die erfreuliche Quantität des Andrangs schlägt hier in die schreckliche Qualität der kollektiven Lenkung um. Eine trostlose Dialektik! Das Studium ist kein Schulungskurs. Oder, mit einer leichten Variation Lichtenbergs

zu reden: man muß selbst studieren, so, wie man sich selbst rasiert.“

Dem ist kaum etwas hinzuzufügen außer der Feststellung, daß die entschiedensten Stellungnahmen gegen die Vorschläge des Wissenschaftsrates aus Professorenkreisen kamen und nicht von Studenten, obwohl es doch um deren ureigenste Belange geht. Vostra res agitur!

Eigenverantwortlichkeit oder akademischen Planwirtschaft

Bei allen Vorschlägen zur Verkürzung des Studiums wird man den Verdacht nicht los, daß viele dieser Pläne auf der unterschwelligsten Überzeugung gewachsen sind, die Studenten wollten in Ruhe ihre Stipendien verbummeln. Derartige Meinungen kamen in Elaboraten wie Günter Gillensens „Junge Drohnen“ ungeschminkt zum Ausdruck, die zwar fachpolitisches Können, aber kaum Fachkunde erkennen lassen. Sie mögen in der Erinnerung an die eigene Studienzeit begründet liegen, wo es, den Schilderungen nach zu urteilen, recht gemächlich zugegangen sein muß. Wenn man sich heute darüber wundert, warum die Studenten so schnell wie möglich ihre Studienzeit hinter sich zu bringen versuchen, liegt das daran, daß sie niemals in ihrem späteren Leben einer derartigen jahrelangen geistigen Beanspruchung und nervlichen Belastung unterliegen werden.

Auf der anderen Seite gab es immer Bummelanten und es wird sie auch immer geben. Man sollte sich aber hüten, die Maschen des Netzes, mit dem man sie herausfischen will, so eng zu machen, daß später auch die Fische darin zappeln, die man gar nicht fangen wollte. Allein durch Abdrosselung jeglicher Eigenverantwortung und Eigeninitiative, Versperren jedes Seitenweges und Einzwängung in ein lückenloses System erreicht man keinen erfolgreichen Studienablauf, eher das Gegenteil.

Kubie sagt dazu:

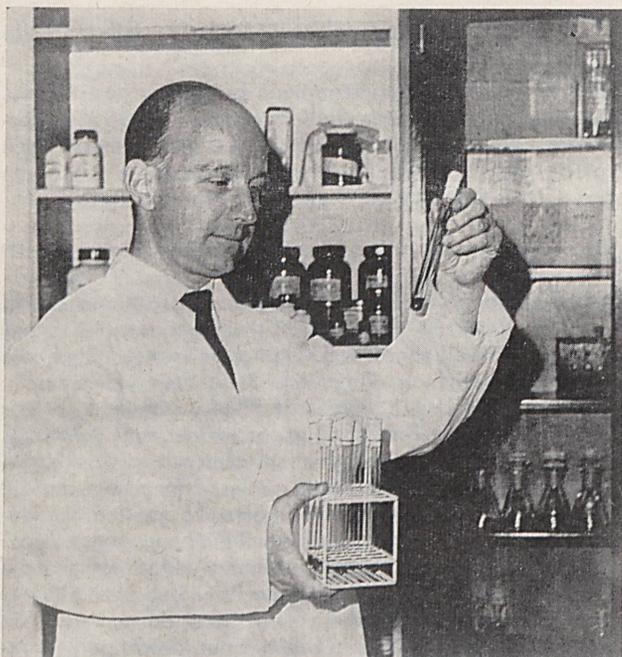
„Der bloße Zeitablauf ermöglicht zwar das Reifwerden, er garantiert es aber nicht. Ohne den Zwang freier Verantwortung im persönlichen oder beruflichen Bereich kann die bloße Dauer der Ausbildung dazu führen, das emotionelle Reifwerden, das für jeden nach Weisheit Strebenden von entscheidender Bedeutung ist, zu verhindern.“

Man wirft dem deutschen Volk zu recht vor, daß es das unbewußte Verlangen hat, geführt zu werden. Demgegenüber hat es stets eine Elite gegeben, die dieses Geführt-Werden-Wollen durch den Willen zur Eigenverantwortlichkeit, zur freien persönlichen Entscheidung und zur bewußten Gestaltung der eigenen Person und der öffentlichen Belange ersetzt haben. Dieser Wille besteht auch heute noch bei vielen jungen Akademikern. Wenn man ihnen durch eine nahtlose Reglementierung der Studiengänge einen Knüppel zwischen die Beine wirft, läuft die deutsche Hochschule Gefahr, in eine akademische Planwirtschaft zu schlittern, von deren erbärmlichen Folgen man sich auf vielen anderen Gebieten eben mühsam zu erholen sucht.

Deutscher Wissenschaftsrat: „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen.“ Bundesdruckerei 1966.
Lawrence S. Kubie: „Neurotic Distortion of the Creative Process.“ The University of Kansas Press 1958/1961.

Dolf Sternberger: „Zweiheit von Lehre und Forschung?“ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 9. 1966.

Helmut Dreßler, Eberhard Pahlberg



UNSER GESPRÄCH MIT PROFESSOR DR. RER. NAT. HERBERT MARTIN

Direktor des Instituts für Mikrobiologie

dds: Herr Professor Martin, Sie sind Ordinarius für Mikrobiologie, einer Wissenschaft, die, weil sie sich auch mit Fragen der Molekulargenetik und der Vererbungs-forschung beschäftigt, im Augenblick „droht“, zu einer Modewissenschaft zu werden. Könnten Sie bitte das Arbeitsgebiet der Mikrobiologie umreißen?

M.: Die Mikrobiologie ist viel älter als die neuen biologischen Arbeitsrichtungen Molekularbiologie und Molekulargenetik. Es waren vorwiegend Physiker und Genetiker, die Mikroorganismen als Versuchsobjekte verwendet hatten, einfach nur deswegen, weil man durch das Studium der Mikroorganismen viel schneller genetische Fragestellungen beantworten kann, als das bei höheren Organismen möglich ist. Die Mikrobiologie – als Wissenschaft – existiert schon seit etwa 100 Jahren. Sie hat ihren Ausgang von der medizinischen Biologie genommen, denn in der Medizin spielen ja Mikroorganismen als Krankheitserreger eine große Rolle. Aber je „moderner und zivilisierter“ unsere Welt wird, desto mehr mikrobiologische Probleme allgemeiner Art gibt es zu bewältigen; Probleme der Abwasserbeseitigung, die mikrobiologischen Produktionen der pharmazeutischen Industrie, die Herstellung von Antibiotika, Fruchtsäuren usw. sind Fragen der angewandten Mikrobiologie. Die Überwachung der bakteriologischen Beschaffenheit von Lebensmitteln gehört auch dazu. Für diese Aufgabe benötigt man Fachkräfte mit einer soliden mikrobiologischen Grund- und Fachausbildung. Es wird die Hauptaufgabe unseres Unterrichts sein, solche Fachleute auszubilden.

dds: Wie klein muß ein Organismus sein, damit er in Ihr Ressort paßt?

M.: Das hat eigentlich mit der Größe der Organismen nichts zu tun. Die Mikrobiologie ist weniger von der Kleinheit der Organismen her definiert, mit denen sie arbeitet, als vielmehr von der Arbeitsmethode. Es gibt beispielsweise die Möglichkeit, Zellen höherer Organismen auf Nährböden in Kultur zu nehmen. Es werden dabei dieselben Arbeitsmethoden verwendet, wie man

sie auch für die Kultivierung von Bakterien verwenden würde. Das rechnet man auch zur Mikrobiologie.

dds: Herr Professor Martin, Sie haben auf dem Gebiet der Zellwandforschung gearbeitet. Wollen Sie hier in Darmstadt die Arbeit auf diesem Gebiet fortsetzen?

M.: Wir beschäftigen uns mit Untersuchungen über die Struktur der Zellwände bei Bakterien. Die Zellwand ist formbeständig und schützt gegen Beschädigung von außen. Das ist keine sensationelle Angelegenheit, denn auch jede Pflanzenzelle hat eine Zellwand.

Was das Studium der Bakterienzellwand interessant macht, ist die Tatsache, daß Bakterienzellwände chemisch etwas ganz Besonderes sind. Es kommt hier als formgebundene Struktur ein spezieller, bisher nicht bekannter Naturstoff vor, den man am einfachsten charakterisieren kann als ein „sackförmiges Makromolekül“. Das ist eine Struktur der Bakterienzelle, die ganz besonders empfindlich ist gegen den Angriff von bestimmten Substanzen, die in der Medizin als Antibiotika zur Bekämpfung bakterieller Infektionen verwendet werden. Die wichtigste Substanz dieser Art ist das Penicillin – das erste in der Praxis bewährte Antibiotikum. Es beeinträchtigt ganz spezifisch nur die Struktur und Synthese dieses sackförmigen Makromoleküls. Das ist eine Beobachtung, die in unserem Arbeitskreis in München zum ersten Mal gemacht worden ist.

dds: Welche Methoden werden zur Beobachtung dieser Zellwandstrukturen angewandt?

M.: Im wesentlichen chemisch-analytische Methoden, auch Elektronenmikroskopie.

dds: Herr Professor, Sie sind gerade aus Amerika zurückgekommen von einem Symposium. Gibt es besondere Neuigkeiten?

M.: Diese Konferenz hat sich mit einer ganz bestimmten Gruppe von Bakterien beschäftigt, die dadurch gekennzeichnet ist, daß den Organismen eine normale Zellwand fehlt. Wenn Bakterien sich in einem Wirtsorganismus, in einem Menschen oder einem Tier, angesiedelt haben,

können sie ihre Zellwand verlieren – und so gegen den Angriff von Antibiotika unempfindlich werden.

dds: Menschen, die lange Zeit Penicillin bekommen haben, werden also dagegen abgehärtet?

M.: Nicht der Mensch, sondern das ursprünglich gegen Penicillin empfindliche Bakterium wird „abgehärtet“. Durch den oft unbedachten Gebrauch von Antibiotika können bestimmte Sonderformen von Mikroorganismen erzeugt werden, die dann im Ernstfall zwar als Krankheitserreger auftreten, aber nicht mehr gegen Antibiotika empfindlich sind.

dds: Die Mikrobiologie steht auch aus anderen Gründen in der Diskussion. Es besteht die Frage der biologischen Kriegführung; zum anderen ist gefragt worden, ob man Raketen zu anderen Himmelskörpern nicht sterilisieren sollte, weil die Gefahr besteht, daß man andere Planeten mit Bakterien von der Erde verseuchen könnte.

M.: Beide Probleme, die Sie erwähnen, sind zweifellos aktuell. Es ist bekannt, daß Forschungen auf dem Gebiet der biologischen Kriegführung in manchen Ländern mit großer Intensität betrieben werden. Gott gebe, daß etwas Derartiges in einem Kriege nie eingesetzt wird. Denn das würde noch viel furchtbarere Wirkungen haben als jede Atombombe.

Zur Frage der bakteriologischen Probleme in der Welt-raumforschung: Es ist denkbar, daß ein Raumschiff, das von der Erde kommt und z. B. auf dem Mars landet, dort eine Umwelt vorfindet, die dem Angriff durch Mikroorganismen von der Erde sehr viele Möglichkeiten bietet. Wenn man also Mikroorganismen wahllos auf dem Mars ausstreute, könnte dort eine rapide Vermehrung dieser Organismen stattfinden. Das wäre eine Katastrophe ungeahnten Ausmaßes für den Mars. Es würden sich nämlich die physikalischen und chemischen Verhältnisse so verändern, daß man nie wieder feststellen könnte, wie es da vor der Ankunft der Erdbewohner ausgesehen hat. Die Gefahr ist groß, daß man durch eingeschleppte Bakterien ein vorher isoliertes Gebilde mit einer „stinkenden Suppe von Bakteriengärung“ überziehen könnte. Deswegen müssen Raumschiffe keimfrei gemacht werden. Umgekehrt können die von einem Planeten zurückkehrenden Raumschiffe Mikroorganismen mit auf die Erde bringen, die dort draußen harmlos für sich dahin leben, auf der Erde aber die furchtbarsten Epidemien verursachen.

dds: Nun, wir wollen von fernen Planeten wieder zurück nach Darmstadt. Wie sieht es für einen Studenten aus, der Mikrobiologie als Haupt- oder Nebenfach studieren will? Gibt es schon einen Lehrplan?

M.: In erster Linie hoffen wir natürlich, Studenten zu finden, die Mikrobiologie als Hauptfach studieren wollen. Studierende mit Interesse für Betätigung in der angewandten Mikrobiologie haben gute Berufsaussichten in der Industrie, in Untersuchungsämtern usw. Es gibt derzeit nicht genug Mikrobiologen, um die offenen Stellen in der Industrie besetzen zu können. Aber die mikrobiologische Grundlagenforschung bietet viele Möglichkeiten. Wir haben einen Studienplan entworfen, der innerhalb eines Zeitraumes von etwa 8 Semestern einen Gesamtüberblick über die Mikrobiologie gibt. Dieses Programm bietet den Hauptfach-Mikrobiologen eine geschlossene Fachausbildung; es vermittelt aber auch allen anderen Biologiestudenten die notwendige mikrobiologische Ergänzung zu den schon bisher an der THD bestehenden biologischen Fachrichtungen.

In diesem Wintersemester, in dem Mikrobiologie erst-

malig in Darmstadt gelehrt wird, haben wir zwei Vorlesungen; die eine über die biochemischen und molekularbiologischen Grundlagen, die andere beschäftigt sich einführend mit den speziellen Arbeitsmethoden der Mikrobiologie.

dds: Mikrobiologie an einer TH ist doch etwas Besonderes. Gibt es für Studenten anderer Fakultäten einen Anreiz, Mikrobiologie als Wahlfach zu studieren?

M.: Ja, besonders für die Bauingenieure, wenn sie sich mit Wasserbau, Abwasseraufbereitung und Wasserversorgung beschäftigen wollen. Die Reinerhaltung der Gewässer ist heute das wichtigste praktisch-mikrobiologische Problem. So bewundernswert die Leistungen der Ingenieure vom rein Technischen her auf diesem Gebiet sind, so sehr ist die mikrobiologische Seite der Abwasserbeseitigung noch ausbaufähig. Vielleicht wird man an der THD einmal einen speziellen Ausbildungsgang für einen Fachingenieur auf diesem Gebiet einrichten, wie es in Amerika der „sanitary engineer“ ist.

Dr. rer. nat. Hans Herbert Martin, o. Professor

geb. 17. 3. 1926 in Mannheim

1946—1953 Studium in Freiburg und Göttingen

1953 Promotion in Göttingen

1953—1955 Wiss. Assistent: Biochemische Abt. des Instituts für Organische Chemie Universität Göttingen

1955—1957 Forschungsstipendiat am Department of Bacteriology der Universität von Texas, Austin Texas, USA.

1957—1958 Wiss. Mitarbeiter der Fa. Joh. A. Benckiser GmbH, Ludwigshafen/Rhein

1958—1960 Wiss. Assistent am Max-Planck-Institut für Biologie, Tübingen

1961 Wiss. Mitarbeiter am Bakteriologischen Institut der Süddeutschen Versuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft in Weihenstephan

1962 Wiss. Assistent am Institut für Angewandte Botanik, Techn. Hochschule München

1963 Habilitation für das Fach Mikrobiologie an der TH München

14. 7. 1966 Ernennung zum o. Professor und Direktor des Instituts für Mikrobiologie an der TH Darmstadt

dds: Planen Sie eine Zusammenarbeit mit anderen Lehrstühlen?

M.: Zunächst beabsichtigen wir, in unserem Institut ein Team von Fachleuten zu bilden, um gemeinsam an einem Problemkreis zu arbeiten, wobei jeder seine spezielle Sachkenntnis auf einem Teilgebiet beiträgt. Teamarbeit ist nicht nur ein beliebtes Schlagwort, sondern es ist auch die einzige Möglichkeit, auf aktuellen Gebieten der naturwissenschaftlichen Forschung etwas Außergewöhnliches zu leisten. Darüber hinaus werden wir Zusammenarbeit mit anderen Instituten grundsätzlich anstreben. Solche Zusammenarbeit besteht schon mit einigen Instituten an anderen Hochschulen. Hier an der THD ist allerdings noch nichts Entsprechendes geplant.

dds: Welche Vorstellungen haben Sie von der Methode

des Unterrichts an einer wissenschaftlichen Hochschule?
M.: Um ein Fach gründlich zu beherrschen, müssen Sie ein gerüttelt Maß an Fakten gelernt haben und tatsächlich beherrschen. Aber eine Vorlesung darf sich natürlich nicht in der Aufzählung von Fakten erschöpfen, sie soll vielmehr ein lebendiges Bild darüber geben, wie man zu diesen Erkenntnissen gekommen ist. Wenn man also das Glück hat, ein guter Dozent zu sein – das ist ja nicht immer gleichbedeutend damit, ein guter Wissenschaftler zu sein – wird man anstreben, in seiner ganzen Vorlesung einen „spannenden Roman“ zu erzählen, der auch das menschliche Element mit einbezieht.

dds: Was halten Sie für wichtiger, in einer Vorlesung Fakten und handwerkliche Grundkenntnisse zu bringen oder Arbeitsmethoden und ganz besonders Denkmethode zu lehren?

M.: Es muß beides Hand in Hand gehen, wobei in den Anfängervorlesungen die Fakten wohl etwas überwiegen müssen. Der Grund, warum man sie ansammeln muß, sollte allerdings deutlich zum Ausdruck kommen. Das Studium soll ja nicht nur ein Büffeln sein, sondern ein Vergnügen.

dds: Herr Professor, die Frage der Vorlesungskritik wird gegenwärtig heftig diskutiert, und . . .

M.: Die sinnvollste und für den Studenten nützlichste Form der „Vorlesungskritik“ sehe ich in der aktiven Beteiligung der Hörer an der Vorlesung. Der Student sollte sich nicht hinterher irgendwo beschweren, wo ihm niemand Abhilfe schaffen kann, sondern durch Mitarbeit in der Vorlesung, durch Fragen – und wenn's auch die Frage ist: „Das kann kein Mensch verstehen, wie Sie das jetzt eben dargestellt haben.“ – kann er mithelfen und lernen, seriöse Fragen zu stellen und einen wissenschaftlichen Sachverhalt kritisch zu beurteilen. Daneben kann er dem Dozenten so am besten klarmachen, ob dessen Vorlesung „ankommt“ oder nicht.

dds: Sie wollen also Skepsis mitlehren?

M.: Ja, selbstverständlich: und Selbstkritik und sachliche Kritik gegenüber der wissenschaftlichen Leistung anderer.

dds: Aber Sie würden sich gegen eine Vorlesungskritik wehren, wenn sie in einer Zeitung veröffentlicht werden sollte?

M.: Ach nein. Das soll mir auch recht sein. Wenn das eine stehende Einrichtung ist, würde mich eine positive Kritik freuen und eine „kritische“ Kritik dazu anregen, meine Vorlesung zu revidieren.

dds: Herr Professor, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Hellmut Stoltz

DAS ENDE DER DEMOKRATIE?

Mit dem Spruch: „Die NPD sagt, was sie denkt – die NPD hält, was sie sagt!“ hat eine neue Partei in Hessen und Bayern bei den Wahlen zum Landtag beachtliche Erfolge errungen. Wir sollten ehrlich genug sein, diese Erfolge anzuerkennen, die nicht durch Gewalt oder Betrug, nicht durch Straßenkämpfe und Märsche auf irgendwelche Hallen, sondern mit demokratischen Mitteln in freier Wahl erreicht wurden. Anerkennenswert ist vor allen Dingen der Eifer vieler freiwilliger Helfer, welcher diese Erfolge mit ermöglichte. Wenn trotzdem viele Beobachter der Schrecken packt und Erinnerungen an eine Zeit wachgerufen werden, in der in Deutschland schon einmal eine Partei aufsehenerregende Erfolge verzeichnete, so dürfen doch einige Überlegungen nicht außer Acht gelassen werden.

Damals wie heute hegten weite Kreise der Bevölkerung mit der Politik der Regierung eine berechtigte Unzufriedenheit, so daß die Hinwendung zu einer neuen Partei (vielfach nur als Ergebnis einer negativen Auswahl) nicht unverständlich war. Damals aber (so stellt Paul Sethe in der „Zeit“ Nr. 45 vom 4. Nov. 1966 fest) waren nach den Juniwahlen von 1920 die demokratischen Parteien in der Minderheit, „...die Mehrheit des Parlaments verneinte den Staat, in dem sie lebte und eine Regierung

bilden sollte“, während sich heute die Parteien in Bonn zum Grundgesetz bekennen.

Wenn man den Unmut über die bisherige Politik als eine der Ursachen für den Zulauf zur NPD erkannt hat, müßte die nächstliegende Abwehrmaßnahme der bisherigen Parteien nicht in verfassungsrechtlichen Tricks oder gar in der Forderung nach einem Verbot liegen (welches sich bereits in anderen Fällen als politisch unklug erwiesen hat), sondern darin, den Unmut der Wähler gegenstandslos zu machen, kurzum: Die beste Maßnahme gegen die NPD ist eine bessere Politik! Dieser Gedankengang scheint hierzulande noch nicht bei jedem durchgedrungen zu sein: Wer die besseren Argumente hat, wer die bessere Politik betreibt, braucht nichts und niemanden zu fürchten. Ein Verbot sollte nur ausgesprochen werden, wenn eine Partei beginnt, sich krimineller Praktiken zu bedienen, nicht aber allein deswegen, weil sie unbequem ist und weil ihre Mitglieder extreme Meinungen vertreten und die bestehende Regierung ablehnen.

Die Gesetze gegen Aufruhr, politischen Mord, Straßenkämpfe, unerlaubten Waffenbesitz, Sabotage, Bombenanschläge und Ähnliches reichen als Grundlage für das Vorgehen gegen staatsgefährdende Organisationen zwei-

fellos aus. Ein allgemein gefaßter Tatbestand der Staatsgefährdung bedürfte einer sorgfältigen Interpretation, und es würde dadurch letztlich z. B. das Aufbegehren gegen eine (staatstragende) Diktatur rechtlich unmöglich. Gerade darin aber liegt das Vorrecht der Bürger eines demokratischen Staates bzw. der von ihnen gewählten Vertreter, daß sie jede ungeeignete Regierung absetzen und andere Politiker mit der Verantwortung betrauen können.

Kritik am Regierungschef, Austritt aus einer Koalition, Verhandlungen zur Suche eines neuen Partners und einer neuen Mehrheit sind eben nicht „Majestätsbeleidigung“, „Treuebruch“, „Wankelmüt“, „Dochstoß“ und was an abwegigen Vorstellungen in vielen Hirnen noch herumzuspuken scheint. Solche Handlungsweisen sind eben nicht notwendigerweise undemokratisch; im Gegenteil: Man darf wohl sagen, daß gerade darin, wie sehr ein objektives Streitgespräch und ein Ringen um Klärung von Problemen möglich ist, selbst oder gerade wenn es dabei „hoch her geht“, das Niveau einer Demokratie erkennbar wird. Beim ersten Anzeichen eines sachlichen Streites und einer Auseinandersetzung, solange sie gemäß den Spielregeln (d. h. Grundgesetz und Geschäftsordnung) geführt wird, vom Ende der Demokratie zu sprechen, wie es hierzulande vielfach geschieht, zeugt jedenfalls von gewissem Unverständnis. Die Tatsache, daß solche Auseinandersetzungen und Klärungen lange dauern können, ändert nichts daran, daß sie notwendig und wünschenswert sind, sofern man sich in ihnen nicht zerfleischen will, sondern bereit ist, anschließend wieder an die Arbeit zu gehen.

Die letzten Gedankengänge wiesen bereits fort von den juristischen zu praktischen, politischen Gesichtspunkten. Neben der Frage, ob eine Partei bereit sein will, die Verfassung (bzw. das Grundgesetz) zu achten und danach zu handeln, kann es von großer Bedeutung für ein Volk und seinen Staat sein, ob die Männer dieser Partei Vorstellungen für die Lösung der anstehenden Probleme sowie die geistigen Fähigkeiten und die Beweglichkeit für das erfolgreiche Anpacken neu entstehender Situationen und ihrer Schwierigkeiten mitbringen.

Eine Partei, die an der Regierung ist oder war, kann, grundsätzlich gesehen, an ihren Leistungen gemessen werden. Eine politische Gruppe, die neu vor die Wähler tritt und sich um ihre Gunst bewirbt, kann nur nach ihrem Programm und ihren Veröffentlichungen sowie nach den Äußerungen ihrer leitenden Mitglieder und dem Eindruck, den diese machen, beurteilt werden.

Zunächst wird der potentielle Wähler enttäuscht: die NPD hat bisher kein Parteiprogramm veröffentlicht. Das war im Hinblick auf die Wahlen in Hessen und Bayern ungeschickt – oder geschickt, wie man es nimmt. Es gibt jedoch ein Manifest, außerdem ein Organ „DN Deutsche Nachrichten“, den „Offenen Brief des Grafen Plettenberg an Kardinal Döpfner“ sowie verschiedene Wahlflugblätter.

Der Leser sollte sich, bevor er mit der Lektüre beginnt, grundsätzlich klarmachen, daß eine objektive Würdigung politischer Zielsetzungen nicht immer möglich ist. Auch Begriffe und Schlagworte unterliegen der Mode. Wir befinden uns hierzulande in der merkwürdigen Situation,

daß es (nicht zuletzt durch schlechte Erfahrungen bedingt) suspekt geworden ist, von „Nation“, „Würde“, „Vaterland“ zu sprechen, daß nationale (nicht nur nationalistische!) Gefühle in der gesamten Nachkriegszeit nicht gerne gesehen waren, während es fast schon zum guten Ton gehört, „links“ zu stehen.

Zwar besteht, wie sich leider immer wieder zeigt, die große Gefahr eines Mißbrauchs von Gefühlen, aber man wird wohl nicht umhin können, einen gewissen Ausgleich zu finden und einen Mittelweg einzuschlagen, denn man darf sich nicht über ein mangelndes Verhältnis etwa der Jugend zum Staat beklagen, wenn dieser sich im Wesentlichen in Gestalt der Steuerbehörde und der Bundeswehr manifestiert. Es wird wohl kein Psychologe leugnen, daß eine Bindung an einen abstrakten Begriff wie „Vaterland“ nicht möglich ist, sofern damit nicht konkrete Vorstellungen verbunden sind; Symbole wie Fahne, Hymne oder

Praxis-Eröffnung

schon nach 2–4 Semestern möglich durch ergänzendes Spezialstudium (inkl. Praktikum)!

Auskunft: **DAHNS-STUDIO, 662 Völklingen/Saar 53**

ein ehrwürdiger Präsident (man denke an Hindenburg und Heuss, die, wenngleich in ganz verschiedener Weise, das Vaterland verkörperten) und dergleichen. Solange über die Symbole eine derartige Unsicherheit herrscht wie vielfach in der Bundesrepublik, wird auch der Bürger nicht das rechte Verständnis aufbringen. Daß allerdings die Situation als Folge der Vergangenheit keineswegs einfach ist, muß bei diesen Überlegungen mit bedacht werden.

So wird man also der NPD zubilligen, daß Besinnung auf nationale Würde und Unabhängigkeit nicht a priori falsch ist. Es kommt hier allerdings sehr auf den Ton an, der die Musik macht. Auf jeden Fall ist dieser Bereich nur schwer zu beurteilen.

Mit der Lektüre des NPD-Materials beim Manifest beginnend, stößt man bereits recht bald auf Widersprüche. Wenn in einem Satz „Anerkennung und Entgelt nach Leistung ... und Garantie eines Arbeitsplatzes“ gefordert wird, so stellt sich sofort die Frage, ob z. B. eine (gerechtfertigte) Entlassung, die zweifellos dem Grundsatz der „Anerkennung ... nach Leistung“ entspricht, mit der „Garantie eines Arbeitsplatzes“ vereinbar ist. Wenn dann später für die Landwirtschaft eine „Einkommensgarantie“ gefordert wird, hat man offenbar „Anerkennung und Entgelt nach Leistung“ bereits vergessen.

„Öffentliche Aufsicht über die Preisbildung“ wird ebenso verlangt wie „anständige und saubere Vorbilder“ für die Jugend. „Zersetzende Meinungsmonopole in Fernsehen, Funk und Film“ sollen aufgehoben werden, weil nicht länger zu dulden sei, „daß eine gewissenlose Clique unsere nationalen, moralischen und sittlichen Werte systematisch unterhöhlt und verächtlich macht“. (Wobei dem Leser spätestens hier deutlich wird, daß der rechte Ton

nicht getroffen wurde.) Es eröffnen sich Ausblicke auf eine Gesellschaft, in der jeder gegängelt wird und wo alles geregelt ist.

Die NPD verlangt „ein wahres Geschichtsbild“ und wehrt sich, so unterrichtet das Manifest weiterhin, „gegen die Verherrlichung des Landesverrates“ (womit zweifellos der 20. Juli 1944 gemeint sein dürfte). Wessen Geschichtsbild korrekturbedürftig ist, läßt sich unschwer erkennen, wenn nach dem Manifest der offene Brief des Grafen Plettenberg zur Hand genommen wird, der von der NPD mit den Worten: „Helfen Sie mit, daß sich die Wahrheit durchsetzen wird! Unterstützen Sie uns auf dem Wege zu unserem gemeinsamen Ziel! Wählt NPD (Nationaldemokraten)“ unterzeichnet und daher als offizielle Äußerung der Partei zu werten ist.

Hier erfährt der Leser von dem „ungerechten Krieg gegen Deutschland“; von den Feinden, „welche Deutschland wieder einmal einen Vernichtungskrieg aufgezwungen hatten“; und ihm wird mitgeteilt, daß „Deutschland niemals einen Krieg, geschweige denn einen Weltkrieg wollte“. (Wollt ihr den totalen Krieg?)

Dabei ist die Intention des Grafen Plettenberg an sich anerkennenswert: Er weist in seinem Brief darauf hin, daß während des Krieges und nach seinem Ende auch von Alliierten an Angehörigen des deutschen Volkes Verbrechen begangen wurden. „Ich bitte Euer Eminenz, mir zu glauben, daß das schamhafte Verschweigen der Grausamkeiten, welche am eigenen Volke begangen wurden, falsch ist. Es ist ungerecht dem Volke gegenüber, weil es dadurch in ein falsches Licht kommt.“ Graf Plettenberg bittet Kardinal Döpfner darum, seine Autorität dafür einzusetzen, daß diese Taten nicht weiterhin verschwiegen werden und daß man die Opfer in das öffentliche Gebet und Gedenken aufnehmen möge.

Der Hinweis auf die wichtigen Fragen nach Kriegsschuld und Kriegsverbrechen, deren sachliche Behandlung alle Kriegsteilnehmer auf die Dauer nicht umgehen können, wenn eine Atmosphäre echten Vertrauens geschaffen werden soll, und um deren Klärung noch Generationen von Historikern nach uns ringen werden, wenn einmal auch alle die Dokumente zugänglich sein werden, die sich zur Zeit noch bei den Regierungen unter Verschuß befinden, dieser Hinweis also ist jedoch leider in dem Brief des Grafen Plettenberg keineswegs in eine versöhnliche Form gekleidet. Am deutlichsten wird das, wenn von den deutschen Opfern des Krieges gesagt wird: „Ihrer aller Blut schreit am Throne Gottes nach Wiedergutmachung!“

Der Leser ahnt nun schon, wie es weitergehen wird: Zwar wird in dem „DN“-Sonderdruck IV/66 auf Seite 3 versichert, daß die NPD die in der Presse erhobenen Vorwürfe des Antisemitismus prüfen werde, und daß sie, falls es sich herausstelle, „daß sich ein NPD-Mitglied antisemitisch geäußert oder gar Andersrassige verunglimpft habe, ... ohne Zögern die notwendigen Maßnahmen ergreifen (werde), um den Betreffenden aus der NPD zu entfernen“. (Wieso: „... oder gar Andersrassige ...“?) Zwar wird versichert: „Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) bietet keine Plattform für antisemitische Betätigung“, aber beim Grafen Plettenberg heißt es z. B.: „...der Jude Ilja Ehrenburg...“

Es mag vielleicht kleinlich erscheinen, das in dieser Weise zu erwähnen, aber Graf Plettenberg ist sonst von erlesener Höflichkeit, wenn er sich auf andere Personen bezieht und sie bei Namen nennt. (Wie, wenn wir entsprechend schrieben: „der Junker Plettenberg“?)

Das ist jedoch noch nicht alles: „Es wird seit Jahren von 6 Millionen Juden gesprochen, welche wir Deutsche umgebracht haben sollen!“ Und Graf Plettenberg fährt fort: „Abgesehen davon, daß es eine Frage des Geschmacks ist, ob man sich seine Toten bezahlen läßt, ist die Zahl 6 Millionen falsch! Das internationale Rote Kreuz in Genf, was hierfür zuständig ist, hat festgestellt, daß die Zahl nicht genau zu fixieren sei.“ – Welch brillantes Gegenargument! – so ist man versucht auszurufen.

Schließlich gibt Graf Plettenberg aufschlußreiche Hinweise auf den Großmut der Nationalsozialisten, wenn er über den zweifelhaften Wert der Entnazifizierung spricht: dort seien Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung vor Sondergerichte gestellt worden. Und dann wirft sich Graf Plettenberg wieder selbst Knüppel zwischen die Beine: „Das ... haben nicht einmal die Nationalsozialisten getan, als sie zur Macht kamen! Im Gegenteil, sie nahmen die ehemaligen Gegner sogar schon vorher in die Partei auf, wobei diese dann allerdings zum großen Teil das Gute, was anfänglich daran war, zersetzen!“ (Was wohl Herr Freisler zu dieser offenkundigen Mißachtung seiner langjährigen eifrigen Tätigkeit zu sagen hätte?)

Nach beendiger Lektüre ist man nicht mehr davon überzeugt, daß die NPD alles sagt, was sie denkt, und so sehr wir eingangs bereit waren, objektiv zu sein und nicht a priori zu verurteilen, so sehr müssen wir jetzt mit aller Entschiedenheit feststellen, daß zwar die Führung der NPD möglicherweise sehr genau weiß, was sie will, daß sie es aber offenbar nicht sagt, während manche Anhänger sicherlich nicht immer klar sehen und denken, sondern sich von einer Welle des zur Zeit möglicherweise berechtigten Aufbegehrens gegen die etablierte Macht und von nationalen (und nationalistischen?) Gefühlen tragen lassen.

Welch verheerende Folgen so etwas haben kann, zeigt sich spätestens dann, wenn die Woge einen unsanft absetzt, wenn das böse Erwachen kommt (wie schon gehabt). Daher sollte man der NPD solange über so viele ihrer Vorstellungen Unklarheit herrscht, solange vor allen Dingen die Gefahr des Abbaus der Demokratie durch (im Manifest bereits angedeutete) autoritäre Maßnahmen besteht, seine Stimme nicht geben.

Nun mögen aber die anderen, die „Bonner“ Parteien nicht frohlocken, sondern endlich begreifen, daß von ihrem Immobilismus, von der mangelnden Selbstprüfung und der daraus resultierenden Unklarheit über die eigenen Ziele die gleichen Gefahren drohen können. Solange man glaubt, der Teufel, der das Ende der Demokratie bedeutet, sähe braun aus und trüge einen Pferdefuß, sind wir vor ihm nicht sicher. Er ist ein Meister der Vorstellungskunst, und wir müssen lernen, ihn immer zu erkennen, auch wenn er vielleicht Frack und Orden tragen sollte; auch wenn er liebenswürdig ist, uns schmeichelt und Geschenke macht.

WOHNEN IN PRESSBURG

Kurz nachdem Peter Somsy im vergangenen November nach Darmstadt kam, um hier als Kontaktstipendiat zu studieren, erzählte er uns von den Wohnheimen seiner Heimatstadt Bratislava (Preßburg), einer traditionsreichen Stadt der Tschechoslowakei, die eine Universität und eine Technische Hochschule beherbergt. Über fünfzehntausend Studenten prägen das Stadtbild, obwohl Bratislava heute dreihunderttausend Einwohner zählt. Fast neunzig Prozent der Studenten wohnen in Heimen (Internate), der Rest am Ort bei den Eltern. Etwa die Hälfte sind junge Damen. Die Heime, ursprünglich schon als Wohnheime geplant und gebaut, sind räumlich getrennt von den Hochschulen in weitem Bogen um den Stadtkern angeordnet, sie umfassen gleichsam die Altstadt, die in einer von den Kleinen Karpaten erzwungenen Biegung der Donau gelegen ist.

Das kleinste der acht Internate beherbergt achthundert, das größte fünftausend Studenten. Dieses letztere, die für Darmstädter Verhältnisse riesige Studentenstadt Mladá Garda, wurde 1950 von Studenten innerhalb eines Jahres (!) gebaut. Es besitzt eine Sportanlage und, wie alle Wohnheime in Bratislava, eine eigene Mensa. Ein älteres Heim für tausend Studenten wurde 1940 mitten in dem großen und ruhigen Horský-Park errichtet. Im ältesten Haus wohnen zweitausend Studenten. Es wurde bereits 1938 in der Nähe der Preßburger Burg gebaut. Das neueste dagegen ist Heimstätte für dreitausend Studenten und wurde soeben erst bezogen; es besitzt eine eigene Schwimmhalle, die ebenfalls gerade fertiggestellt wurde.

In der Tschechoslowakei kennt man keine Einzelzimmer. Die älteren Zimmer sind vorwiegend für drei Betten, die neueren für zwei Betten ausgelegt. Es gibt keine Gemeinschaftswaschräume; jedes Zimmer hat ein eigenes Waschbecken. Lediglich in Mladá Garda sind je ein Zweibett- und ein Dreibettzimmer zu einer Einheit mit getrenntem Wasorraum und Toilette zusammengefaßt. Auch die hierzulande auf jedem Flur sich ausbreitenden Gemeinschaftsräume sind dort unbekannt. Dagegen gibt es außer den Speisesälen der Mensen Clubsäle, in denen samstags und sonntags Tanzabende und Tanztees usw. veranstaltet werden. Arbeitsgemeinschaften für Photographieren, Tanzen, Musik, Jazz, Schach bilden sich von selbst. Sportwettkämpfe zwischen den Internaten und den Mannschaften der Hochschule finden häufig statt und verbinden die Studenten eng miteinander. Der Kontakt zwischen den Studenten der beiden Hochschulen ist sehr eng, sicherlich noch gefördert durch die Tatsache, daß auch dort auf der Universität wesentlich mehr Mädchen studieren als auf der Technischen Hochschule (Medizin 80%, Maschinenbau 10% Mädchen). Man sagt übrigens, daß in Bratislava die schönsten Mädchen der ganzen Republik leben.

Die Fakultäten bilden zu Studienbeginn Gruppen von jeweils zehn bis fünfzehn Studenten, in denen man gemeinsam studiert. Man geht auch zusammen aus in eines der zahllosen kleinen Weinlokale (die Landschaft ist ein

reiches Weingebiet und jeder Weinort hat sein eigenes Lokal in der Stadt). Im Zimmer kann man nur von 17 bis 21 Uhr Besuch empfangen, der zu allem Überfluß dem Portier gemeldet werden muß. „Koedukation“ in den Heimen gibt es nicht. In jeder Studentenstadt wohnen jeweils nur Studenten oder Studentinnen. Auch Studentenehepaare leben getrennt, jeder Partner in dem für ihn zuständigen Heim. Wohnungen sind unbezahlbar; auch Studentenbuden sind kaum erschwinglich.

Der Wohnheimzimmerpreis stellt sich auf 50 Kronen bei einem Stipendium von 200 bis 400 Kronen (Facharbeiterverdienst: 1800 Kčs, Diplomingenieur: 2000 Kčs). Darin sind Heizkosten enthalten, und die Duschen haben keine Warmwasserautomaten, in die man zuerst Münzen einwerfen muß. Ein Privatzimmer kostet zwischen 200 und 300 Kčs. Für Mittag- und Abendessen zahlt man in der Mensa 2,60 Kčs; für das Frühstück, auch das wird in der Internatsmensa eingenommen, 1,30 Kčs. Die Höhe des Stipendiums richtet sich nach dem Einkommen der Eltern und der Zahl ihrer Kinder. Je nach Erfolg bei den im Zuge des Studiums am Ende eines jeden Semesters abgelegten Prüfungen erhält der Student für das ganze folgende Semester eine monatlich Prämie, die mit dem Studienalter steigt und zwischen 50 und 200 Kčs liegt. Wie bei uns wird also auch dort nahezu die gesamte Stipendiumssumme für Wohnen und Essen ausgegeben, wobei aber im Gegensatz zu uns der Anteil der Wohnausgaben geringer, der für Essen größer ist. Ein Studentenwerk in unserem Sinne gibt es nicht. Jedes Internat wird durch einen Direktor geleitet, der dem Rektor der Hochschule unterstellt ist. Die Heime sind voneinander völlig unabhängig. Sie sind jeweils einer der beiden Hochschulen zugeordnet. Die Studenten wohnen immer nur in einem Heim ihrer Hochschule (während zum Beispiel in West-Berlin in verschiedenen Wohnheimen Studenten der Freien Universität und der Technischen Universität zusammenwohnen). Das Zimmer wird bei der Immatrikulation zugeteilt. Dem Direktor des Internats sind Vertreter des ČSM (unserer Studentenschaft vergleichbare Studentenorganisation) beigeordnet, die somit direkt Einfluß auf den Verwaltungsapparat haben und über diesen die Veranstaltungen organisieren. Die ČSM-Vertreter werden von den Studenten gewählt. Unser Berichterstatter hat den Eindruck, daß das Studentenwerk eine organisatorisch bessere Lösung sei und bewundert die indirekten Förderungsmaßnahmen des Darmstädter Studentenwerks wie Erfrischungsraum, Studienmaterialverkauf, Tankstelle und Fahrschule.

Peter Somsy hat in Bratislava sein Maschinenbaustudium beendet und will in Darmstadt seine Kenntnisse erweitern, indem er am Institut für Werkstoffkunde arbeitet. Während dieser Zeit wohnt er im Studentenwohnheim Nieder-Ramstädter Straße. Er möchte die Kontakte, die zwischen der Darmstädter Fachschaft Maschinenbau und den Preßburger Studenten bestehen, soweit es ihm möglich ist, enger gestalten und auf die beiden gesamten Hochschulen ausweiten. Er wäre froh, wenn es mehr Studenten unserer beider Länder möglich wäre, das andere Land und seine Bevölkerung kennenzulernen. Ähnlich, wie die Jugendaustausche zwischen Frankreich und Deutschland zu Beziehungen geführt haben, die auch durch vorübergehende politische Unstimmigkeiten nicht abgekühlt werden, müßte es auch gelingen, die Verhältnisse zwischen der Tschechoslowakei und unserer Nation über die Freundschaft der Jugend zu verbessern. kf

Walter Mengel

DIE FREIHEIT UND EIN HIMMELREICH

Träger: Verein Maßmannplatz e.V. (Honoratioren und Ehemalige, nicht das Studentenwerk), Selbstverwaltung.

Bauliche Situation: Grundriß in H-Form: 4 zweistöckige „Häuser“, die quer durch die auf Säulen stehende „Brücke“ verbunden sind. Abschluß gegen die Straße durch Verwaltungsflügel. Angegliedert ist eine Küche und ein Speisesaal.

Treppenhäuser an den Einmündungen der Brücke, jeweils mit großem Fenster und Leseplatz, davon nach zwei Seiten ausgehend 2 mal 2 Gänge mit je 14 Zimmern. Ein Drittel Einzelzimmer 2x3 qm, zwei Drittel Doppelzimmer 4x3 qm. Sanitäre Anlagen in jedem Gang, eine große Küche pro Haus.

Wohnen: Doppelzimmer DM 21,10, Einzelzimmer DM 24,60 bzw. 33,20. Dazu kommen jeweils DM 30,50 für Heizung, Reinigung und Bettwäsche, DM 15,00 Küchenpauschale und DM 2,00 für Wasser.

Brücke zum Festfeiern, mit Musikraum und Balkon. Gemeinschaftliches Essen.

So war das also 1948: ein Dozent baut sich zusammen mit Studenten ein Dach über dem Kopf, ohne richtige Genehmigung und möglichst an allen zuständigen Schreibtischen vorbei. Zuerst für 40 Leutchen; dann erweiterte man auf 160 Plätze, inzwischen bei der Obrigkeit angenehm aufgefallen und mit Geldmitteln versehen. Der Gründer, Dr. Hermann Mau, fand eine neue, hochbrisante Konzeption: „Das, was unser Experiment am Maßmannplatz vor allem auszeichnet, ist doch der Versuch, junge Leute der verschiedensten sozialen Bereiche sinnvoll miteinander leben zu lassen und auf diese Weise einen Organismus zu schaffen, der, wie wir glauben, eine normale soziale Form von morgen darstellt. Wir zielen auf soziales Neuland, auf Formen, die in der Luft liegen und morgen allseits geläufig sein werden. Wir treiben so etwas wie Therapie gegenüber den Entwicklungshemmungen im sozialen Bereich, die wir seit 1945 erleben...“

So entstand die Wohnheimsiedlung für Arbeiter und Studenten „Maßmannplatz“, die zum berühmten Modellfall wurde. Doch was die deutsche Gesellschaft in ihrer Gesamtheit nach 1945 nicht fertigbrachte und ihr zu ihrem heute so unrühmlichen Zustand verhalf, das konnten die jungen Männer in München auch nicht „derpacken“: die Zeit lief gegen sie.

Doch von Anfang an hatte die Sache Stil, vom Gründer geprägt, und heute noch lebendig in Relikten. 1952 verunglückte Dr. Hermann Mau – doch sein Erbe blühte. Regeln und unausgesprochene Grundsätze bestimmten das Leben in der Gemeinschaft, ein Konsensus zeigte sich in der Selbstverwaltung, im Festfeiern und im politischen Verhalten. Eine rötliche Linksbrise war der Grundakzent: wer sich gegen den Wind stellte, war Opposition, Einzelfall, jedoch dankbar begrüßt; Jungen aus konservativem Elternhaus, Nachwuchs für die Junge Union, überzeugte Edel- und auch andere Kommunisten.

Die Freiheit war herrlich und für manche das Himmel-

reich: hitzig in Tischgesprächen die Meinung zu sagen, den Geist bis zur Erbitterung zu schärfen und sich anschließend vom Kontrahenten fünf Mark zu leihen oder ihm einen Tip für einen Job zu geben.

Das Modell bekam Traditionen. Die vier Hausältesten wurden in freier Wahl bestimmt, hin und wieder wurde das ernst, oft sah es aus wie die Erprobung der Demokratie spaßeshalber. Man wählte zwei weitere Vertrauensleute pro Haus und bildete daraus den „Arbeitskreis“, der das Gesamtgeschick des Maßmannplatzes wie ein Parlament bewachte. Ein „Präsident“ wurde gewählt, als Geschäftsführer, würde man sagen, und für Sonderaufgaben „Senatoren“, etwas bewußter in der Gesellschaft lebende Leute, zumeist also auch länger im Haus Wohnende. Diese übten bei der Vorstellung der Neuen einen gewissen Druck gegen die Hausältesten und ihre Mannen aus, wenn Cliquenbildung drohte oder übergeordnete Gesichtspunkte ins Feld zu führen waren. Denn die Aufnahme in eines der vier Häuser hing vom persönlichen Gusto ab, das man bei längeren abendlichen Gesprächen mit den Kandidaten gewann. Hier gehörte es wieder zum Stil, den neuen Leuten und ihrem Geiste auf den Zahn zu fühlen, auszuprobieren, wie sie sich bei aggressiver Rede verhielten, oder sie mit falschen Vorstellungen aufs Glatteis zu führen, um zu sehen, wie „helle“ sie wohl seien.

Senatoren pflegten auch hin und wieder die Stimme zu erheben und den „Geist des Hauses“ zu beschwören, woran sie ebenso prompt scheiterten, wie man ihnen die Sorge ums Haus hoch anrechnete. Fast das wichtigste Amt ist das des Protokollschreibers bei Arbeitskreissitzungen: der Kontinuität auf diesem Platz ist es zu verdanken, daß man bei strittigen Fragen bis in die „Urzeiten“ zurückgehen konnte, oft zur Erheiterung, oft, um aktuelle Weisheiten zu finden. Man muß sich das wohl – nur im Kleinformat – ähnlich der englischen Rechtsprechung vorstellen.

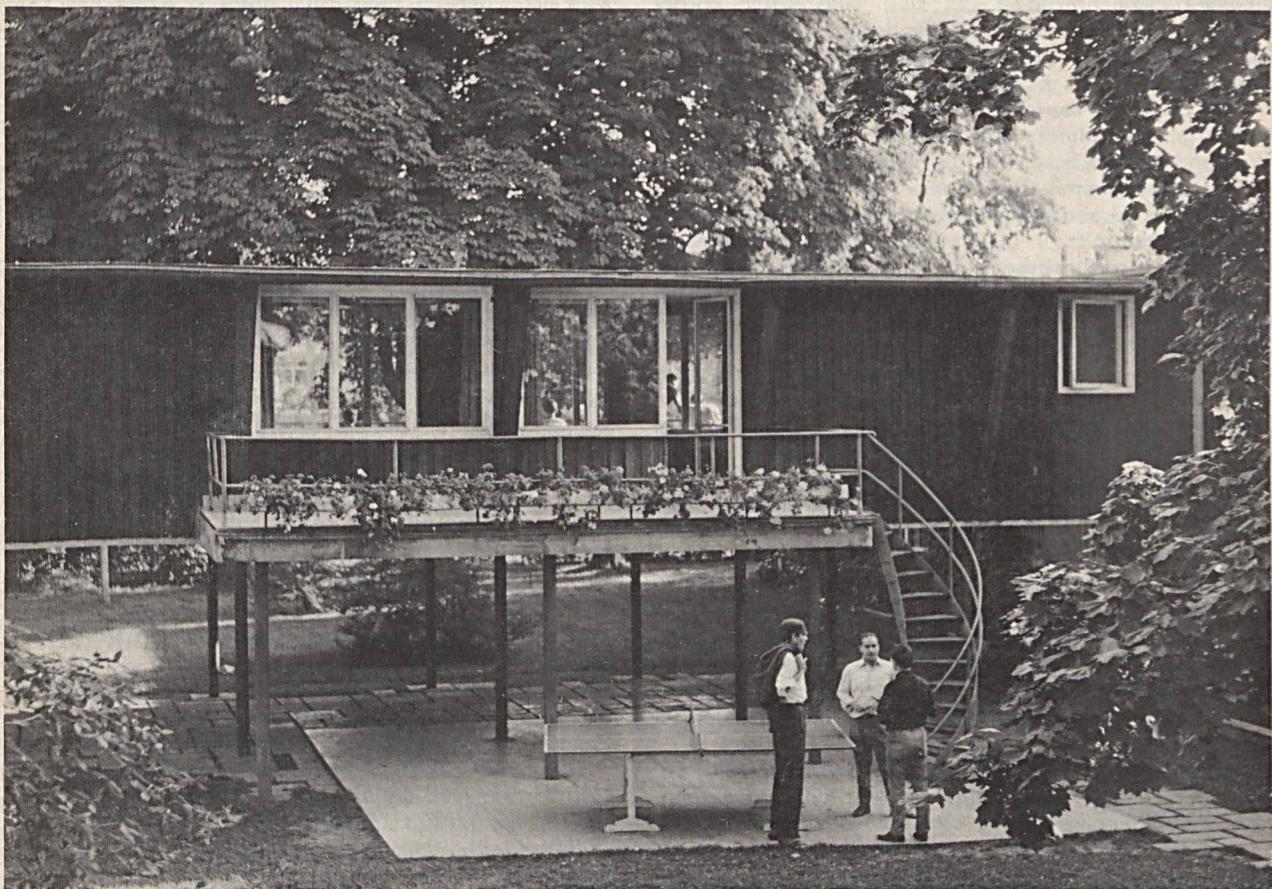
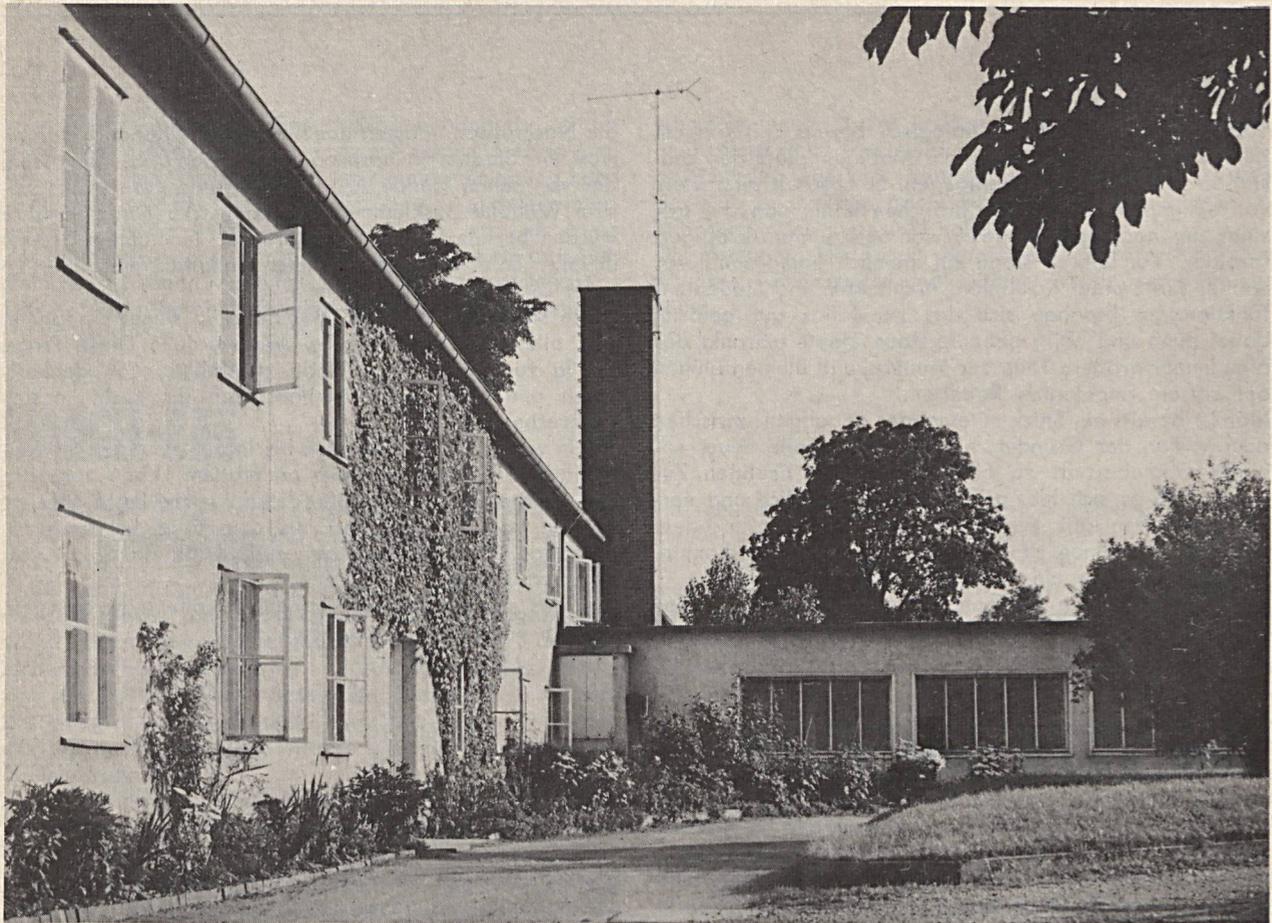
Ein eigenes Studentenwohnhaus hat immer eine Anzahl von Dauerproblemen: warum wer wen nach welcher Zeit rauswerfen kann oder muß, wer in einer völlig autonomen Selbstverwaltung welche Kompetenzen hat, nach welchen Grundsätzen in bezug auf das schöne Geschlecht die Feste gefeiert werden. Für alle diese Fragen bauten sich im Laufe der Jahre praktikable Antworten auf.

Die Sache mit dem Stil läßt sich bis in die heutigen Tage verfolgen: wo alles möglichst leger herumläuft, wird einer trotzdem gerügt, wenn er zur Arbeitskreissitzung in Sandalen kommt. Mißachtung des hohen Hauses? Dabei werden kaum Krawatten oder Anzüge getragen.

Vor dem Abendessen versammeln sich die Bewohner im Gespräch um die Tische, bei offenkundiger Vollständigkeit steht plötzlich alles auf, einer bimmelt kurz mit einem Glöckchen und wünscht guten Appetit – dann erst wird gegessen. Wer zu spät kommt, entschuldigt sich bei dem mit der Bimmel.

Eine Stilfrage ist es wohl auch, wenn an den im übrigen sehr vernünftigen baulichen und innenarchitektonischen Gegebenheiten nichts geändert wurde: der Bau wäre grundsätzlich variabel, auch verträglich er Umstellungen. Jedoch abgesehen von Ergänzungen des normalen Verschleißes ist nur die Aufstellung von einigen Kühlschränken als Novum zu verzeichnen. Fernseher gibt es nicht, dessen Aufstellung wurde aber mindestens schon fünfmal vorgeschlagen, diskutiert und abgelehnt.

Jedoch wie das Haus sich langsam abnützt und eines



Tages verfallen wird (mythologisch bereits seit langem geweissagt), so rutscht auch der Maßmannplatz der Endstation „Studentenhotel“ entgegen. Es bröckelt allerorten, von einigen beschriebenen Bräuchen kann man die Existenz nur noch hoffen. Vieles war auch einmal kräftiger, farbiger. Vor Jahren stand ein ziemlich kompromißloser weißer Klotz unter Kastanien, Architekten und Studentenfunktionären besahen sich das zweifellos gut gelöste, dabei dünn und billig gebaute Haus. Heute umrankt der Efeu immer größere Teile der Mauern, und Blumen blühen auf sittsam angelegten Rabatten.

Man ist bereits ein Stück miteinander gegangen: zwischen dem Willen der Gründer, hier eine Keimzelle neuer sozialer Gemeinschaft zu bilden, und dem heutigen Zustand, daß es sich hier auch so schön gemütlich und vergammelt leben läßt, liegt ein weiter Weg, der in jedem Falle den einzelnen Hausbewohner stark prägen konnte, im gesamten aber ein langsames Scheitern darstellt.

Am Anfang sollten Studenten und Arbeiter in gleicher Zahl zusammenwohnen. So wollte es der Gründer, aber

die Nachfahren nahmen das bequemer, wohl auch darum, weil ein Student in unseren Jahren den Altersgenossen, der von seiner Hände Arbeit lebt, gerne vorerst aus seinem Weltbild ausklammert. Im Laufe der Fünfzigerjahre wurden bereits die Arbeiter spärlicher. Eine untere Grenze in ihrer Zahl wollte man immer einhalten, was aber zu guter Letzt zu Fiktionen führte.

Hatte sich also Dr. Mau 1948 geirrt in seiner Annahme, was alles „morgen geläufig sein werde“? Diese Frage mit ja zu beantworten, hieße zweifellos, allen denkerischen und handelnden Neuansätzen ihr Recht in sich absprechen.

Allein was an Ausstrahlungen bis in den heutigen Studentenhausbau wirkte, was sich an prallem Leben abspielte und welche Köpfe sich heißredeten, welche Feste gefeiert wurden und welcher Ernst aus dem Spiel hervorzuschwamm, alles das ist so nachweisbar, daß Kritik davor zu verstummen pflegt.

Nur das soziale Neuland haben wir alle nicht betreten, obwohl wir es vor uns sehen.

MEINE WIRTIN - DEINE WIRTIN

Der deutschen Hausfrau sind Ordnung und Sauberkeit Ersatz für Glück. Oftmals. Und die meisten vermieten Zimmer an Studenten, damit sie ihr Bedürfnis nach Glück exzessiv befriedigen können.

Ordnung heißt: Alle beweglichen Güter sind streng nach geometrischen Prinzipien auf bestimmte dafür vorgeschlagene Stellen zu setzen. Wie's darunter oder dahinter oder sonstwo nicht sichtbar daneben aussieht, geht niemanden was an. Es ist, als wollten Meine Wirtin - Deine Wirtin den Satz von den Parallelen widerlegen, die sich doch irgendwann mal schneiden. Besonders bei Bleistiften, Büchern, Blättern, Schuhen, Streichhölzern, Pfeifen, Nagel-feilen, Radiergummis. Die Lehre vom „Goldenen Schnitt“ scheint zum Grundausbildungsplan jeder hauswirtschaftlichen Lehranstalt zu gehören, und die vielen rechten Winkel des carthesischen Koordinatensystems sind Gebrauchsmuster in jeder von Einer Wirtin verwalteten Studentenbude.

Sauberkeit ist, wenn für einen Damenbesuch ein formloser Antrag gestellt werden muß, der erst einmal nicht genehmigt wird und der nur erfolgreich sein kann, wenn er durch alle Instanzen (Meine Wirtin - Deine Wirtin) gelaufen ist. Dabei ist dann natürlich strengstens auf die Unsittlichkeits-Grenze (sprich: zehnuhr) zu achten; weil: da ist irgendwo schon wieder eine nachsichtige Frau wegen Kuppelei zur Schande verurteilt worden - stand im Grünen Blatt.

Oh, wie vielen arglosen jungen Menschen ist von strengen Wirtinnen schon Unrecht geschehen; wenn einer dauernd im Verdacht stand, ein ganz Schlimmer, ein Filou oder sonst ein genießerisch-heimlicher Finsterling zu sein, nur weil die ehrbare Frau ihn und eine weibliche Stimme gemeinsam in der Badewanne hat plansch hören.

Dennoch ist die Kapazität, die Eine Wirtin für das Ertragen an Unordnung und Unsauberkeit aufbringen kann, recht unterschiedlich. Schon die geringsten Anlässe können verdichtet, ausgedehnt, verallgemeinert (auf das sonstige ungebührliche Verhalten) werden, so daß fürder

nicht mehr ein erträgliches (Miet-)Verhältnis bestehen kann.

Bei diesen gelegentlichen hochvollkommenen Vorgängen des Rausschmisses kann sich die ehrbare Frau echauffieren wie selten, und sie genießt es. Herausgerissen aus dem faden Gleichlauf der Alltäglichkeit, gibt es ihr die Gelegenheit zu leben; sich zu empören ist eine der am meisten befriedigenden Regungen, welche sich Eine Wirtin noch leisten kann.

Der Student zieht aus und sollte beschließen, es das nächste Mal besser zu machen. Denn das geht. Man muß nur gewillt sein, auf die Seele Meiner Wirtin - Deiner Wirtin einzugehen, sofern es das neue Zimmer wert ist. Das wichtigste Mittel dafür ist das Gespräch. „Wirtinne wolle schwätze.“ Auch ein gelegentlicher feinsinniger Streit, selbst Auftrumpfen und eigene ernste Empörung, sofern sie nur mit Verbindlichkeit gesteuert werden, sind sehr geeignet, das Zusammenleben zu verschönern und die Beziehungen zum Zimmer zu knüpfen. Ein kleiner dummer Scherz gelegentlich - Deine Wirtin ist ja so anspruchslos - hilft ebenfalls. Natürlich geht es zu weit, wenn gefordert wird: „Eine Stunde täglich für Deine Wirtin.“ - Denn dabei spielt das Alter derselben eine entscheidende Rolle. Und wenn man eine Geschichte mehr als 365 mal im Jahr gehört hat, sollte man freiwillig ausziehen, weil man ganz offenbar nicht geeignet ist, den Fluß der Reden zu stauen und die Redefähigkeiten in andere Gewässer abzuleiten.

Der Student, welcher dieses Geschäft einfühlsam erledigt - Eine Wirtin muß erzogen werden - hat seine Ruhe, auch wenn mal das Radio oder Besuch lauter werden, als es die Mietbedingungen erlauben. Und wenn Monate und Jahre vergangen sind, kann es der Student nur noch selbst bestimmen, wann er geruht auszuziehen. Auch wird er jetzt die Untugenden Ordnung und Sauberkeit Meiner Wirtin - Deiner Wirtin ausbeuten können. Da läßt er eben mal ein Hemd oder ein Handtuch so lange gut sichtbar hängen, bis sie es nicht mehr mit anschauen

kann und es wäscht. Eine richtig behandelte Wirtin wäscht das Geschirr ab, wenn es gut dosiert dreckig rumsteht. Und über Verbesserung der Zimmereinrichtung kann verhandelt werden, ohne daß die Miete – auch ein interessantes Kapitel – gleich erhöht wird. Ganz am Ende des Studiums, wenn der Student einmal doch auszieht, sieht er sich dann vielleicht mit Tränen Meiner Wirtin – Deiner Wirtin belohnt für seine lange menschliche Mieter-

MÄNGELBAU

In dds Nr. 84 wurde bereits über das Studentenwohnheim in der Alexanderstraße und dessen Baumängel berichtet. Wenn der Bau an dieser Stelle schon wieder Erwähnung findet, sollen daraus keine falschen Schlüsse gezogen werden. Weder die Einsturzgefahr der als „Eiger-Nordwand“ bekannten schieferbestückten Giebelfassaden hat sich vergrößert (wenn auch laut Angabe der Bauaufsicht das zur Untersuchung aufgestellte Gerüst, wenn es sich um einen Privatbau handelte, nicht mehr entfernt werden dürfte), noch gefährden weitere Mängel das Leben der Hausbewohner.

Es geht vielmehr um die Frage, wer die Kosten für die inzwischen sehr notwendig gewordenen Reparaturen trägt. Diese Suche nach dem Kostenträger hat sich zu einem interessanten Quiz entwickelt. Die Parteien sind das Studentenwerk als Pächter des Heimes auf der einen Seite und das Land Hessen als Eigentümer auf der anderen. Und allem Anschein nach wird durch Fehlen eines fairen Schiedsrichters nach der altbekannten Kinderregel „DU BIST DRAN“ gespielt.

Daß hierbei das Studentenwerk und damit die Studentenschaft zum Verlierer wird, ist nicht verwunderlich. Die Aufgabe des Heimes zum 31. 12. 67 und die Maßnahmen für etwaige Mieterhöhungen unterstreichen diese Tatsache.

Interessant sind jedoch einige Details dieses Spiels: Nach amtlichem Gutachten sind zur Erhaltung des Gebäudes ca. 1/4 Million DM notwendig. Dabei dürfte nach Erfahrung die veranschlagte Summe kaum ausreichen. Aber selbst, wenn man von dieser Summe ausgeht, ist es erstaunlich, daß für einen 8 Jahre alten Neubau, der seit 4 Jahren vom Studentenwerk bewirtschaftet ist, 1/8 der damaligen Kaufsumme zur Erhaltung des Gebäudes aufgewandt werden muß. Da es sich hierbei aber weder um Schönheitsreparaturen noch um Instandsetzungen infolge Abnutzung handelt, ist verständlich, daß das Wohnheim der Alexanderstraße sich zu einem Mängelbau ersten Grades für das Studentenwerk qualifiziert hat.

Die Ursachen für die aufgetretenen Schäden sind nach Meinung von Fachleuten bereits während der Bauzeit gelegt worden. Die Mieterbeschwerden vor Übernahme des Hauses durch das Studentenwerk bestätigen diese Meinung. Selbst über die schieferverkleideten Giebelseiten wurden während der Ausführung und auch später durch den künstlerischen Berater des Architekten, den Darmstädter Maler Lander, Bedenken gegenüber der konstruktiven Ausbildung angemeldet.

Es scheint hier also um Fehler in der baulichen Ausführung zu gehen. Diese sind zwar für alle Beteiligten sehr ärgerlich, aber normalerweise durch Versicherungen der planenden und ausführenden Firmen gedeckt. Da Bau-

schaft in jenem Hause, und er wird seinen Nachfolgern im Zimmer noch fast ewig gepriesen werden als grundständig, „wirklich netter“ junger Mann – „so wen gibt's ja heutzutage gar nicht mehr“ – egal, was er in Wahrheit alles angestellt hatte.

Die Personen und Zusammenhänge sind frei erfunden – etwaige Ähnlichkeiten mit Meiner Wirtin sind rein zufällig. dr

mängel, bedingt durch die explosive Entwicklung der Bauwirtschaft, in den letzten Jahren recht häufig Anlaß zu juristischen Auseinandersetzungen waren, müßte den Verantwortlichen eigentlich die Situation geläufig sein. Um so unverständlicher wird aber dann das veranstaltete Ping-Pong.

Es ist schon peinlich für das Studentenwerk, daß es bisher Reparaturen ausführte, die im Grunde als verdeckte Mängel unter die Garantie (nach BGB bis zu 30 Jahren) des Herstellers fallen. Erst nachdem der Umfang der Kosten untragbar wurde, wehrte es sich, indem es durch Kündigung des Pachtvertrages dem Land zukünftig selbst den Ärger der Verwaltung (spricht: Erhaltung) auflud.

Jedoch weit unverständlicher wird bei dem Tauziehen die Stellung des Landes Hessen, das diese Kosten zur Gebäudeunterhaltung schlägt und nach Vertrag dem Studentenwerk als Pächter anlastet. Wahrscheinlich scheut sich der Eigentümer, durch das Anerkennen der Situation gleichzeitig einen unvorteilhaften Kauf zuzugeben. Wie weit dieser auf die damals erfolgte Wertschätzung des Gebäudes bzw. auf die Abfassung des Kaufvertrages zurückzuführen ist, wäre interessant zu wissen.

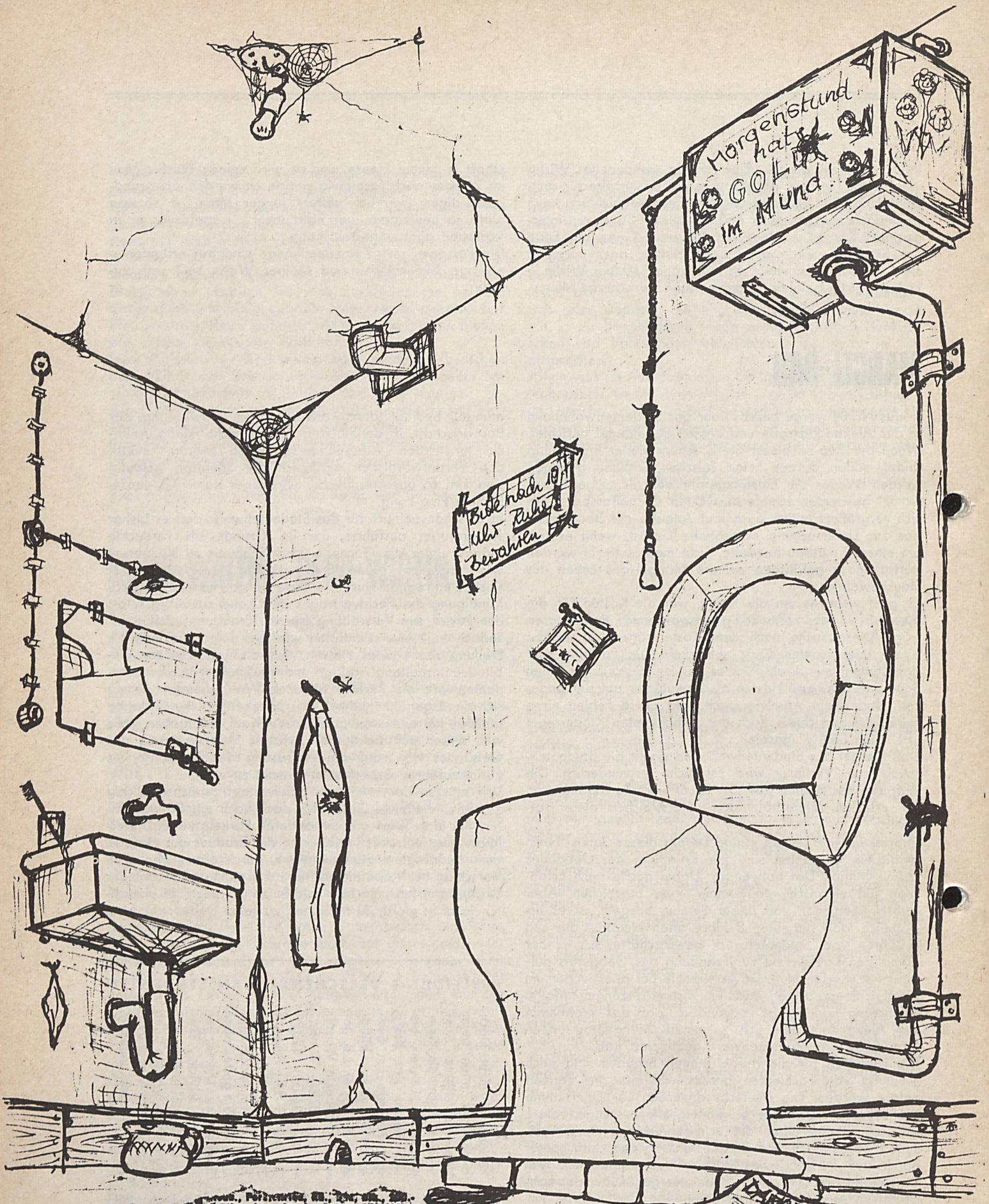
Wir müssen dem weiteren Spielverlauf zunächst untätig zusehen. Vielleicht findet sich doch noch ein Schiedsrichter, der das Spiel auf ein anderes Parkett verlegt. Vielleicht aber entschließt sich auch der Erbauer des Hauses, dem bedrängten Studentenwerk durch einen ähnlichen Vorschlag der Kapitalinvestition, wie er ihn seinerzeit der Stadt Darmstadt machte, zuhelfe zu kommen. Es braucht ja nicht gleich 30 Millionen zu sein. dal

BEKLEIDUNG VERSCHENKEN AN STUDENTEN

können wir nicht. Doch bieten wir Ihnen beim Vorzeigen Ihres Ausweises nochmals Sonderpreise. Leisten Sie sich immer das Beste und Teuerste (im Endeffekt ist es am billigsten!) Es kosten z.B. (je weils die beste Ware): Anzug 187,60; Wintermantel (leicht) 120,70 (schwer) 149,-; Anorak 39,50; Kniebund-, Ski-, Keil-, Normalhose 47,- usw. Für Sie gelten aber Sonderpreise! Ferner Berufskittel; Nylon-, Trevisa-, Popeline-Mäntel; Pullover u. Westen aller Art; Sakkos; Blazer usw. Ansehen kostet nichts!

FABRIKLAGER SCHNITTSPAHN, Landwehrstr. 24^{1/2}

mo-fr 13-18.30, sa 8-14 bzw. 18 Uhr
(am Grünen Haus, Nähe Stadthalle)



Wohn-, Pflanz- u. Gart. Anst. 17/18/1922

LUXUSWOHNUNG
 privat zu vermieten. 22 km Ostl. vom
 Marienplatz, 110 qm, 4 Zimmer, Küche,
 Bad und Toilette, Ölheizung. Sofort be-
 ziehbar. Miete 500.- DM, kleine Kant.
 Großer Gartenanteil, alter Baumbestand,
 Telefon, täglich von 7.00 bis
 18.30 Uhr, Samst. v. 8.00 bis 14.00 Uhr

1-Zim. App. möbl. Tel. 299.
 200.

SPLENDID ISOLATION

Eigener Herd ist Goldes wert – aber eine eigene Kochplatte kostet um die zwanzig Mark. Und die – nebst einigen anderen Utensilien – braucht man wenigstens, um sich in einer „eigenen Wohnung“ zu etablieren. Die „eigene Wohnung“ steht deshalb in Anführungsstrichen, weil sie selbstverständlich in Untermiete vermietet ist, das wiederum, weil man sie dann leichter „möbliert“ vermieten kann, „möbliert“ deswegen, weil das luxuriöse Inventar von einem Stuhl pro Zimmer und einem einsamen, verstaubten Bett den Vermieter der Notwendigkeit enthebt, sich nach den gesetzlich fixierten maximalen Quadratmeterpreisen zu richten (was darüber ist, nennt man Mietwucher). Kurz: Will man sich eine Wohnung in einem gut kleinbürgerlichen Mietshaus in mäßiger Wohngegend nehmen, kostet das durchschnittlich eineinhalbmal bis doppelt soviel wie ein gutes Zimmer in einer Familie. Wie diese Rechnung zustande kommt, davon später. Wir wollen uns darüber im Klaren sein: eine Wohnung ist ein Luxus, ähnlich einem Auto. Man nimmt sich eine Wohnung nicht, um notwendigen Bedürfnissen zu genügen (Platz zum Studieren, Schlafen), sondern um darüber hinausgehende Wünsche nach Ruhe und Unabhängigkeit zu befriedigen. Die einzige Beschränkung der Freiheit, wenn man es überhaupt so nennen will, ist die selbstverständliche Rücksichtnahme auf die anderen Hausbewohner, was die Geräuschentwicklung angeht.

Ich sehe Sie alle schon unmoralische Gedanken hegen von wegen „persönlicher Freiheit“. Selbstverständlich ist es angenehm, bei einem Besuch der Herzallerliebsten nicht jederzeit befürchten zu müssen, daß Frau Wirtin ihren Kopf zum Zimmer hereinsteckt (sie spricht dann meistens nicht in Versen) oder um 10 Uhr diskret, aber unüberhörbar, beginnt, Geräusche zu entwickeln, die ihre Anwesenheit dokumentieren. Man möge mir aber bitte glauben, daß derartige Freizügigkeit, wenn überhaupt, zwar eine angenehme Begleiterscheinung der generellen Forderung nach persönlicher Freiheit ist, aber keineswegs der ausschlaggebende Grund, sich in das Abenteuer einer Wohnung zu stürzen.

Wenn man abends um sechs oder um zehn Uhr von der Hochschule kommt, hat man einfach keine Lust mehr, die notwendigen aufmerksamen Worte mit den Mitbewohnern zu wechseln, eher hofft man, die Maske der Freundlichkeit ablegen zu können, man ist einfach erschöpft, wirft sich in einen Stuhl und ist erst nach zehn Minuten überhaupt fähig, seine Milch aus dem Kühlschrank zu holen. Und hat man eine Woche so rotiert, wünscht man nicht, samstags am hellen Vormittag aus dem Bett geholt zu werden, weil das Zimmer jetzt „dran“ ist.

Wenn man sich nach einer Redaktionssitzung noch unterhalten möchte, mag man nicht in eine Wirtschaft gehen, sondern zieht es vor, in gemütlicheren Räumlichkeiten, auch wenn sie ein schräges Dach haben, weiter zu tagen. Das ist unmöglich, wenn die vermietende Familie nebenan ihr Schlafzimmer hat oder wenn bei der Betätigung eines Wasserhahns die Enkel zu schreien anfangen. Wenn man zu allem Überfluß noch dem Prinzip der „relativen Ordnung“ anhängt (Ordnung ist dann, wenn man alles findet, was man braucht). Ob aber irgendwelche einsamen Schuhe sich statistisch im Raum verteilen oder brav und parallel in einer Ecke stehen, finden wird man sie auf jeden Fall. Leute, die den Ordnungsbegriff so extensiv auslegen, werden in einem Untermietzimmer herkömmlicher Prägung beziehungsweise mit den „mitgemieteten Personen“ nicht sehr glücklich werden. Und letzten Endes kommt es hin und wieder vor, daß man um der Geselligkeit willen ein Fest veranstalten möchte.

Alle, die wünschen, – My Home is My Castle – hinter sich eine Tür zu schließen, müssen dafür bezahlen: Das folgende Beispiel bezieht sich auf eine Wohnung unter dem Dach, bestehend aus zwei sehr kleinen Zimmern und einem etwas größeren, einem Vorraum und dem sogenannten Wohnklo, einem Raum, in dem sämtliche Installationen untergebracht sind, einschließlich eines behelfsmäßigen Bades. Bewohnt wird dieses Etablissement von zwei Kollegen, daher sind alle Preise durch zwei zu dividieren. Sie beziehen sich auf den Monat im Jahresdurchschnitt.

Miete	170,00
Heizung (2 Kohleöfen)	50,00
Putzfrau (einmal pro Woche)	50,00
Gas und Strom	25,00
Summe	295,00

Pro Person also durchschnittlich 150,00 pro Monat. Das ist aber nicht alles: Wenn man nicht in den Beständen der Eltern plündern kann, muß man sich Bettzeug, Handtücher, Geschirr und allerlei Hausrat bis zum Wasserkessel kaufen. Der finanzielle Mehraufwand gegenüber der üblichen Studentenbude rechtfertigt den Vergleich mit dem Auto. Sicherlich lohnt es sich – normale wirtschaftliche Verhältnisse vorausgesetzt – nur, wenn man praktisch das ganze Jahr am Ort verbringt.

Ebenso wie über die Kosten muß man sich auch über den Arbeitsaufwand im Klaren sein – von der Wohnungspflege einmal abgesehen. Die Kohlen muß man selbst bestellen und aus dem Keller holen und dann auch anwesend sein, wenn der Kohlenmann kommt, man muß die Wäsche selbst zur Wäscherei bringen, zusehen, daß Putzmittel im Hause sind, ebenso wie Salz, und diese Ansammlung lächerlicher Kleinigkeiten kostet mitunter mehr Zeit und Nerven, als man zu Beginn vermutet hätte.

Wie gesagt, seine Freiheit muß man sich erarbeiten. gg

Darmstädter Bücherstube Marianne d'Hooghe • Friedensplatz 4 • am Schloß

Seit mehr als 25 Jahren ein literarisches Informationszentrum

In unserer Taschenbuch-Abteilung im 1. Stock finden Sie eine Auswahl von einigen Tausend deutschen, französischen und englisch-amerikanischen Büchern

GEMEINSCHAFT ÜBER ALLES - DIE DEUTSCHE WOHNHEIMIDEOLOGIE

„Unter einem Studentenwohnheim ist ein zu geistiger Förderung durch die Universität bzw. Hochschule, zu sozialer Hilfe und als Stätte gemeinsamen Lebens und Arbeitens errichtetes und eingerichtetes Wohnhaus zu verstehen,
das auf Dauer als Wohnheim gegründet wurde;
in welchem ausschließlich Studierende und die für deren geistige und materielle Versorgung notwendigen Personen wohnen;
in dem grundsätzlich alle Studierenden der Universität bzw. Hochschule ohne Voraussetzung der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation wohnen können;
in dem der studentischen Bewohnerschaft Mitverantwortung für das Heim und das Leben im Heim obliegt;
welches sich die Herstellung einer engen Verbindung der der Studierenden zur Universität bzw. Hochschule zur Studierenden zur Universität bzw. Hochschule zur Aufgabe macht.“
Göttinger Definition (1953)

Wer möchte als Student in dieser Zeit der hohen Mieten und der wählerischen Wirtinnen nicht in einem Haus leben, das auf so schönen Grundfesten errichtet ist? Doch nur 8% der Studenten in der Bundesrepublik ist das vergönnt, aber trotz dieser vergleichsweise geringen Bedeutung für die Studenten gibt es kaum ein Thema, um das erbitterter gestritten wird, als um Zweck und Gestaltung von Studentenwohnheimen. Drei Gruppen ziehen an verschiedenen Strängen: das Deutsche Studentenwerk (in vielen Fällen der Bauträger), die staatlichen Stellen (fast immer der Geldgeber) und die Studenten (oft die Leidtragenden). Der Staat scheint sich allerdings mit dem Studentenwerk zu einer großen Koalition zusammengeschlossen zu haben, und dem VDS (Verband Deutscher Studentenschaften) fällt es schwer, gegen diese seine Wohltäter die Vorstellungen der Studenten vom Wohnen im Heim zu vertreten. Wir wollen zeigen, wie sich die Streithähne ein Studentenwohnheim vorstellen und die Vor- und Nachteile diskutieren.

Der Düsseldorfer Wohnheimplan

Das Deutsche Studentenwerk (DSW) legte 1958 einen Plan zur Errichtung von Wohnheimen vor, der 1961 ergänzt wurde. Es ging davon aus, daß es wünschenswert sei, der Gefahr der Vermassung an den Universitäten durch Rückgliederung in kleinere, lebendigere Gemeinschaften, eben in die Wohngemeinschaften, zu begegnen. Im Wohnheim sollte das zwanglose Gespräch zwischen Lehrer und Schüler möglich sein. Der Student solle im Wohnheim Demokratie lernen und sich einzuordnen verstehen. Neben diesen ideologischen Forderungen wurde konkret festgelegt, daß 30% der Studenten in Wohnheimen wohnen sollten, die ca. DM 60,- Miete zu zahlen hätten, was für einen Honnef-Förderungsbetrag von DM 200,- als angemessen betrachtet wurde (wohlgemerkt 1958). Grundsätzlich sollten Einzelzimmer von 10-12 qm gebaut werden, unter Umständen bis zu einem Viertel der Bettplätze auch Doppelzimmer. Die wünschenswerte Größenordnung eines Heimes wurde auf mindestens 40, am besten jedoch zwischen 90 und 150 Plätze festgelegt.

Für die einzelnen Wohngruppen (meist Stockwerke) wurden umfangreiche „Gemeinschaftsräume“ vorgesehen; außerdem sollte ein großer Raum für gemeinschaftliche Veranstaltungen aller Heimbewohner geschaffen werden.

Förderungsmaßstäbe des DSW

Das DSW hat eine Beratungsstelle für Wohnheimfragen in Bonn eingerichtet, bei der auch alle Förderungsanträge, die an den Staat gestellt werden, eine Vorprüfung erfahren und dann, mit einer Beurteilung oder Empfehlung versehen, den weiteren Verwaltungsweg gehen. Es haben sich detaillierte Vorstellungen herausgebildet, was der Zweck eines Studentenwohnheims ist und welche Forderungen sich daraus für die Förderungswürdigkeit eines Projektes ergeben. Nach Auffassung des DSW hat das Wohnheim oder die Siedlung eine Doppelfunktion: Der Student soll so untergebracht sein, daß er studieren kann, und es soll sich ein gemeinschaftliches Leben entwickeln. Reine Unterbringungsheime werden scharf als „Hotels, Kasernen, Silos“ abgelehnt. Darüberhinaus soll die Zusammenarbeit von Studenten und Dozenten gefördert werden, einmal indem die enge Verbindung zwischen Wohnheim und Hochschule durch den Sitz des Rektors in dem für das Heimleben verantwortlichen Gremium gewährleistet wird, zum anderen, indem Professoren mit ihren Familien im Wohnheim wohnen. Das Heim soll offen und frei sein, es sollte in jedem Falle Ausländer beherbergen. Als Exekutivorgane soll das Heim einen Aufnahmeanusschuß und den Heimrat besitzen, die Frage der Tutoren bleibt offen. Es wird eine „Beheimatung“ der Studenten angestrebt, wobei natürlich auch die sittlich-religiöse Begleitung nicht fehlen darf. Ein musischer Mittelpunkt soll durch die Aufnahme von Kunststudenten geschaffen werden.

Aus der Forderung nach „Gemeinschaftsleben“ ergibt sich die Struktur des Wohnheims. Eine Wohngruppe, die meist mit einer Stockwerksgemeinschaft identisch ist, umfaßt etwa 8-16 Bewohner. Diesen werden gemeinsam eine Teeküche, ein Wohnraum, Duschen und WC-Anlagen zugeteilt. Das alles soll ohne lange Gänge zuwege gebracht werden. Dreibettzimmer werden nicht gefördert, Doppelzimmer nur in Ausnahmefällen bis zu einem Drittel aller Plätze, ansonsten nach dem Düsseldorfer Wohnheimplan. In größeren Wohnheimen sollen Heimleiterwohnungen vorgesehen werden. Heime für verheiratete Studenten werden nicht gefördert, da das DSW keinen Anreiz zur Frühehe schaffen will (dabei liegt das Durchschnittsalter der verheirateten Studenten bei 25 Jahren). Eine Ausnahme bilden Wohnungen für Tutoren.

Förderungsmaßstäbe des Bundesjugendplanes

Der „besondere Teil“ des Bundesjugendplanes enthält einen Abschnitt über Studentenwohnheime, die bis zu einem Drittel aus Bundesmitteln gefördert werden können (eine Eigenbeteiligung des Bauträgers von 20% muß gewährleistet sein). Als Aufgabe des Wohnheimes wird definiert: Es soll neben der Unterbringung dem Studium und dem gemeinschaftlichen Leben der Studierenden die-

nen. Der religiösen und sittlichen Betreuung der Studenten soll Raum gegeben werden. Es besteht ein Bildungsauftrag des Wohnheims, das den Studierenden zu verantwortlichem, mitbürgerlichem Verhalten erziehen soll (kategorischer Imperativ). Als zum Wesen eines Studentenwohnheims gehörig wird die studentische Selbstverwaltung betrachtet. Die Aufnahme in ein Wohnheim muß unbeschadet einer möglichen weltanschaulichen Intention des Bauträgers unabhängig von Rasse, Herkunft, politischer und religiöser Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer Organisation erfolgen. Ausländer sollen im Heim entsprechend ihrer Gesamtzahl vertreten sein. Eine Förderung eines Wohnheimprojektes ist nur möglich, wenn der Rektor der Hochschule den Bau als notwendig und förderungswürdig anerkennt. Zur Architektur wird lediglich gefordert, daß die Idee der Bildung kleiner Gruppen verwirklicht werden muß.

Akademische Vorstellungen

Auch die professionellen Akademiker haben es sich nicht nehmen lassen, eigene Pläne zum Wohnheimbau zu entwickeln. Die ständige Kultusministerkonferenz ist in einer Empfehlung von 1960 der Meinung, das Wohnheim solle eine studentische Lebens-, Arbeits- und Selbsterziehungsgemeinschaft sein. Es solle allerdings nicht ein Zwang zur Gemeinschaftsbildung in Erscheinung treten, lediglich die Möglichkeit dazu sei wünschenswert. Als Miete wird ein Preis von DM 60,- empfohlen. Ein neuer Weg zur Errichtung von Wohnraum soll mit der Vergabe von Darlehen an private Bauträger im sozialen Wohnungsbau beschritten werden, die beim Bau von Eigenheimen Zimmer für Studenten vorsehen. Viel stärker ideologisch überformt sind die Entschlüsse und Empfehlungen der Westdeutschen Rektorenkonferenz von 1961. Das Studentenwohnheim wird als willkommenes Instrument zur Studienreform gesehen und deshalb eine starke Bindung an die Hochschule gefordert. Das Wohnheim müsse der akademischen Aufgabe zugeordnet werden. Es wird ein System von Überwachungs- und Betreuungspersonen vorgesehen, das aus Stipendien des Landes finanziert werden soll. Hochschuleigene Aufgaben werden von Protoktoren, die Mitglieder des Lehrkörpers sein sollen, wahrgenommen; aus dem akademischen Mittelbau (Assistenten, Dozenten) sollen die Prokuratoren stammen, die im Heim wohnen und von den Tutoren in ihrer Wirkung unterstützt werden;

letztere sollen sich aus Doktoranden oder wissenschaftlich überdurchschnittlich begabten Studenten älterer Semester rekrutieren. Diese entwickeln dann ein regelrechtes Bildungsprogramm, das alle Gebiete umfassen soll; ein studium generale sei unbedingt notwendig und könne auf diese Weise am besten verwirklicht werden.

Kritik und Vorschläge

Um gleich mit dem letzten Punkt zu beginnen: Eine Studienreform durch eine solche Form der außerwissenschaftlichen Bildung, bei der das studium generale aus der Hochschule ins Wohnheim verlegt wird, ist glatt abzulehnen. Es geht nicht, daß ein Tutor seine Schäfchen nach einem bestimmten Plan ins Theater, in eine politische Diskussion oder ins Schwimmbad führt. Gerade hier wird die sowieso schon schwindende akademische Freiheit an einer empfindlichen Stelle angeknabbert. Dieses Problem führt gerade zum Kernpunkt der Diskussionen: dem Prinzip der Gemeinschaftsbildung. Diese reichlich verschwommene ideologische Forderung schwebt wie ein Trauma über jeder Wohnheimplanung; das Ergebnis ist dann etwa 40% ungenutzter Raum, der aus „Gemeinschafts“- und den dazu gehörigen Nebenräumen besteht. Es wäre ohne weiteres möglich, diesen Anteil auf 20% der gesamten Nutzfläche zu reduzieren, wie der Braunschweiger Architekt Prof. Kraemer gezeigt hat. Damit wären bei gleichem Finanzaufwand mehr, größere, bessere Zimmer möglich; allerdings sind diese Pläne deshalb nicht realisierbar, weil sie wegen der fehlenden Gemeinschaftsräume von der „Bezuschussung“ ausgeschlossen sind. Auf der Wohnheimtagung des Landesverbandes Berlin des VDS im Juni 1965 wurde neben dieser Entideologisierung auch eine zweckgebundene Festlegung von öffentlichen Wohnraumbaumitteln für studentische Wohnheime gefordert, um nach und nach unabhängig von der Konjunktur ganze Hochschulstädte errichten zu können.

Der VDS hat in der Schrift von Heinz Theodor Jüchter „Ein Wohnheim für Studenten“ seine Vorstellungen in einem Modell niedergelegt. Das Wohnheim soll für mehrere Studenten angemessene Wohnung sein, nicht nur eine Schlaf- und Unterbringungsstätte, sondern – und zwar in erster Linie – eine Arbeitsstätte. Der Student hat ein Recht auf individuelle Lebensgestaltung und auf privates Studieren, die Sphäre des Einzelnen muß in jedem Falle gesichert sein. Der Zwang zum Gemeinschaftsleben

Wir sind eine große Firma für Elektroerzeugnisse im Südwesten mit 9-stelligem Umsatz. Wir suchen für breit angelegte, angewandte Forschung

Physiker / Naturwissenschaftler

Anfangsgehalt DM 2 500,--. Kurzbewerbung mit Lichtbild, Handschreiben und wichtigen Lebensdaten zur persönlichen Entwicklung unter Nr. 7557 an Werbeberater Dieter E. Bauer u. Partner KG 62 Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 88

ist nicht nur unakademisch, er kann sich auch aufs Studium selbst nachteilig auswirken. Tutoren stören nur und kosten obendrein noch Geld. Außerdem führt die Überbetonung des Gemeinschaftslebens bei der Aufnahme ins Heim zu einem heuchlerischen Auswahlverfahren (aus dem Muster eines Aufnahmeantrags: Warum möchten Sie in das Studentenwohnheim einziehen? a) aus finanziellen Gründen? b) haben Sie Freunde im Heim? c) wünschen Sie Gemeinschaftsleben?). Vom VDS anerkannt wird lediglich eine Gemeinschaftsaufgabe: die Einführungshilfe für ausländische Kommilitonen, die aber sicherlich ohne Reglementierung durchzuführen sein wird; das Rezept des DSW (gemischte Doppelzimmer) wird abgelehnt. Wichtigste Forderung und oberstes Gebot in jedem Wohnheim muß absolute Ruhe sein, darin ist sich der VDS mit dem DSW einig und übernimmt sogar den Anfangsabschnitt einer Heimordnung, wie sie vom Studentenwerk als Muster vorgelegt wurde. Zusammengefaßt: Gemeinschaftsräume werden nicht genutzt und sind deshalb überflüssig. Das Geld, das dafür ausgegeben wurde, könnte besser in größeren Zimmern (die sind gemeinschaftsfördernd!) und wirksamerer Schallisolierung (das ist auch gut fürs Studium generale!) investiert werden.

Schweden als Modell

Der vielgerühmte und vielgeschmähte skandinavische Wohlfahrtsstaat kann in vieler Hinsicht als Vorbild gelten: schon heute wohnen 28% der schwedischen Studenten in Wohnheimen (der Prozentsatz ist regional verschieden; Stockholm 10%, Upsala 50%, Lund 45%). Das wirklich studentengerechte Wohnheim betont stark die Einzelwohnung, was nicht ausschließt, daß die Wohnungen gefällig in Gruppen angeordnet sind. Der Mietpreis ist allerdings nicht niedriger als für ein privates Zimmer, er liegt bei DM 90–120, wobei zu berücksichtigen ist, daß dem schwedischen Studenten monatlich etwas mehr Geld zur Verfügung steht als dem deutschen. In der Bundesrepublik liegt der Wohnheimmietpreis (ca. 60–80 Mark) etwa 20 Mark unter dem für ein privates Zimmer. Träger

Bernd Graßmugg

WOLKENKUCKUCKSHEIM

„Daneben sollte jede Hochschule ein zentral gelegenes Studentenhaus besitzen, das die studentische Selbstverwaltung aufnimmt und in seinen Räumen gesellige, kulturelle und politische Veranstaltungen der Studentenschaft und einzelner Gruppen und Arbeitsgemeinschaften ermöglicht“ heißt es in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates Teil 1 vom Jahre 1960. Generationen von Darmstädter Allgemeinen Studentenausschüssen, bislang auf 100 qm in der „Bombenlücke“ untergebracht, betrieben die Verhandlungen auf Ausdehnung ihrer Räumlichkeiten. Viele Vorschläge und Raumprogramme sind erarbeitet worden. Etliche sind im Laufe der Zeit auch von den jeweils zuständigen Gremien wohlwollend angehört, ja genehmigt worden, alle aber sind an Finanz- und Prioritätsfragen gescheitert – schließlich hat man vorerst

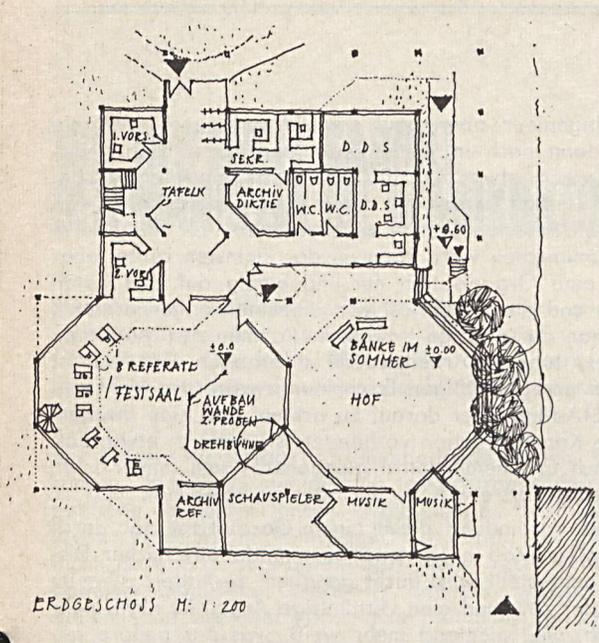
des Wohnheimbaus in Schweden sind die Studentenschaften oder von ihnen kontrollierte Stiftungen; die Finanzhilfe des Staates ist nicht ganz so kräftig wie hier, das wird allerdings dadurch ausgeglichen, daß die schwedischen Wohnheime in den Ferien als Hotels benutzt werden und oft feine Restaurants enthalten, die verpachtet sind. Auffällig ist der Mut, mit dem studentische Großsiedlungen projektiert werden, so in Upsala eine für 5000 Studenten. Gute Erfahrungen wurden aber auch mit Studentenzimmern gemacht, die, unterstützt durch staatliche Zuschüsse, in normale Wohnbauten eingefügt werden. Neben Einzelzimmern gibt es in den Wohnheimen auch komplette Wohnungen, denn in Schweden ist ein Viertel der Studenten verheiratet (in der Bundesrepublik sind es 10%), dagegen fehlen Gemeinschaftsräume. Die Zimmer sind meist 12 qm groß, dazu kommt noch ein Vorraum mit Toilette und Dusche (nochmal 6 qm). In den Zimmern findet man ein bequeme Sitzgruppe, ein großes Bücherbord, verstellbare Beleuchtung und gestaltbare Wände. Diese gefällige und zweckmäßige Einrichtung trägt nach den dortigen Erfahrungen mehr zum Gemeinschaftsleben bei als unbenützte Gemeinschaftsräume. (Die Angaben wurden entnommen aus Heinz Theodor Jüchter, „Das schwedische Modell, Ein Reisebericht“).

Wie man sieht, sind die Bemühungen, dem Studenten eine angemessene Wohnung zu bieten, vielfältig. Über allem Streit um eine deutsche Wohnheimideologie sollte man nicht vergessen, worum es eigentlich geht: Der Student soll in Ruhe studieren können und nicht allzu viel dafür bezahlen müssen. Deshalb sollten die Bemühungen in erster Linie dahin gehen, ökonomisch zu bauen, aber nicht spartanisch. Von dieser Sicht aus wird auch der Gemeinschaftsgedanke etwas in den Hintergrund treten müssen, das Beispiel Schweden braucht nicht nachgeahmt zu werden, sollte aber auch nicht ignoriert werden. Über allem hängt das Damoklesschwert der Finanzierung: Auch 1967 wird es wegen der angespannten Situation im Staatshaushalt wieder eine Ausgabensperre für Baumittel geben. Der Student zahlt die Zeche. Warum studiert er auch?

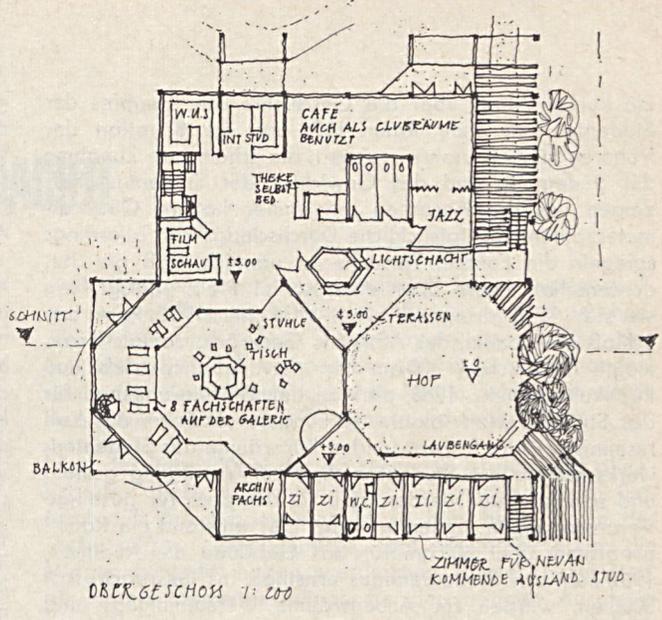
Wichtigeres zu bauen. In diesem Jahr haben sich endlich so ungünstige Verhältnisse der Staatsfinanzen gezeigt, daß selbst Optimisten meinen, mindestens eine Studentengeneration müßte im- und wieder exmatrikuliert worden sein, ehe ein vernünftiger Mensch an die Verwirklichung des Planes „Studentenhaus“ wieder denken darf.

Etlischen dicken Aktenordnern im AstA kann man manch liebevolles Detail entnehmen, was im Umgang mit Behörden „in Verfolgung eines bestimmten Vorhabens“ geschehen kann.

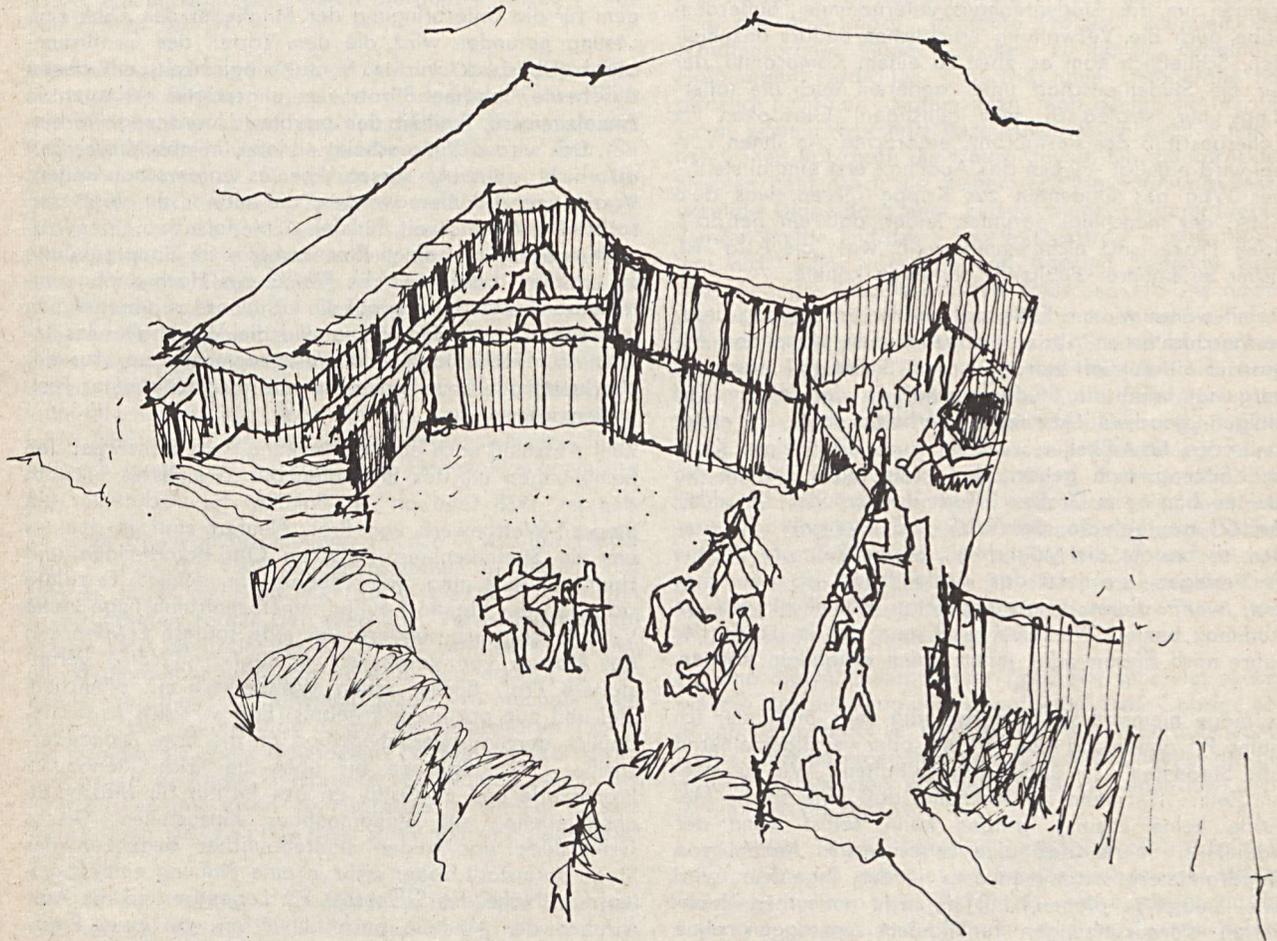
Zweiter Preis im Wettbewerb „Studentenhaus“ (ein erster Preis wurde nicht vergeben), Entwurf Heiner Hofmann



ERDGESCHOSS 1:200



OBERGESCHOSS 1:200



Ein kurzer Abriss über die Geschichte des Kampfes der Studenten um mehr Raum läßt uns die Situation der früheren Fünzigerjahre erahnen; die scheinbare Zunahme der Bedeutung und des Gewichtes der Studentenschaft zeigen uns die Ansuchen um immer höhere Quadratmeterzahlen; die tatsächliche Durchschlagskraft allerdings spiegeln die Fakten. Tatsache ist nämlich, daß die Studentenschaft heute über etwa soviel Platz verfügt, wie sie sich 1953 dringend erbat (136 qm). 1956 kam das Schloß als Domizil des AStA ins Gespräch, damals beantragte man schon 300 qm für den Arbeitsbetrieb und Publikumsverkehr. 1960, als man den Erweiterungsbau für das Studentenwerk plante, verkündete ein Erlaß des Kultusministers, die freiwerdenden Büroräume des Studentenwerks sollten der Studentenschaft zur Verfügung gestellt und so umgebaut werden, daß sie sich auch für gesellige Veranstaltungen eignen würden. 1961 entstand ein Raumprogramm über 600 qm für das Gebäude des Audimax, 1962 kam das Studentenhaus ernsthaft ins Gespräch: fast 3000 qm wurden für Arbeitsräume, Versammlungs- und Konferenzzimmer, zweites Studentencafé, Musikübungszimmer, Theater- und Festsaal, Tischtennisräume und Duschen angemeldet. Sogar eine Druckerei für die „dds“ war vorgesehen! Wo sind diese Zeiten strahlender Hoffnung! 1965 war der Erlaß von 1960 über die freiwerdenden Büroräume des Studentenwerks plötzlich vergessen, und die Raumplanungskommission gab einen Teil dem Auslandsamt und der Fahrschule. Proteste des AStA förderten die Begründung zutage, es würden alle Anstrengungen um das Studentenhaus unternommen, außerdem habe auch die Verwaltung erheblichen Bedarf anzumelden. Schließlich kam es aber zu einem Kompromiß, der für die Studentenschaft unter anderem auch die (allerdings nur strategisch sehr günstigen) Glasboxen im Kellergeschoß des Restaurants einbrachte. An ihnen vorbei wird nämlich – wenn das Audimax erst einmal steht – der Weg des Studenten zur Krippe führen, was dem AStA, der manchmal darunter leidet, daß ein beträchtlicher Prozentsatz nicht einmal weiß, was „die Asta“ ist, sicher zu höherer Publizität verhelfen könnte.

Damit wären wir am Ende und wieder am Anfang unseres geschichtlichen Abrisses angekommen, tränenden Auges auf die Zukunft extrapolierend. Sicher soll man nicht vergessen, daß die Studentenschaft in der letzten Zeit einige „good-will-Geschenke“ erhalten hat, in erster Linie den Schloßkeller, zu dem auch ein kleiner Klub- und Sitzungsraum gehört, die Fachschaft E-Technik ein kleines Zimmer im Großen E-Technik-Gebäude; die „dds“, das Schauspielstudio, der WUS sind untergebracht worden, es besteht die Möglichkeit, einige Referate dorthin zu verlegen, wo jetzt das Auslandsamt ist, allerdings erst, wenn dieses seine geplanten Räumlichkeiten im Audimax bezieht. Vielleicht wird man sich im Laufe der Jahre noch diesen oder jenen Raum erhandeln können.

Es möge niemand so vordergründig sein, mich, der ich meine Privatmeinung hier vertrete, oder verallgemeinernd „die Studenten“, für undankbar zu halten („Wir zu unserer Zeit...!“), wenn ich feststelle, daß eine solche Methode keine Lösung bringen kann, selbst wenn der Addierstift zeigte, daß eine ausreichende Anzahl von Quadratmetern zusammenkäme. Jeder Ingenieur wird eine Anlage so planen, daß sie nicht nur unter idealisierten Voraussetzungen funktioniert, sozusagen ohne mechanische Reibung und ohmschen Widerstand, jeder

gute Ingenieur aber baut seine Maschine so, daß sie auch dann noch in erster Näherung ihren Dienst versieht, wenn etwas eintritt, was nicht eintreten dürfte. Ebenso verhält es sich mit einem psychologisch nicht einfach konstruierten System wie dem AStA: für idealisierte Arbeitsmenschen wäre Raum in der kleinsten Hütte, aber wenn eine Organisation nur und einzig auf den guten Willen und die Arbeitslust von einzelnen angewiesen ist, muß man dafür Sorge tragen, im Rahmen des Möglichen alles zu tun, die Arbeitsfreude zu erhalten. Überdies ist bei der unregelmäßigen Erscheinungsweise der Mehrzahl der AStA-Mitglieder darauf zu achten, daß eine zwangsläufige Kommunikation vorhanden ist, dadurch etwa, daß man sich in einem zentral gelegenen Raum immer trifft, weil jeder dort etwas zu tun oder zu holen hat.

Ist diese Verbindung, die in einem Geschäftsbetrieb durch ein großes Maß an Aktennotizen und betrieblicher Disziplin hergestellt wird, nicht gegeben, zerflattert alles im Laufe der Zeit, und eine vernünftige Arbeit ist nicht mehr möglich, weil niemand mehr weiß, was der andere gerade tut oder verhandelt. Gewisse deutliche Anzeichen sind jetzt schon spürbar, beispielsweise durch die Abwesenheit der Fachschaft Elektrotechnik. Man kann also mit gutem Grund die Forderung nach einem Raumkomplex stellen, der es – bei konventioneller Bauweise – wenigstens erlaubt, bei irgendeinem Referenten auf eine Frage ins Zimmer zu schauen, ohne einen Anmarschweg von fünf Minuten in Kauf nehmen zu müssen. Ideal wäre natürlich ein geschickt konzipiertes Studentenhaus, in dem für die Unterbringung der Mitglieder des AStA eine Lösung gefunden wird, die den Vorteil des Großraumbüros (Überblick, leichte Kontaktmöglichkeit) mit denen der heute üblichen Bürobaues (ungestörtes Arbeiten in Einzelzimmern, Freiheit der privaten Unordnung) verbindet. Das wird sich, so scheint es jetzt, in absehbarer Zeit also nicht realisieren lassen. Aber es waren schon andere Vorschläge diskutiert worden, die man nicht vergessen sollte: Die Möglichkeit, für den AStA nach Bau eines Verwaltungsgebäudes einen Raumkomplex im Hauptgebäude zu erhalten, oder aber die Räume des Hochschulbauamtes nach dessen Auszug auf die Lichtwiese zu übernehmen und später auch die Räume und die Werkhalle des Instituts für Technologie und Werkzeugmaschinen. Aus der Werkstatthalle ließe sich sicher ein ausgezeichnetes Festsaal machen.

Zum Abschluß noch eine Anmerkung, was bisher bei den Bemühungen um das Studentenhaus Greifbares entstanden ist. 1963 fand an der Fakultät für Architektur ein Stegreif-Wettbewerb von Prof. Neufert statt, in dem es um ein Studentenhaus zwischen Otto-Berndt-Halle und Hauptgebäude ging. Das Ergebnis war nützlich: Es zeigte sich, daß der Standort außer seiner zentralen Lage keine Vorteile bot, insbesondere war jede spätere Erweiterung des Hauses von vornherein unmöglich. 1965/66 veranstaltete Prof. Bächer einen Wettbewerb mit ähnlichem Ziel und nun positivem Ergebnis: Es erwies sich als städtebaulich durchaus verantwortbar, an die Ecke Alexanderstraße – Schloßgraben bis über die Erich-Ollenhauer-Promenade und im Osten an das Institut für Massivbau anschließend, ein Studentenhaus hinzustellen. Dieses Grundstück war wegen städtebaulicher Bedenken der Stadt Darmstadt bisher nicht in eine Planung einbezogen worden (Nähe des Schlosses). Ein Lageplan und die Aufnahmen der Modelle nach Entwürfen von zwei Preis-trägern des Wettbewerbs sind hier abgedruckt.

WIE DER ENGEL GABRIEL DEN MÄNNLEIN DIE DEMOKRATIE BRACHT

Studentenwohnheim Nieder-Ramstädter Straße – an einem Sommermorgen fast eine Idylle: die Einfahrt von alten Obstbäumen überdacht, Pferde, die den Rittersporn in den Nachbargärten abweiden, staubbadende Spatzen und Tauben. . . .

An einem Wintertag: schlammbadende Autos, Baubacken, Erdhügel, zweieinhalb ockerfarbene Backsteingebäude. In ihrem Innern zwölf Gänge, zwölf Küchen, zwölf Waschräume, hundersechzig Türen, an die man nicht zu energisch klopfen darf (sonst ruft es auf der anderen Gangseite: Herein!); dahinter weißgetünchte Zellen, jede bewohnt von einem Männlein der Gattung homo sapiens studiosus ing.: hier baut das Land Hessen (ehemals das Studentenwerk Darmstadt) fünf neuzeitliche Heimstätten, in denen es vierhundert Studenten für Zeiten der Not und der Gefahr einzubunkern gedenkt, wie der wackere Landmann im Herbst die Kartoffeln.

Im Sommer um sechs, im Winter um sieben klingeln hundertzwei Wecker; da erheben sich die Männlein ächzend von ihren Bettcouchs, putzen sich die Zähne, gehen in die Küche, grunzen: „Guten Morgen!“, trinken Kaffee und driften zur TH.

Nachmittags kommen sie nach und nach zurück, verteilen sich auf die Zimmer, lesen etwas oder lassen den Blick aus dem Fenster schweifen zum anderen Block, wo das Komplementärmännlein dergleichen tut, bis es Zeit für das Abendessen ist. Da gehen die Männlein wieder in die Küche, schnurren: „Guten Abend!“, essen belegte Brote oder etwas Selbstgekochtes, zwei streiten sich gar (in welchen Film sie gehen sollen), doch dann ist wieder Ruhe die erste Bürgerpflicht: man trollt sich ins Kino, in die Wirtschaft, ins Bett. – Der nächste Tag unterscheidet sich vom vorhergehenden hauptsächlich durch das Wetter. Eines Tages aber ermannen sich ein paar Männlein und sagen: „So kann es nicht weitergehen. Das geistige und kulturelle Leben liegt darnieder. Es muß etwas geschehen.“ Und sie setzen sich mit der Wohnraumverwaltung in Verbindung und berufen eine Heimvollversammlung ein.

Zu einer Heimvollversammlung werden – wie der Name sagt – sämtliche Heiminsassen geladen; in diesem Fall sind es sogar mehr als die Hälfte, die tatsächlich zum angekündigten Termin den Weg zum Versammlungslokal finden. Dort empfängt sie ein freundlicher Herr, der sich als Wohnraumbauftragter vorstellt und erklärt, ihr Leben in paradiesischer Unschuld neige sich nunmehr dem Ende zu; sie könnten nicht länger die elementaren Regeln der Demokratie außer Acht lassen: es gäbe eine Vorschrift, derzufolge in Kürze Flursprecher zu wählen seien, die ihrerseits wieder einen Heimsprecher ernannten. Dieser würde dann ihre Belange dem Studentenwerk gegenüber vertreten.

„Ei und weh!“ schreien die Männlein ob dieses Erzengels Gabriel, der sie aus ihrem Paradies zu vertreiben droht. „Es hat doch ganze sechs Monate ohne einen Heimrat

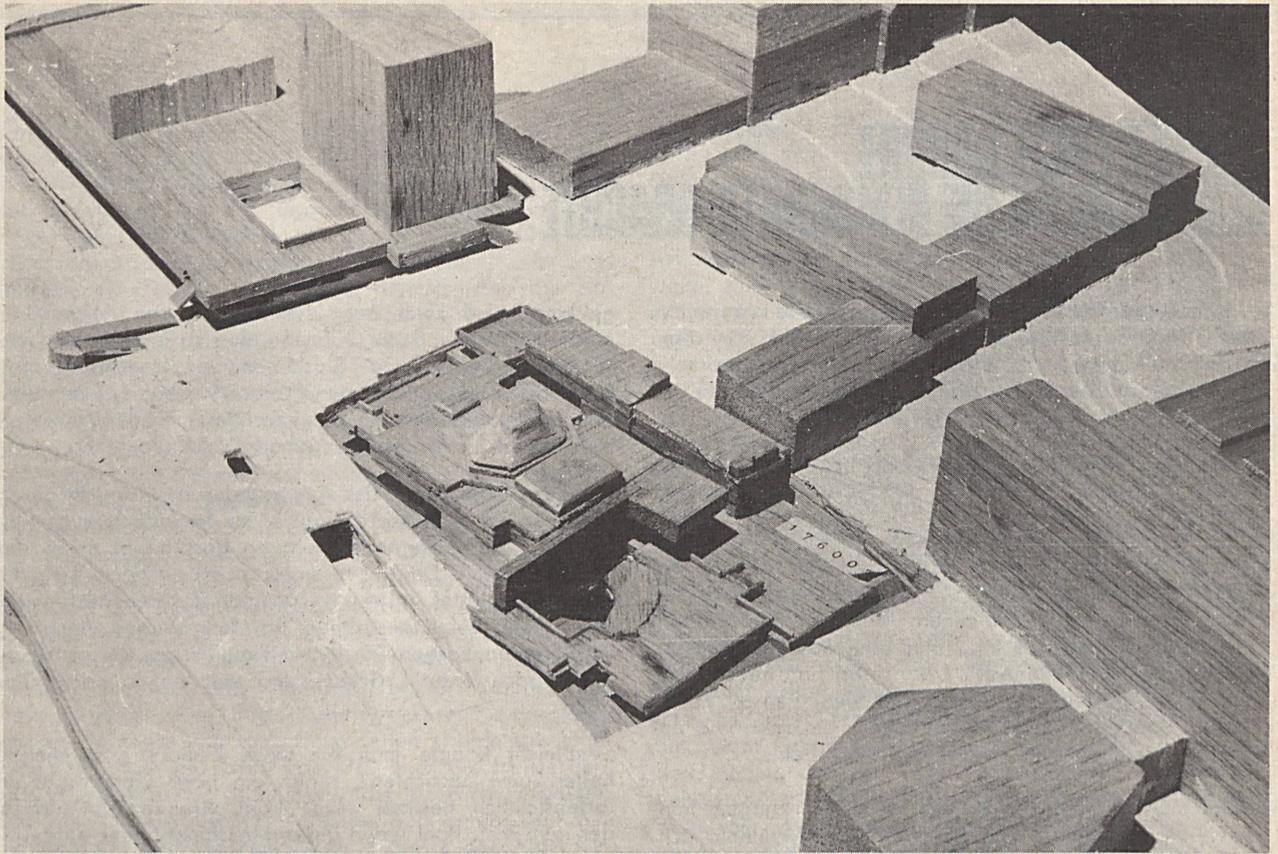
geklappt, und zwar ausgezeichnet!“ „Eben deswegen“, murmeln andere, doch Gabriel läßt sich nicht erweichen: „Es ist Vorschrift.“ Das Studentenwerk brauche für den Fall, daß es zu unliebsamen Ereignissen käme, jemanden, den es zur Verantwortung ziehen könne. Schließlich werde Herr Reißer nicht mit 160 Mann gleichzeitig fertig.

Nun, der linke Flügel der Anwesenden ist gar nicht glücklich über diese Aussichten, aber so freundlich auch Gabriel auf ihre Fragen eingeht, so hart bleibt er in der Sache selbst. – Des weiteren, sagt er, nachdem sich die Wogen geglättet haben, werde man Tutoren bestimmen, die mittels Freizeitgestaltung für den nötigen Ausgleich vom Studium sorgen würden: mit politischen Veranstaltungen, Sport, Basteln, Schach und was es da noch alles gäbe.

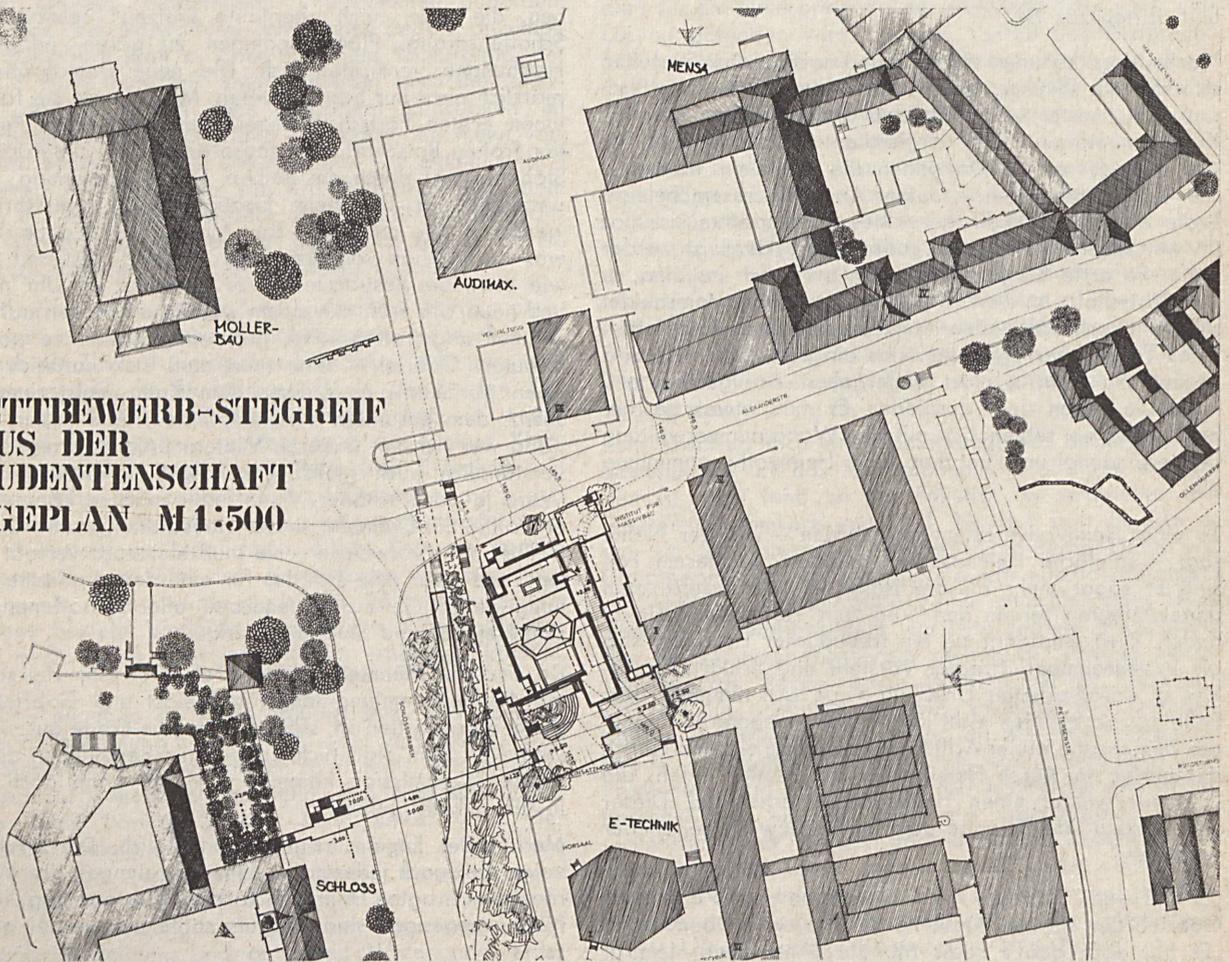
„Vielleicht könnte man für diese Zwecke leerstehende Kellerräume herrichten“, regen ein paar Gemäßigte an (offensichtlich Besitzer jenes kontrollierten Optimismus, der laut Prof. Pahl jeden guten Maschinenbauer auszeichnen sollte). Gabriel hat nichts dagegen. Andere greifen den Vorschlag auf. Mit einemal erwacht auch in den Reihen, die eben noch „geplante Freizeit“ seufzten, der Schaffensdrang. Pläne beginnen zu gären, nebelhafte Hoffnungen verdichten sich. Die neue Demokratie hat plötzlich nicht nur Schattenseiten. Man könnte sie fast als einen echten Fortschritt bezeichnen, wäre nicht Punkt 3 der frohen Botschaft, die Hausordnung. Ein unterdrücktes Stöhnen geht durch die Reihen. Die Hausordnung: jenes unselige Ding, das beim Einzug blanko unterschrieben werden mußte und das – laut Mietvertrag – alles regelt, was nicht schon von Sitte und Anstand bestimmt wird, wie etwa die Besuchszeit. Wer zwischen elf Uhr nachts und neun Uhr früh mit einem weiblichen Wesen auf dem Zimmer angetroffen wird, hat seine Sachen zu packen, erläutert Gabriel – denn man muß sich natürlich nach oben absichern: gegenüber dem Kultusministerium, der Justiz, dem gesunden Volksempfinden, dem lieben Gott. „Und wer sich mit anderen Mietern prügelt, kriegt selbstverständlich auch gleich gekündigt.“ Selbstverständlich. Wäre ja noch schöner, wenn jeder machen könnte, was er wollte. Ein Exemplar dieser Hausordnung kann Gabriel freilich nicht vorweisen – sie muß erst noch verfaßt werden, und zwar (wie sich das für eine demokratische Ordnung gehört) in Zusammenarbeit aller Betroffenen, das sind Heimrat und Studentenwerk.

Da sind die Männlein wieder froh. Erst sehr viel später, als die Versammlung längst aufgelöst und Gabriel von dannen geschritten ist, stößt einigen die Frage auf: woher wußte er dann eigentlich, zu welchen Beschlüssen die gemischte Kommission kommen wird? Er kann doch nicht in die Zukunft sehen?

Merke: Bei Engeln ist nichts unmöglich. Die Erfahrung zeigt, daß noch jedesmal die Prophezeiungen des Wohnraumbauftragten hinsichtlich der Hausordnung in Erfüllung gegangen sind. Warum sollte es diesmal anders sein? ff



**WETTBEWERB-STEGREIF
HAUS DER
STUDENTENSCHAFT
LAGEPLAN M 1:500**



UNMUT

Seit Jahren meinen die Studenten oder zumindest ein Teil der Studenten, sie hätten eine Vertretung und Selbstverwaltung, die nach allen Spielregeln der westlichen Demokratie in freien Wahlen bestimmt wurde. Ist das auch der Fall?

Auf der Suche nach Hinweisen dafür, ob alles stimmt, betrachten wir zunächst die Wahlbeteiligung. Wenn nur ca. 50% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben, muß man folgern, daß die Studentenschaft entweder keinen großen Wert auf ihre Interessenvertretung legt oder aber der Meinung ist, daß durch Wahlen sowieso nichts geändert wird. Wenn wir die Möglichkeit des mangelnden Interesses zunächst außer Acht lassen, dann bleibt zu untersuchen, warum mehrere Studenten so fatalistisch eingestellt sind. Der Hauptgrund mag wohl darin liegen, daß die Nachfrage nach Wahlkandidaten größer ist als das Angebot. In der Wahlordnung ist festgelegt (warum?), daß das Studentenparlament eine praktisch festliegende Zahl von Mitgliedern haben muß. Jeder Fachschaft wurde ein Teil der Sitze von vornherein gesichert, entsprechend der Zahl ihrer Studenten.

Hier liegt der erste Fehler. Die verschiedenen Fachschaften sollten nicht wie Fraktionen konkurrieren. Sie sollten eher zusammenarbeiten. Studenten verschiedener Fakultäten haben in den jüngeren Semestern mehr Gemeinsames als Trennendes. Eine Einteilung nach Fakultäten ist nur für die Fachschaftsarbeit von Bedeutung. Im Parlament soll sie nicht zum Ausdruck kommen!

Warum kandidieren so wenige? Abgesehen vom Zeitmangel, der wohl ein gemeinsamer Faktor aller Studierenden einer Technischen Hochschule ist, gibt es einen weitaus wichtigeren Grund: nämlich die Tatsache, daß jeder Kandidat „für sich“ kämpft, nach dem Vorbild der Wahlen in England und in den USA. Dieses System hat seine Vorteile, ihm werden aber auch bestimmte Bedingungen vorausgesetzt:

1. daß sich der Kandidat seinen Wählern bekannt machen kann,
2. daß seine Lebensanschauung bekannt wird,

3. daß er Stellung nimmt zu verschiedenen Problemen, die für Studenten von Interesse sind.

Keine von diesen Bedingungen ist an der THD erfüllt. 5000 Studenten sind zu viel, um eine „Familie“ zu bilden, in der jeder jeden kennt. Die dds hat selten aktuelle Probleme der Darmstädter Studenten ernsthaft behandelt, außer durch kapitulierende Artikel. Hinweis auf eine Lebensanschauung der Kandidaten kann man höchstens durch die eventuelle Zugehörigkeit zu einer Verbindung oder anderen Organisation bekommen. Die Wahlkandidaten nehmen keine Stellung zu aktuellen Problemen, sondern erzählen uns in vager Form etwas über ihr persönliches Interesse, auch mal „Funktionär“ zu spielen, oder überhaupt nichts. Fachschaftsversammlungen mit Kandidatenvorstellung sind vielfach spärlich besucht. Die Wahlvorbereitung, bzw. ihre Prozedur, ist also auch fehlerhaft.

Eine große Schuld daran trägt die jeweils vorangegangene Studentenvertretung. Sie beschäftigt sich mit hoher Politik wie Hochschulgesetzgebung und Bildungsnotstand und mit ihrer Stellung als „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ anstatt mit näherliegenden Dingen wie praktischer Mitsprache (mit oder ohne gesetzliche Grundlage!) bei der Gestaltung des Übungsbetriebes auf der Hochschule.

Aus diesem Grunde habe ich mich bei den Wahlen immer der Stimme enthalten. Wie kann man jemanden wählen, wenn man ihn nur flüchtig kennt oder überhaupt nicht? Sogar mir bekannte Gesichter – deren Träger gegenüber ich neutral stehe, weil ich sie eben nicht kenne – können bei so einer Wahl einen Reifall bedeuten! Nun wurde ich diesmal überredet, meine Stimme doch abzugeben, damit mindestens die mir am besten erscheinenden 12 (von 13) Kandidaten unterstützt werden. Mit dem Erfolg, daß der Fachschaft für Elektrotechnik infolge hoher Wahlbeteiligung der Preis zuteil wurde: alle 13 kommen ins Parlament. Da kann doch von Demokratie keine Rede mehr sein. Dies erinnert allzusehr an Einheitslisten!

Mein Vorschlag an das neu gewählte Parlament zielt auf Änderung der Zusammensetzung künftiger Parlamente und auf Änderung künftiger Wahlprozeduren:

1. Es sollen den Fakultäten keine Sitze „gesichert“ werden.
2. Wahlkandidaten sollen möglichst

(was aber nicht zur Auflage gemacht werden soll) in Gruppen kandidieren, wobei die Zugehörigkeit zu einer Fakultät nicht von Bedeutung ist. Sie sollen zu verschiedenen Hochschulproblemen Stellung nehmen.

3. Die dds stellt alle Kandidaten vor, und zwar einzeln, und fordert sie auf, sich zu bestimmten Fragen zu äußern.
4. In das Parlament kommen nicht mehr als 50% der Wahlkandidaten. Die Zahl der Parlamentarier variiert also mit der Zahl der sich stellenden Wahlkandidaten, mit einer Dachzahl, die noch festgelegt werden muß.
5. Die Wahlen erfolgen nach Listen. Es können auch mehrere Listen gewählt werden, so daß die Zahl der von einem Wähler Gewählten konstant bleibt, ungeachtet der Fakultätszugehörigkeit des Wählers.
6. Wähler können aus den verschiedenen Listen einzelne Kandidaten ablehnen.
7. Der Kandidat mit den meisten Stimmen wird damit automatisch zum 1. Vorsitzenden des AstA gewählt.
8. Dieser Vorschlag soll durch eine Arbeitsgruppe aus dem Parlament weiter detailliert werden und schließlich zur Urabstimmung den Studenten vorgelegt werden.

Gad Stein

Sicher gibt es zu Herrn Steins Vorschlägen sachliche Einwände – auch wird ihm der Vorwurf, unrealistische Ansichten zu vertreten, nicht erspart bleiben. Der Autor bekennt selbst, er besitze zur Kritik weder die Qualifikation, die nur durch Arbeit innerhalb der Gremien der Studentenschaft erworben werden kann, noch das Interesse, sich künftig zur Durchsetzung seiner Gedanken zu engagieren – er möchte sein Unbehagen äußern.

Wir haben uns entschlossen, diesen Artikel zu veröffentlichen, weil er Meinungen und Vermutungen widerspiegelt, denen sicher eine Vielzahl unserer Studierenden anhängt. Es sind Meinungen – sie sollen gehört werden, und wenn sie auch nur eine verstärkte Eigenwerbung der Legislative und der Exekutive der Studentenschaft bewirken sollten. Wir halten es aber nicht für unsere Aufgabe, diese Werbung in stärkerem Maße als bisher zu betreiben: Schließlich verfügen jene Gremien über eigene dazu geeignete Instrumente.

Die Redaktion

Zweiter Preis im Wettbewerb „Studentenhaus“, Entwurf Lutz Barner

GESELLSCHAFT MIT FEUER- WEHRFUNKTION

Wir hatten im Dezember Gelegenheit, mit Herrn Bankdirektor Dipl.-Kfm. Manfred Schneider und Herrn Regierungsdirektor i. R. Dr. jur. Theodor Krebs von der Vereinigung von Freunden und Förderern der THD, deren Vorsitzender Herr Ehrensator Direktor Dipl.-Ing. Ludwig Büchner ist, ein ausführliches Gespräch zu führen, das wir in seinen wichtigsten Teilen hier auszugsweise wiedergeben:

Wir hatten anlässlich der Kasseler Hochschulwochen, die in diesem Jahr von der THD ausgerichtet wurden, versucht, unsere Vereinigung auch im nordhessischen Raum bekannt zu machen. Jedes Jahr im Herbst, wenn die Jahresabschlussrechnungen der meisten Firmen schon überblickbar sind, starten wir eine größere Aktion zur Mitgliederwerbung und natürlich auch, um

philosoph und Mediziner Jungius Rostock: „Weil der Weg der Wissenschaft gleichsam am Faden sehr vieler Beobachtungen fort geht, welche ohne Instrumente, Arbeit und Kosten nicht bestehen können, so nimmt er die Unterstützung und das Wohlwollen begüterter und wahrheitsliebender Männer in Anspruch.“

Die erste Hochschulgesellschaft wirklichte der Göttinger Mathematiker Felix Klein; ihm lag nicht nur daran, aus privater Initiative Ideen zur Wirklichung zu bringen, sondern mehr noch aus der befruchtenden gegenseitigen Einwirkung, welche von der Zusammenarbeit des Gelehrten und des im praktischen Leben stehenden schöpferisch tätigen Unternehmers zu erwarten war.

Vor dem Ersten Weltkrieg konnten die berechtigten Ansprüche der Technischen Hochschule Darmstadt noch voll vom Staat erfüllt werden. Es war dem Weitblick der Professoren Finger und Berndt zu verdanken, daß kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges rechtzeitig eine Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule Darmstadt gegründet wurde. Dabei war es von Anfang an nicht nur auf eine finanzielle, sondern noch mehr auf eine moralische Unterstützung abge-

funktion unserer Vereinigung im Vordergrund; wir können also nicht permanente Fehlbeträge ausgleichen, sondern wir wollen immer dann, wenn ein akuter Notstand vorliegt, beispringen. Zunächst müssen also die üblichen Finanzierungsquellen herangezogen werden, also das Land Hessen, der Bund, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die großen Stiftungen, wie VW-Stiftung usw.

Welche Gründe die Mitglieder veranlaßt haben, der Vereinigung beizutreten? Soweit es sich um eine Privatperson handelt, kann man wohl den Wunsch nach einer gewissen Verbindung zu seiner Hochschule auch nach Abschluß seines Studiums als Beweggrund ansehen. Einer Industriefirma, die auch als Gesamtheit die Mitgliedschaft erwerben kann, wird in der Regel die Nachwuchsförderung am Herzen liegen, wenn sie nicht ihre Mittel zweckbestimmt, also zur Lösung eines bestimmten Problems, zur Verfügung stellt. Die von Ihnen angesprochenen steuerlichen Vorteile halte ich nicht für ein auslösendes Moment, selbstverständlich kann die Höhe der Spenden davon beeinflußt werden.

Die Gesellschaft fördert auch die Studenten direkt, z. B. mit dem Karl-Merck-Preis für musische Leistungen. Außerdem haben wir früher bereits Darlehen an Studenten aus einem dafür bestimmten Fonds gewährt, die Grundlage für die heutige Stipendienform des Honnefer Modells waren. Dann haben wir noch die Otto-Berndt-Stiftung, eine Begabten- und Bedürftigenförderung. Jetzt haben wir durch die Witwe des Professor Punga einen weiteren Fonds zur Verfügung gestellt bekommen, aus dem mit gewissen Auflagen erkrankten und bedürftigen Studenten geholfen werden soll. Wir sind gerade dabei, gemeinsam mit der Hochschule die Grundsätze für die Vergabe dieser Mittel zu erarbeiten.



Der original-amerikanische Pfeifentabak

RUM and MAPLE

NEU

wird jetzt in Deutschland hergestellt. Durch Zollersparnis ist er zu dem ungewöhnlichen Preis für amerikanischen Tabak von 2,50 DM erhältlich.
Der Tabak ist besonders mild und aromatisch.
Auch Frauen lieben sein Aroma.
Diesen Tabak müssen Sie probieren.

die Spendenfreudigkeit unserer Mitglieder anzuregen. Gerade in diesem Jahr war es besonders notwendig, da sich die ungünstige Ertragslage in der Wirtschaft auch auf uns auswirkt. Bei einem Empfang, an dem wichtige Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Stadtverwaltung teilnahmen, führten wir u. a. aus: Der Gedanke einer Hochschulgesellschaft als eines Zusammenschlusses von Persönlichkeiten, die am wissenschaftlichen Leben teilnehmen und es zu fördern willens sind, ist weit älter, als man glauben möchte. Schon vor 300 Jahren schrieb der von Leibniz und Goethe sehr geschätzte Natur-

sehen. Bei der Gründung hatte die Vereinigung 190 Mitglieder, bei der Wiedergründung 1948 waren es 450. Heute sind es 1750. Auch in schweren Zeiten ist die Werbung für die Gesellschaft immer auf fruchtbaren Boden gefallen. Seit 1948 hat die Vereinigung rund 4 Millionen DM für die Beschaffung von Geräten, Einrichtung von Büchereien und für Forschungsarbeiten bewilligt. Seit 1961 sind außerdem 1,7 Mio. DM zweck- und empfängerbestimmte Spenden durch die Hand der Vereinigung gegangen.

Wir sehen bei unserer Unterstützungsarbeit in erster Linie die Feuerwehr-

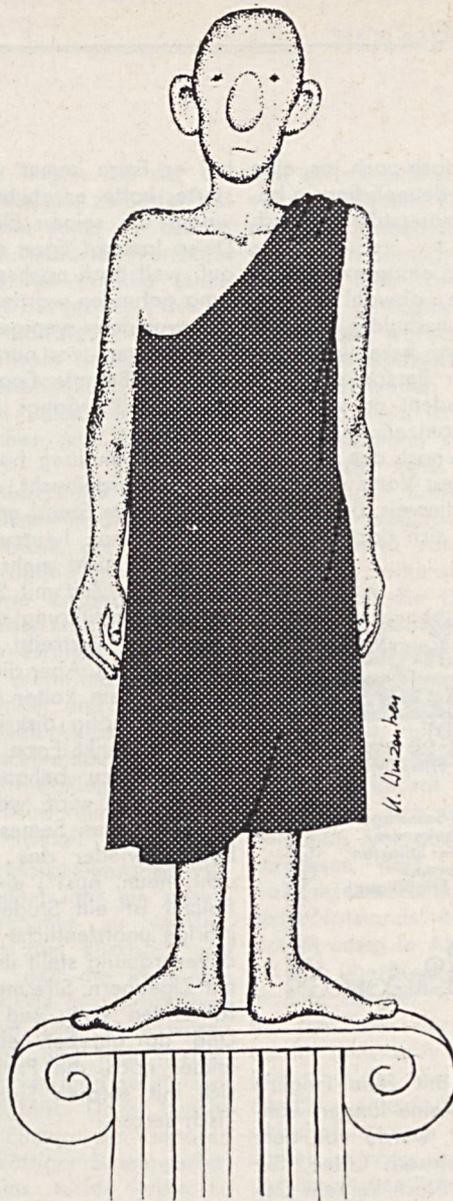
Schließlich versuchen wir auch, die Verbindung der Mitglieder zur Gemeinschaft und insbesondere zur Hochschule lebendig zu erhalten. Deshalb halten wir immer im Mai unsere Mitgliederversammlung ab, die wir durch wissenschaftliche Vorträge, Institutsbesichtigungen etc. attraktiv gestalten wollen. Auch die Teilnahme vieler Mitglieder an den Feierlichkeiten zur Rektoratsübergabe und am Rektoratsball soll diese Verbindungen festigen. Deshalb bekommen auch in diesem Jahr erstmalig alle Mitglieder die Studentenzeitung.

PERSONENSCHADEN

Egon, als moderner Mensch, nimmt natürlich auch am Straßenverkehr teil. Nun er will sich beileibe nicht über die bösen Graukittel beschweren, die den Honnefempfängern ihren ganzen Lebensinhalt direkt vor der Mensa klauen. Immerhin wurden alle Autos wochenlang Tag für Tag mit Drohzetteln auf saugfähigem Papier zugeklebt. Und schließlich ist der Mensaeingang nun nicht mehr mit parkenden Wagen verbarrikadiert. Auf der so geschaffenen Fläche mischen sich jetzt fahrende Autos, besetzt mit halb-irren Parkplatzsuchern, mit dem dazugehörigen Nervenkitzel unter das Volk der irrenden Hungerleider. Wie gesagt, darüber möchte Egon kein Wort verlieren.

Ihm geht es vielmehr um eine ernsthafte Sache. Einer jener abgründigen Beschlüsse der Zufallsstatistik hatte Egon auserkoren, in einen Verkehrsunfall verwickelt zu werden. Das Ganze war nicht sehr schlimm. Nur war leider ein leichter Personenschaden eingetreten (dem Amtsdeutschlyriker, der diese Formulierung erfunden hat, sollte man einen Humanitätsorden verleihen), weswegen die Polizei von einer gebührenpflichtigen Verwarnung Abstand nahm. Egon wurde eine Woche später aufs Revier zitiert, um seine Aussage zu machen. Für Kenner und Genießer möchte Egon einstreuen, daß sich das Folgende in der Stube 1 des 2. Polizeireviere von Darmstadt abspielte. Nachdem Egon eingetreten war, sein Begeh kundgetan und alle erforderlichen Legitimationen vorgewiesen hatte, durfte er sich in seinem regennassen Mantel auf einen Holzstuhl älterer Bauart niederlassen und eine gute Weile – „Kollege kommt sofort!“ – Zeuge eines Dienstbetriebes werden. Der Kollege kam dann doch noch, und Egon beeilte sich, sein Begeh kundzutun und alle erforderlichen Legitimationen vorzuweisen.

Der Beamte ließ Egon in ein kleines Abteil treten, dessen Wände aus den Rückseiten auch vorderseitig häßlicher Aktenschränke gebildet wurden. Sodann forderte der Beamte Egon in seinem regennassen Mantel auf, Platz zu nehmen. Anschließend verschwand der Beamte, denn er wurde von seinen Kollegen anderweitig gebraucht.



**Ich bin Abonnent, aber »deutsches panorama«
hat mich enttäuscht. Es fehlt darin
die letzte Vergeistigung, die Abkehr vom Ganzen
zum Nichts. Daher: Nicht empfehlenswert!**

(Jedenfalls nicht für so Anspruchsvolle!)

**deutsches
panorama**

Für Sie alle
14 Tage neu.

Überall
erhältlich.

Fordern Sie ein
Probeheft an.

2 Hamburg 50
Königstraße 28

Schließlich ging es doch noch los, eine Schreibmaschine wurde mehrfingrig bearbeitet und der Radierstift mehrfach gespitzt.

Egon, der inzwischen ein ganz schlechtes Gewissen hatte, obwohl er sich verstandesmäßig unschuldig wußte, beantwortete nur zu bereitwillig die üblichen Fragen zur Person und gab seinen Beruf mit 'Student' an, was dem Beamten ein Stirnrnzeln entlockte. Sodann wurde Egon nach den ausführlichen Personalien von Vater und Mutter gefragt. Egons Hinweis, aus seinen Personalien ergebe sich doch eindeu-

bei er Egon immer wieder kurz musterte, hatte er etwas entdeckt: „Der wohnt bei seinen Eltern, das kannst Du so lassen.“ Egon atmete erleichtert auf, weil doch noch eine rettende Lösung gefunden worden war. Das Weitere war dann weniger interessant. Bemerkenswert war nur die Routine, mit der der Beamte Egons Beschreibung des Unfallhergangs ins Amtsdeutsch übersetzte.

Diese Behandlung hatte Egon wieder einmal klargemacht, welch allgemein mißachtetem Stand er angehört. Zwar erwartet man heutzutage von einem Studenten nicht mehr unbedingt, daß er sich die Zeit mit Saufen, Raufhändel und Verführung unschuldiger Bürgerstöchter vertreibt, weil das selten geworden ist. Aber die Studenten werden auf dem kalten Verwaltungsweg mehr als nötig diskriminiert. Mit Unbehagen denkt Egon daran, wie man Studenten zu behandeln pflegt. An Hochschulen wird, weil die Studenten an den hohen Semesterzahlen Schuld haben, wieder das Faustrecht („... acht, neun, aus!“) eingeführt; für die Polizei ist ein Student eine minderjährige unordentliche Person; die Meldeverordnung stellt ihn auf eine Stufe mit Zigeunern, Streunern und anderem fahrenden Volk, und so weiter.

Und da glauben einige Optimisten immer noch, die Professoren würden sich mit solchen Subjekten an einen Tisch setzen.

ungeahnte Möglichkeiten würden sich ergeben, wenn es gelänge, diese Verkehrsströme gegeneinander zu saldieren, so daß sie sich aufhoben. Das Verkehrsproblem wäre nicht mehr existent, der Fernstraßenbau könnte eingestellt, die Gelder sinnvoller verwandt werden.

Ein Vorschlag, wie wenigstens ein Teil der Verkehrsströme saldiert werden könnte, soll hier gemacht werden.

Wenn wir untersuchen, wer da unterwegs ist, so stellen wir unschwer fest, daß ein nicht unwesentlicher Teil der Leute sich auf der Fahrt befindet, um die jeweilige Oma oder auch Tante zu besuchen, die – wie könnte es anders

Original Jazzkeller
JAM-POTT 60
 DARMSTADT
 ALEXANDERST. 21-23 EINGANG
 „GERMANNENHOF“ HINTERHAUS
 Freitags und Samstags
 ab 20 Uhr bekannte
 Jazz-Bands aller Stilarten
 s. Tagespresse
 Stud. erhalten Ermäßigung

tig, vorsichtshalber mit zehn Fingern sogar vorgerechnet, eine länger währende Volljährigkeit, wurde von dem Beamten zurückgewiesen: „Nee, Sie sind doch Student!“ Nach kurzem Geplänkel gab Egon, ein kluges Sprichwort im Sinn, angesichts der Miene des Beamten nach, was von dem sofort weidlich ausgenutzt wurde.

Zum Schluß der personellen Bestandsaufnahme fragte der Beamte Egon, ob er in geordneten Verhältnissen lebe. Egon, ganz verduzt, fragte zurück, wie das gemeint sei. Der Beamte wiederholte daraufhin in leidendem Ton die Frage und fügte als Kommentar eine Bemerkung über Egons Intellekt an. Mit allem verbliebenen Rest von Würde raffte sich Egon auf, die Frage mit einem „Ja, natürlich“ zu beantworten. Der Beamte stutzte, überlegte und mahnte dann: „Aber vorhin haben Sie doch als Beruf Student angegeben!“ Egon schwieg überrascht, was den Beamten sichtlich nervös machte, denn nach einigem Zögern wandte er sich hilfesuchend an einen Kollegen von draußen.

Zum Glück hatte der Kollege mehr Erfahrung, denn nach kurzem Überfliegen des bis dahin Geschriebenen, wo-



sein – woanders wohnt, zum Beispiel, damit sie sich über den Kinderwagen beugen kann, um „dadadada, ei wie lieb“ zu sagen. Da fahren also Hamburger nach München, Münchner nach Berlin, Berliner nach Frankfurt, Frankfurter nach Hamburg, um ihre, wie wir fanden, weitgehend identischen Omen zu besuchen.

Wir wäre es nun, wenn – im einfachsten Fall – der Hamburger nicht seine Oma in München und der Münchner nicht seine Oma in Hamburg, sondern jeder die Oma des anderen am gleichen Ort besuchen würde? Das Problem ist: wie weiß der eine vom anderen, daß er erstens eine Oma gleichen Typs hat, daß er sie zweitens am selben Tag besuchen will? Hier muß eine zentrale Organisation helfen. Eine Omengirozentrale, ein großes Clearing, wäre das Geeignete.

Jeder, der seine Oma besuchen will, meldet Wohnort und Typ seiner Oma sowie den Zeitpunkt des beabsichtigten Besuchs und Art und Zahl der Blumen, die er mitbringen will, an die Zentrale. Die Zentrale findet heraus – wieder im einfachen Fall – daß in München eine Oma Besuch aus Hamburg, daß eine Oma in Hamburg Besuch aus München bekommen soll. Die Clearingzentrale wird also dem Münchner die Münchner Oma des Hamburger und dem Hamburger die Ham-

VERKEHRSPROBLEME

1. Wenn Sie offenen Auges durch die Stadt oder über einen Friedhof wandern, wenn Sie sich nachmittags zwischen drei und fünf in einem beliebigen Café umsehen und sich die dort anwesenden älteren Damen (im folgenden kurz Omen = Mehrzahl von Oma genannt) betrachten, werden Sie feststellen, daß eben diese Omen sich weitgehend ähnlich sind, daß sie sich in vier bis fünf Typenklassen einordnen lassen, innerhalb derer sie vollkommen identisch sind.

2. Sie befinden sich auf der Autobahn oder über ihr, auf einer Brücke, und erschauern in tiefer Ehrfurcht vor den Massen an Fahrzeugen, die in der einen Richtung fahren, und Sie stellen fest, daß ebenso große Massen sich in der Gegenrichtung bewegen. Welch

burger Oma des Münchners zuweisen, die er dann, wie seine eigene selbstverständlich, zu besuchen und zu behandeln hat. Das System läßt sich unschwer auf ein vielpoliges erweitern. Dann besuchte der Hamburger die Oma des Münchners, der Münchner die des Berliners, der Berliner die des Frankfurters usw.

Die Folge wird sein, daß die Menschen zufriedener werden. Man besucht lieber und öfters die Oma, wenn man nicht die beschwerliche Reise auf sich zu nehmen hat. Die Oma wird glücklicher, weil sie öfters Besuch erhält. Am Montag gehen die Leute ausgeschlafen zur Arbeit, weil sie nicht die halbe Nacht hindurch unterwegs waren (mit dem schreienden Kleinen auf dem Rücksitz, dem die Oma „dadadada, ei wie lieb“ ins Körbchen gesagt hat). Und vor allem: Der Verkehr ist sehr vermindert!

P.S. Wenn Sie meinen, ich hätte nie eine eigene Oma bewußt erlebt, so irren Sie sich. Ich hatte deren zwei – identische! Und sie wohnten beide woanders.

nicht ein Lied zu singen von der begossenen Tischdecke, der zu Boden gefallenen oder vom sonst so braven Hund gefressenen Festorte. Wer hätte nicht auch in seiner Familie jenen Onkel, der, außer ein großer Esser zu sein, schon so manches Fest durch seine langen, sattsam bekannten Reden der friedlichen Stimmung beraubte, und unter dessen unendlichem Redefluß schon manches gute Essen kalt wurde?

Und dennoch: Auch unter den unerfreulichen und unerwünschten Ereignissen gibt es solche, die gleichsam als Naturkatastrophe unabwendbar hereinbrechen, wie Erdbeben, Überschwemmungen oder Sturmfluten, während andere im Grunde genommen vermeidbar sind. Wenn man nicht den redegabenden Onkel und die zänkische Tante als Naturkatastrophe betrachtet, so sind schließlich eine große Zahl der Imponderabilien durch geeignete Vorsichtsmaßnahmen als abwendbar zu bezeichnen.

Die Feier der Rektoratsübergabe versprach wie in jedem Jahr ein gesellschaftlicher Höhepunkt zu werden, eine Gelegenheit zum Rückblick und zur Vorausschau, und die Rede des neuen Rektors wurde mit besonderer Spannung erwartet. Die Gäste waren zahlreich von nah und fern herbeigeeilt. Freudige Erwartung zeigte sich auf allen Gesichtern. Doch bereits beim feierlichen Einzug der Rektoren erwies sich ein kräftiger Scheinwerfer, bestrebt, alles ins rechte Licht zu setzen, als unliebsame Randerscheinung. Mochte man anfangs, das geblendete Auge fortwendend, noch meinen, es sei allein der Glanz der illustren Geister und der goldenen Ketten, der so beeindruckt habe, so wurde man bald eines besseren belehrt. Während der Rede des scheidenden Rektors nämlich wurde besagter Scheinwerfer mehrfach unvermutet an- und ausgeschaltet, so als wolle man den Worten der Rede mehr Leuchtkraft verleihen. Hin und her schwenkte der Lichtstrahl und blendete dabei wahllos bald die Zuhörer, bald den Redner. Der Händedruck zwischen altem und neuem Rektor wurde beleuchtet, die ersten Worte von Magnifizenz Marguerre wurden nach Erlöschen des Scheinwerfers infolge der Kontrastwirkung gleichsam im Dunkeln gesprochen. Man kann also keineswegs behaupten, daß sich die diesbezüglich Verantwortlichen mit Ruhm bekleckert haben.

Auch etwas anderes irritierte und mu-

tete befremdend an. Ein Herr von der vielgeschmähten Presse waltete während des Rechenschaftsberichtes seines Amtes. An Blitzlichter hat man sich als Kind des technischen Zeitalters ja mittlerweile gewöhnt, aber es ist nicht einzusehen, warum dieser Herr ungeübt herumspazierte, während alle Zuhörer stillsaßen und „andächtig“ lauschten. Zwar ist anzuerkennen, daß der Presseemann sich von seiner vor einem oder zwei Jahren an gleicher Stelle tätigen Kollegin positiv abhob: Sie hatte nämlich zu allem Überfluß ein leuchtend rotes Kleid getragen. Aber man sollte sich doch vor Augen halten, daß ein Photograph nicht so sehr durch eifriges Umhergehen zur falschen Zeit und durch das Tragen von unangemessener Kleidung und dicken Ledertaschen, sondern durch gute Arbeit, durch gute Photos auf-fallen sollte. Beides ist miteinander keinesweg kausal verbunden.

Es versteht sich übrigens von selbst, daß man hier auch jenen Herrn nicht vergessen darf, der bei der Einweihung des Studentenkellers im Schloß sein „Notstands“-Blitzgerät (mit Alarmsirene) eifrig in Aktion setzte und damit für überflüssige akustische Unter-malung sorgte.

Bei der Feier der Rektoratsübergabe machte sich auch die „Tücke des Objektes“ leider empfindlich bemerkbar. Als für die Rede Sr. Magnifizenz Musikbeispiele vom Tonband erklingen sollten, entrang sich dem Lautsprecher nur ein mattes Krächzen – es war zum Heulen. Sollte es auf einer TH tatsächlich nicht möglich sein, einen derartig einfachen Vorgang fehlerfrei durchzuführen? In Wahrheit hat das mit TH oder nicht TH kaum etwas zu tun, sondern mit der Bedienung des Verstärkers. Hier zeigte es sich in bedauerlicher Weise, daß ein buchstäblich in letzter Minute vorgenommenes „Umstöpseln“ der Schaltung verhängnisvoll werden kann.

Wie Magnifizenz Marguerre in dieser Situation die Fassung behielt, ist bewundernswert. Die Sympathien waren voll auf seiner Seite und der Hinweis, er werde in Zukunft lieber selber Klavier spielen, brachte dem Rektor einen besonders herzlichen Beifall.

Ob es wohl möglich wäre, von den Photographen angemessene Kleidung und vernünftiges Verhalten zu erbitten? Ob das erlebte Fiasko dem Herrn am Verstärker für die Zukunft eine Lehre sein wird? Beides würde sicherlich zu noch besserem Gelingen schöner Feiern beitragen.

PANNE MUSS SEIN

Es heißt zwar immer, man solle Feste feiern, wie sie fallen, mit dem Wie ist das aber so eine Sache. Schließlich hängt der Ablauf einer Feier wesentlich davon ab, ob der Gastgeber hübsche Einfälle hatte, ob das Essen gut und reichlich ist, ob die Musik schön spielt, ob die Reden nett sind, ob die Gäste gute Laune haben. Natürlich spielt auch der Anlaß eine wichtige Rolle! Nicht umsonst unterscheidet man Trauerfeiern von Freudenfesten, Staatsfeiertage von Familientreffen, nicht umsonst gibt es die lange Skala von Geburts- und Namenstagen, Jubiläen, Jahresfeiern und Stiftungsfesten.

Anlässe, Musik, Sorge um das leibliche Wohl der Gäste zum Beispiel sind sozusagen die „Ponderabilien“, denen alle jene Ereignisse gegenüberstehen, deren Eintritt ungewiß oder unbekannt ist, die jedoch unbedingt geeignet sind, auch dem schönsten Fest eine unverhoffte Wendung ins Unerfreuliche zu geben. Wer wüßte

JUNGE AKADEMIE: DICHTERLESUNG UND DISKUSSION

Am 9. Dezember 1966 besuchte die Junge Akademie aus München als letzte Stadt auf ihrer Tournée durch Deutschland Darmstadt. Wolf Peter Schnetz, Peter Reus und Ulrich Raschke lasen im neu eröffneten Schloßkeller aus ihren Werken vor.

Die Junge Akademie ist eine Vereinigung von Literaten, Musikern und bildenden Künstlern.

Wolf Peter Schnetz, 1939 geboren, erhielt dieses Jahr den Ehrenpreis der Stadt München. Er trug drei Gedichte und Auszüge aus einer Erzählung vor. An Hand des Gedichtes „Erinnerung an einen Herbst“ möchte ich seine Lyrik charakterisieren:

„Unter dem Fenster
der Markt.
Der wilde Wein
ist verkäuflich.
Er
riecht nach Vergangenheit.
Beeren
aus Holz.
Wenn man sie
anstieß,
huben sie an
zu singen.
Die Luft
war aus Holz.
Die Witterung,
im Dunkeln der Seele
sich sammelnd,
sank.
Die Nacht
ist weiß.
Von Herbst und
Vergangenheit
leuchtend.“

An diesem Beispiel ist sehr deutlich das beliebteste Stilmittel von Schnetz, die mosaikartige Darstellung, zu zeigen. Momentane Beobachtungen bilden die beiden ersten Sätze. Mit dem nächsten Satz wird die Einleitung für die Erinnerungen gegeben, diese setzen sich wieder aus Eindrücken zusammen, die im vergangenen Herbst gewonnen wurden. „Die Witterung, im Dunkeln der Seele sich sammelnd, sank.“ Mit jener Feststellung wird der Übergang in die Gegenwart zurück geschaffen. Es wird wieder die jetzige Umwelt betrachtet, „Die Nacht ist weiß.“ – es ist Winter.

Als Prosateil las Schnetz Auszüge aus

seiner Erzählung „Der Turmbau von Babel“. Die Hauptrolle spielt ein Architekt, Heinrich Korn, dessen Plan es ist, einen zeitlosen Raum zu bauen. Seine Überlegungen haben das Ziel, daß in einem Raum, in dem Zeit nicht wahrnehmbar ist, auch Tod nicht wahrnehmbar sei. Aus den Abschnitten dieser nur im Inhalt an eine Science-Fiction-Story erinnernden Erzählung konnte sehr gut ein Gesamtumriß des Werkes gezeichnet werden. Der Autor stellt allgemeine Behauptungen auf; und es dürfte durchaus im Sinne des Werkes liegen, daß die wenigsten dieser Aussagen frei von zweifelnden Gegenargumenten sind: „Wenn man allein ist, steht man unter Kontrolle. Die Leute rotten sich zusammen, um sich dadurch zu entziehen: es ist gefährlich.“

Könnte man nicht die Umkehrung dieses Satzes mit gleichvielen Argumenten festigen wie die ursprüngliche Aussage?

„Die Natur kennt keine Geschichte.“ Man kann die Evolution, sie ist der eigentliche Kopf der Natur, als Geschichtsträger bezeichnen.

Die Aufmerksamkeit des Publikums wurde gegen Ende der Lesung von Wolf Peter Schnetz nur durch die Hoffnung aufrecht erhalten, daß der nächste Autor nicht ganz so müde, so lustlos vortragen würde. Man kann ein schlaffes, ein falsch betonendes Sprechen nicht damit entschuldigen und rechtfertigen, daß man nachher in der „Diskussion“ zu verstehen gibt, Zuhörer und Autor hätten eine verschiedene Auffassung von Dichterlesung: ein Schriftsteller dürfte auf keinen Fall eingleisig lesen, sondern müsse sämtliche Deutungen des Textes zulassen. Kann man dies nicht besser erreichen, wenn man flüssig, dem Satzbau und der Zeichensetzung entsprechend und vor allen Dingen nicht so salopp wirkend, sondern mit etwas mehr Mühe liest?

Peter Reus, 1942 geboren, eröffnete seinen Vortrag mit einem viergliedrigen Zyklus: „Oder es greifen mehrere Herren zu mehreren Gegenständen und ein Krieg ereignet sich.“ „Seitengewehre“: Dieser erste Teil ist genau wie das Nachfolgende eine Gebrauchsanweisung für das Töten, in diesem Fall mit Seitengewehren. Das Werk liest sich wie eine Anleitung zu

irgendeinem Gesellschaftsspiel. Das stilistische Moment, die Verbindung von Herren mit einem beliebigen Zahlwort, bleibt in allen vier Waffengattungen erhalten, ebenso wie das Aufeinanderzuschreiten, das Zusammentreffen, die Wiederholung des Vorgangs mit Richtungsumkehr und sein Ende mangels noch vorhandener Herren. Nach dem Krieg mit „Seitengewehren“ folgen Kampfhandlungen mit „Spaten“, „Pistolen“ und „Handgranaten“. Der erste Teil „Seitengewehre“ hätte wahrscheinlich den gleichen Gesamteffekt erzielt wie dieser viergliedrige, stilistisch ausdrucksvolle Zyklus – man schreibt ja nur aus Spaß an der Sprache –, denn spätestens bei dem dritten Stück „Pistole“ wirkt es rein deskriptiv.

Den Abschluß der Lesung von Peter Reus bildeten neun Stücke, die am besten mit den Begriffen prosaische Lyrik und lyrische Prosa einzuordnen sind. Alle neun Stücke stehen in innerem Zusammenhang, das fünfte soll hier mit für die anderen sprechen:

„Die Führung dauert an. Über die Holzbrücke eilt jemand, ein anderer Stadtteil will erreicht sein und sein weiter Mantel läßt hinter ihm in Knie- bis Hüfthöhe eine schwarze Fahne flattern, der eben noch in Sichtweite, eine Gesellschaft folgt, die gleich mit klappernden Sohlen der Brücke den Takt des dröhnenden Laufschriffs beibringen wird.

Ruinen hat er gefunden, vor denen springt er auf einen manns-hohen Steinblock und stellt breitbeinig seinen Körper gegen den Himmel, bis die geräuschvoll nachkommende Gesellschaft zwischen Trümmern und Unkrautgebüsch allmählich ihre Sprache verliert, so daß seinerseits schon eine Geste genügt, das Schweigen zu durchbrechen:

Der gradausgestreckte Arm verjüngt sich zum deutenden Zeigefinger, Ruinen werden erblickt, Mauerwerk wölbt sich scharf in den Linsen der Publikumsaugen, tiefschwarz zeichnen sich kopf-über auf der Netzhaut Fensterhöhlen ab, die gestützt werden von x-förmig stehenden Balken, während Schallwellen an die Ohrmuscheln schlagen, daß es brüllt „datsn Knunst“.“

Hier wird von einer Kunstführung gesprochen. Die ganze Führung wird im Eiltempo abgewickelt, was durch ab-

gehackte Sätze, die bei der Betrachtung der Bauwerke am kürzesten werden und durch ein stetiges Wechseln der Schilderung von Fremdenführer und Gesellschaft stilistisch untermalt wird. Der dem Publikum Vorausgeeilte findet nicht kunstvolle Bauten, sondern nur Ruinen. Er zeigt der nun schweigenden Gesellschaft einzelne Trümmer und leiert dazu seine Erklärungen herunter. Doch man versteht nur: „Datsn Knunst.“ Dieses Lächerlichmachen zeigt klar die Einstellung von Peter Reus. Er wendet sich nicht nur gegen Fremdenführungen, sondern erklärt die dort gezeigten Werke und jegliche Kunst als unreal.

Die Hoffnung auf besseres Lesen der Texte war dem Publikum im Schloßkeller schon mit den ersten Sätzen von Reus genommen worden. Darmstadt war schließlich das Ende der Tournée, man war schon etwas müde und abgekämpft. Dennoch: manchmal hatte man den Eindruck, verschiedene Werke seien zuvor noch nie gelesen worden. Als letzter Autor sprach Ulrich Raschke, 1943 geboren. Als Eröffnung hatte er sein schlechtestes Werk gewählt: „ausgesetzt“, ein Gedichtzyklus, der in einer indiskutablen Weise das Werden des Menschen behandelt. Dann verlas der Autor das Prosastück „im regenbogentrikot“. Hier war schon eine gewisse Steigerung, wenn auch kein Höhepunkt erreicht. Der Prosatext handelt von einer Fahrt zu zweit; eine Sie und ein Er auf einem Fahrrad. Sie sitzt auf der Stange und er trampelt. Es wird aufgezeichnet, was sich aus solch einer Situation heraus alles ereignet. Der einzige Nachteil dieses an sich originellen Textes ist, daß er zu lang geraten ist für das verwendete Stilmittel, die Schilderung der neuen Situation in beinahe gleichen Sätzen wie in der ursprünglichen Lage. Zum Höhepunkt seiner Lesung wurde der zwanziggliedrige Gedichtzyklus „karneval“. Für das Gesamtwerk zitiere ich das elfte Gedicht:

„den hof machen vor fremden toren
die mauschelle in die hand nehmen
die tür eindrücken

das vieh im stall keusch nennen
den gürtel bestechen
die magd melken

zum brunnen gehen
ins becken badesalz schütten
den schwimkerl aufblasen
der nixe beine machen
fisch sein“

Raschke betrachtet hier das Leben mit seiner ernsten und heiteren Seite im Zerrbild des Fastnachtspiegels. Er zeigt auch, daß viele Wünsche nur an Fastnacht in Erfüllung gehen, wenn auch anders als in der erhofften Weise. Wer möchte nicht einmal Fisch sein? – im Fastnachtskostüm ist dies möglich, allerdings in einem anderen Medium. In Bezug auf vernünftiges Vortragen hatte Raschke doch noch eine Steigerung erreicht: hier hatte man wenigstens nicht den Eindruck, der Autor würde den Rest seiner Lesung in einem ausgedehnten Gähnen verschlucken. Im Anschluß an die Lesung folgte die sogenannte Diskussion. Diese deckte sowohl von Seiten des Publikums als auch von den Autoren her nur Negatives auf. Irgendeine Zielgerade war in diesem miserabel geführten Gespräch nicht zu entdecken.

10 JAHRE DARMSTÄDTERBLÄTTER

Wenige werden sich an die Sonderausgabe vom 26. November 1956 der dds „Wir lesen für Sie“ erinnern. Suezkrise und Ungarnaufstand, die fast zum Dritten Weltkrieg geführt hätten, waren Gegenstand der ersten Ausgabe der Zeitschrift, die heute ‚Darmstädter Blätter – wir lesen für Sie‘ heißt.

Nach zehn Jahren wollen wir an erster Stelle denjenigen danken, die die Herstellung unserer Blätter uneigennützig ermöglicht haben: den Spendern des Druckpapiers in erheblichen Mengen

G. Haindl'sche Papierfabriken in Augsburg
München-Dachauer Papierfabriken
Heinrich Nicolaus in Dachau
Papierfabrik Gemmrigheim GmbH in Gemmrigheim
E. Holtzmann & Cie AG Weisenbachfabrik
Feldmühle AG Düsseldorf

Der Chemischen Fabrik Röhm & Haas GmbH in Darmstadt danken wir für den Druck der Textseiten, den Darmstädter Buchbinderei D. Fikentscher, Hollmann KG., Habra-Werk Wilh. F. Ott für das Zusammentragen und Hef-

ten der Blätter, den Darmstädter Druckereien Eduard Roether und Ph. Reinheimer für Streifbänder und Deckblätter, der Wella AG in Darmstadt für den Druck der Adressen und dem Verlag Hoppenstedt & Cie in Darmstadt für die Reproduktionen der Bildseiten.

In den ersten Jahren waren meist die Chefredakteure der dds zugleich für ‚Wir lesen für Sie‘ verantwortlich. Als die redaktionelle Arbeit zu umfangreich wurde, fanden wir eigene verantwortliche Studentenredakteure. Mancher Kommilitone hat sich durch Übersetzungen aus dem Englischen, Französischen, Polnischen und Russischen Verdienste erworben.

Von Anfang an steht unsere Arbeit unter dem Motto: Denkende Menschen aller Länder, vereinigt euch! Wer an den Aufgaben der Zeit mitarbeiten will, sollte die Tatsachen kennen, die bestimmend für die Zukunft werden. Die ‚Darmstädter Blätter‘ sind weit über die Mauern Darmstadt hinaus verbreitet, sie werden in 512 verschiedenen Orten der Bundesrepublik und 29 Ländern der Erde gelesen.

Und wer sind unsere Leser? Vom Schüler und Facharbeiter bis zum Professor und Fabrikdirektor gibt es keinen Beruf, der nicht vertreten ist. Zum Rückblick auf zehn Jahre ‚Darmstädter Blätter‘ gehört auch ein Wort zur ‚Kybernetik‘ oder ‚Steuermannskunst‘ des Initiators Dr. Günther Schwarz, der mit immer wieder neuen Kommilitonen zusammen die redaktionelle Arbeit gefördert und die oft hoffnungslos erscheinenden Schwierigkeiten gemeistert hat. Sein Wunsch ist es, daß sich stets Kommilitonen finden, die re-



daktionell vor allem durch Übersetzungen mitarbeiten und selbst Hinweise auf wichtige Texte geben.

Unsere Blätter kommen durch die Zusammenarbeit vieler gutwilliger Menschen zustande – ein kleines Beispiel für die notwendige weltweite Kooperation der denkenden Menschen aller Länder.

Peter Erdmann
Verantwortlicher Redakteur

Hans H. Rottmann:
IBM/360 Modell 20 – Programmieren leicht gemacht mit RPG.
 Carl-Hanser-Verlag, München 1966
 108 S., Einband glanzfolienkaschiert, DM 12,-

Aus der Familie der /360-er stellt das Modell 20 die kleinste Maschine dar, geeignet zur Lösung von kaufmännischen Problemen, die im allgemeinen stark eingabe/ausgabe-orientiert sind im Gegensatz zu technisch-wissenschaftlichen Aufgaben, die hauptsächlich rechen-orientiert sind. Wegen des kleinen Arbeitsspeichers (4k, 8k oder 16k) ist beim Modell 20 eine Anwendung von höheren Programmiersprachen wie beispielsweise COBOL nicht möglich. Die für die /360-Modelle entwickelte symbolische Maschinensprache heißt ASSEMBLER, stellt aber an den Programmierer beachtliche Anforderungen. Es lag also nahe, zur Lösung von kaufmännischen Aufgaben eine problemorientierte Programmsprache, den RPG (Report Program Generator), zu entwickeln. „Die Grundidee des RPG bestand darin, daß es die Hauptaufgabe einer kaufmännisch-orientierten Datenverarbeitungsanlage ist, die angefallenen Daten zu gruppieren und Berichte (Reports) aller Art zu drucken.“

Das Buch ist dreigeteilt und enthält eine allgemeine Einführung mit Beschreibung der Konfiguration des Systems /360-20, drei Anwendungsbeispiele von RPG: Bonusabrechnung, Artikelgruppenstatistik, Kontoauszug, und schließlich eine Beschreibung des RPG.

Über den didaktischen Wert einer solchen Einteilung, wo zuerst Beispiele angeführt werden und dann erst eine übrigens wenig übersichtliche Darstellung von Syntax und Möglichkeiten der Programmsprache folgt, kann man geteilter Meinung sein.

Das Buch dürfte für jeden interessant sein, der sich einen Überblick über die Möglichkeiten des Einsatzes einer Rechenanlage im kaufmännischen Bereich verschaffen möchte.

Der Preis des Buches allerdings ist nach Ansicht des Rezensenten zu hoch.

könnten: das Leben mit seiner (ehemaligen) Frau, seinen Kindern, seinen Freunden, seiner Arbeit, seiner Post und seinen Gedanken. Sie werden deshalb Freundschaft mit ihm schließen, weil er Trivialitäten, eigene Zweifel und Versagen, leidenschaftliche laienhafte Mutmaßungen über – ja, eigentlich über alles, beschreibt, die Sie auch kennen und gerne beschreiben würden. Eine decouvrierende Autobiographie, weil er über das Entstehen seiner Arbeiten berichtet und mit Lust zeigt, wie mittelmäßig er ist. Ein weiterer Vorteil des Buches: man liest es nicht von vorne bis hinten (es würde einen bald langweilen), sondern man schlägt's irgendwo auf, liest ein bißchen, blättert weiter und freut sich. mgl

Anatomie des SS-Staates
Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte
 Walter Verlag, Olten u. Freiburg, 1965
 2 Bände, 390 und 458 S., je Band kart. DM 19,-, Ln. DM 23,-

In den beiden Bänden werden fünf Sachverständigengutachten aus Prozeß gegen Mulka und andere („Auschwitz-Prozeß“) vorgelegt. Sie unterscheiden sich in ihrem Informationswert von den üblichen Illustrierten- und Magazinstories darin, daß die Verfasser Historiker sind, denen zunftgemäß nicht alle Informationsquellen exakt genug erscheinen. Ihre Berichte basieren vor allem auf ‚amtlichen‘ Schriftstücken aus der behandelten Zeit, soweit sie zugänglich sind; mündliche Berichte und Zeugenaussagen sowie die später entstandenen oft romanartigen Erinnerungen und Tagebücher werden, wenn überhaupt, mit der gebotenen Skepsis zitiert.

In Band I legt Hans Buchheim zunächst die Geschichte der SS dar und versucht, die außerordentlich verwickelten organisatorischen und personellen Verflechtungen der SS mit der Politik und der Verwaltung zu entwirren. Insbesondere behandelt er die Probleme, die sich in der Praxis aus dem Widerstreit der nationalsozialistischen Führerideologie mit dem Jurist-

Entstehungsgeschichte und die Anwendung des sogenannten Kommissarbefehls, der die Liquidierung aller zivilen und militärischen Funktionäre des besetzten Teils Rußlands zum Ziel hatte. Dieser Beitrag ist deswegen interessant, weil damals der Versuch gemacht wurde, die reguläre Wehrmacht für verbrecherische Aktionen der SS einzuspannen. Der Widerstand der Wehrmachtsführung war augenscheinlich gering, und nur so ist es zu erklären, daß von den im Laufe des Krieges etwa 5,7 Millionen gefangengenommenen russischen Soldaten mindestens 3,3 Millionen umkamen. Im letzten Kapitel beschreibt Helmut Krausnick die ideologische und administrative Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten. In dieser ansonsten ausgezeichneten Abhandlung fehlt in der Schilderung der Vorgeschichte bedauerlicherweise jeglicher Hinweis auf die Haltung der christlichen Kirche zum Antisemitismus. Die Perfidie, mit der die Juden Zug um Zug entrechtet wurden, und die Präzision, mit der sie schließlich erbarmungslos ausgerottet wurden, werden mit der hier beinahe abstoßenden Gründlichkeit und mit allen vorsichtigen Vorbehalten des Historikers dargestellt.

„Wie schwer ist es aber, über Auschwitz nicht wirkungsvoll zu schreiben!“ Dieser Satz aus dem Vorwort von Hans Buchheim beschreibt die Schwierigkeit, vor der die Autoren gestanden haben. Und wenn sich die beiden Bände nicht immer leicht lesen lassen, so sind sie doch so sachlich und informativ geschrieben, daß sie empfohlen werden können. pay

Harold Pinter:
 Fünf Dramen: Die Heimkehr / Der Liebhaber / Die Kollektion / Teegesellschaft / Ein leichter Schmerz (ro 899)

C. W. Ceram:
 Enge Schlucht und Schwarzer Berg. Entdeckung des Hethiter-Reiches (ro 900/901)

Aischylos:
 Tragödien und Fragmente (rk 213/214/215)

Michelangelo
 dargestellt von Heinrich Koch (rm 124)

Basil Davidson:
 Vom Sklavenhandel zur Kolonialisierung / Afrikanisch-europäische Beziehungen zwischen 1500 und 1900 (rde 266/267)

Friedrich Siegburg:
 Unsere schönsten Jahre / Ein Leben mit Paris (ro 908)

Colette:
 Das Hotelzimmer (ro 909)

Homosexualität oder Politik mit dem § 175
 Vorwort von Professor Hans Giese (aktuell 943)

Heinrich Mann
 dargestellt von Klaus Schröter (rm 125)

William S. Haas:
 Östliches und westliches Denken / Eine Kulturmorphologie (rde 246/247)

HALLOO-WACH **macht munter**

Henry Miller:
Big Sur und die Orangen des Hieronymus Bosch
 Rowohlt Verlag
 Paperback, DM 4,40

Wollen Sie Henry Miller zum Freund haben? Dann lesen Sie dieses scheußliche herrliche Buch. Scheußlich deshalb, weil Millers Vorstellung vom Paradies, das er an der kalifornischen Küste, fern von gewissen zivilisatorischen Umständen, „im Kreise von Künstlern, Intellektuellen und gleichgesinnten Originalen“ (so der Waschzettel) gefunden hat, auf gut und gerne zehn Seiten, anstelle von 340, hätte niederlegen können. Herrlich deshalb, weil er in vagabundierender Nachdenk- und Erzählkunst ein Paradies beschreibt, in dem wir alle leben

schen, also genormten und kontrollierbaren Fundament der Verwaltung ergaben. Die Stellung der SS zur SA vor deren Entmachtung, zur Wehrmacht und die Übernahme der Polizei durch die SS werden ausführlich beschrieben. In einer weiteren Abhandlung versucht Hans Buchheim die Legende vom ‚Befehlsnotstand‘ für SS-Angehörige zu zerstören. Dieses Kapitel ist recht überzeugend, obwohl es nicht so umfangreich ist – wohl weil dem Historiker hier nur wenige Quellen zur Verfügung stehen. In Band II behandelt Martin Broszat die Geschichte der Konzentrationslager von der anfangs mehr aus Machtinteresse gehandhabten Praxis der ‚Schutzhaft‘ für politische Gegner bis zur rasseideologisch begründeten Ausschaltung des ‚asozialen‘ und ‚undeutschen‘ Menschen. Im zweiten Teil schildert Hans-Adolf Jacobsen die

Fußball

Die Vorbereitungsspiele zur diesjährigen DHM gewann der letztjährige Vizemeister aus Darmstadt mit großem Torunterschied. So wurde die Ingenieurschule Frankfurt mit 6:2 Toren nach Hause geschickt, die Vertretung der Stadionkicker sogar mit 10:2 „erschossen“. Nach diesen leichten Begegnungen mußten die TH-Studenten in ihrem ersten Vorrundenspiel nach Saarbrücken, um gegen die dortige Uni anzutreten. Durch fünf Gegentore in den ersten 20 Minuten mußten die Fußballer ihre Gewinnchancen begraben, obwohl sie spielerisch den Saarländern gleichwertig waren. Bis zur Pause gelang ihnen wohl ein Gegentreffer, doch erzielten die Saarbrücker im Anschluß das 6:1. In einer überlegen geführten zweiten Halbzeit konnten weitere zahlreiche Chancen zu keinem zählbaren Erfolg verwertet werden, zumal der Saarbrücker Torsteher einen guten Tag hatte.

Die Vorrundenspiele gegen die Uni Heidelberg und Uni Mainz wurden klar gewonnen. Die Elf, die nach der Niederlage in Saarbrücken auf mehreren Posten umgestellt wurde, gewann gegen die Neckarstädter 4:1. Der mit Frühbrodt verstärkte Sturm kam bereits in der 10. Minute durch Trapp zum Führungstreffer, den die Heidelberger jedoch vor der Pause durch Verwandlung eines Elfmeters ausgleichen konnten. Nach dem Ausscheiden eines Heidelberger Spielers (Verletzung) wurden die Hessen feldüberlegen und stellten in der 60. Minute durch Scholl, in der 85. Minute durch Häckelmann nach Vorlage von Steinmetz und durch Frühbrodt den Sieg sicher. In der Begegnung gegen die Uni Mainz kämpften die Studenten mit großem Einsatz und gestalteten das Spiel stets feldüberlegen. Nach torloser erster Halbzeit gelang in der 56. Minute Frühbrodt der verdiente Führungstreffer. In der 68. Minute war es Scholl, der den 2:0 Endstand herstellte.

Eine Punkteteilung gegen die spielstarke Vertretung der Uni Frankfurt mußte den TH-Studenten für die Qualifikation zur Zwischenrunde genügen.

Handball

Die Handballvertretung blieb im Vorrundenturnier gegen die Mannschaften der TH Stuttgart und der TH München ohne Punktverlust. In dem ersten Spiel gegen die TH München startete die THD mit einer schnellen 4:1-Führung und baute diesen Vorsprung bis zur Pause auf 8:1 aus. Auch in der zweiten Spielhälfte bestimmten die Darmstädter stets das Spielgeschehen, wobei Aufbauspieler Heinrichs mit Rückhandwürfen am Kreis gefiel. Der 26:5-Endstand entsprach dem einseitigen Spielverlauf der 40 Minuten.

Durch den 19:7-Sieg der TH Stuttgart über das Team aus München hatte die letzte Begegnung der THD gegen die Stuttgarter Studenten an Bedeutung verloren, da die beiden Sieger sich schon für die Zwischenrunde (14. Dezember in Heidelberg) qualifiziert hatten; der Drittplazierte, die TH München, war bereits ausgeschieden. Die Hessen waren auch in dem Spiel gegen Stuttgart in keiner Phase gefährdet, nur einmal konnte der Gegner auf drei Tore herankommen. Nach dem 8:3-Pausenstand verlief das Spiel in der zweiten Hälfte etwas ausgeglichener, ohne daß die Darmstädter Studenten ernstlich gefordert wurden. Erfolgreichster Torschütze war wieder Heinrichs mit sieben Treffern.

Basketball

Die Basketballer spielten in ihren Vorrundenspielen mit unterschiedlichen Leistungen. Obwohl sie in Saarbrücken nicht in bester Besetzung antreten konnten, kamen sie zu einem hohen Sieg, der mit 80:53 Punkten durchaus dem Spielverlauf entsprach. In der Hochschulhalle war die Basketballmannschaft aus Heidelberg im

zweiten Spiel hoher Favorit; sie hatten mit Urmitzer und Leciejewsky zwei Nationalspieler in ihren Reihen. Schon nach sechs Minuten lagen die Hessen mit 8:22 Punkten zurück. An dem 97:79-Erfolg für Heidelberg hatten Urmitzer (26) und B-Nationalspieler Riefing (25) den größten Anteil. Die besten Werfer bei der THD waren Göbertshahn (25), Stumpf (21), Ospici und Radloff mit je 10 Punkten.

Nach ihrer guten Leistung gegen die Uni Heidelberg hatten viele Beobachter der Basketballmannschaft einen Sieg gegen die Uni Mainz errechnet. Sie spielte jedoch diesmal weit unter ihrer Form und konnte in keiner Phase den Sieg der Gäste gefährden.

Die Mainzer führten bis zur Pause mit 37:28 und verstanden es auch in den letzten 20 Minuten, die Führung auszubauen, zumal sie mit Nationalspieler Wucherer einen guten Dirigenten hatten. Das Endergebnis hieß 60:80.

Volleyball

Die Volleyballer belegten in ihrem Vorturnier in Mainz hinter der Uni Frankfurt den zweiten Platz und qualifizierten sich somit für die am 4./5. 2. 1967 in Tübingen stattfindende Endrunde. Das Team mußte vier Spiele bestreiten, wovon es drei gewann. Die Ergebnisse: THD-Uni Mainz 3:0, THD-TH Karlsruhe 3:0, THD-Uni Heidelberg 3:1, THD-Uni Frankfurt 0:3.

Reiten

Gemäß einer Liste des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes ist Florian Geyer von der TH Darmstadt der erfolgreichste Einzelreiter seit den deutschen Hochschulmeisterschaften 1965. Mit 20 Punkten rangiert Geyer vor dem Mainzer D. v. Hopffgarten (19) und dem Mannheimer H. v. Daniels (14). Der Darmstädter wird es bei den diesjährigen Hochschulmeisterschaften (25./26. Februar 1967 in Wülfrath) schwer haben, diesen knappen Vorsprung zu verteidigen. kko

**Ihre
Wintersport-
Ausrüstung**

von



dem bekannten Intersport Fachgeschäft
in der Stadtmitte
vom Sportlehrer beraten –
von Fachkräften bedient –
von unserer Spezialwerkstatt betreut

ÖSTERREICH

Österreichs Hochschulbudget müßte im Vergleich zu 1963 mehr als verdoppelt werden, um mit der künftigen Entwicklung im Ausland Schritt halten zu können. Dies würde bedeuten, daß etwa 0,8% des Brutto-Nationalproduktes für die Hochschulen aufgebracht werden müßten. In einer vom Unterrichtsministerium unter den Hochschulprofessoren durchgeführten Umfrage wurde festgestellt, daß die direkten finanziellen Zuwendungen auf 360 Millionen Schilling erhöht und der Personalstand mehr als verdoppelt werden müßten. Dies würde 700 Millionen

Schilling erfordern. Für den Ausbau der Institute wäre ein Betrag von 500 Millionen Schilling notwendig. Schließlich sollten auch die Beiträge an außerschulischen Forschungseinrichtungen und andere Aufwendungen auf 140 Millionen Schilling erhöht werden. Die Schweiz, Schweden und die Niederlande geben je 1,4 bis 1,6 Prozent des Brutto-Nationalproduktes für die Forschung aus, Österreich aber nur 0,3 Prozent.

Studentenspiegel

USA

Amerikanische Studenten werden auch im Studienjahr 1966/67 – wie schon seit vier Jahren – Gelegenheit haben, testfähige Vorlesungen am häuslichen Fernsehapparat zu „besuchen“. Die Vorlesungen, die von Professoren der New York University abgehalten werden, befassen sich diesmal mit Stilanalysen moderner amerikani-

scher Prosa sowie mit einer Einführung in die Probleme und Methoden philosophischen Denkens. Das Programm, „Sonnenaufgangsemester“ genannt, wird von der Fernsehgesellschaft CBS ausgestrahlt und kann in allen Staaten der USA empfangen werden.

Studentenspiegel

SPANIEN

In engem Zusammenhang mit dem Freispruch des Studenten Valdevinos in einem Verfahren vor dem Gerichtshof für Öffentliche Ordnung und Sicherheit wird die Tatsache gesehen, daß erneut Maßnahmen der Regierung gegen Studenten getroffen worden sind. Ende Oktober wurden sieben Studenten der Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Madrid für die Dauer von zwei Jahren aus

allen Abteilungen der Universität ausgeschlossen. In einem Erlaß des Erziehungsministeriums heißt es, die von dieser Sanktion betroffenen Personen seien als die Anführer der Zwischenfälle vom 10. Dezember 1965 an der Universität Madrid ermittelt worden, als die Studenten für ihre Versammlungs- und Koalitionsfreiheit demonstrierten.

ew

SCHWEDEN

Der Mangel an Wohnraum beschäftigt die schwedischen Studenten nach wie vor: es fehlen vor allem Studentenwohnheime. So sind gegenwärtig 18 650 Studentenzimmer und 5 300 Wohnungen für Studentenfamilien zu wenig vorhanden. Trotz intensiver Bauarbeiten in allen Uni-

versitäten Schwedens wird es auch bis zum Jahre 1972 nicht gelungen sein, den Bedarf vollkommen zu decken. 1972 werden wahrscheinlich immer noch 9 800 Zimmer und 5 700 Wohnungen fehlen.

Studentenspiegel

KANADA

Einen langfristigen Angriff auf die Ungerechtigkeiten beim Zugang zum Studium haben die kanadischen Studentenvertreter begonnen, indem sie die Einführung eines Studentengebühls und die Abschaffung der Studiengebühren forderten. In einer Resolution wird die Beseitigung aller sozialen und finanziellen Hindernisse beim Zugang zum Studium gefordert. Damit hat der Verband den endgültigen Schritt

auf dem Weg zu einem kostenlosen Studium für alle getan. Zuvor hatte der Verband, der die Interessen von ungefähr 170 000 meist Englisch sprechenden Studenten aus ganz Kanada vertritt, die Abschaffung aller Studiengebühren gefordert und diese Forderung als erste Maßnahme zur Demokratisierung des Studiums in Kanada bezeichnet.

Studentenspiegel

JUGOSLAWIEN

In der Zeit vom 15. Januar bis 4. Februar werden die Rektoren der Universitäten Belgrad, Laibach, Nis, Novi Sad, Serajevo, Skopje und Zagreb (Agram) sowie die Präsidenten und Vizepräsidenten der Akademien der Wissenschaften und der Künste in Belgrad, Laibach und Zagreb Gäste des DAAD in Deutschland sein. Das Programm sieht Besuche bei den bedeutenden Selbstverwaltungsorganisationen der

deutschen Wissenschaft und bei Hochschulinstitutionen sowie Aussprachen zwischen Fachkollegen aus beiden Ländern vor. Auch mit den Problemen der deutschen Hochschulreform, nicht zuletzt durch einen Besuch der Ruhr-Universität in Bochum, sollen die jugoslawischen Wissenschaftler vertraut gemacht werden.

DAAD

Der Verband Deutscher Studentenschaften hat der Öffentlichkeit eine kritische Stellungnahme zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums in der Bundesrepublik vorgelegt. Die Stellungnahme wurde den Mitgliedern des Wissenschaftsrates, den Hochschulen und Fakultäten, den Bundes- und den Landesregierungen sowie den Parteien zugeleitet. Kritisiert wird darin besonders die Empfehlung des Wissenschaftsrates, nicht mehr alle Studenten unmittelbar an der „lebendigen Wissenschaft“ teilnehmen zu lassen. Die Einheit von Forschung, Lehre und Studium erhält nach Meinung des VDS jedoch auf Grund der auch vom Wissenschaftsrat dargestellten Strukturwandlungen eine erhöhte Bedeutung. Ausführlich wird in der Stellungnahme das Verhältnis von Studium und Praxis beleuchtet. jw

Kritik am Wissenschaftsrat

Zu Beginn des neuen Studienjahres wurden Ende September 23 000 Studenten an den Universitäten und Hochschulen der DDR neu immatrikuliert. Die Zahl der an den sieben Universitäten und 36 Hochschulen der DDR Studierenden beträgt nunmehr insgesamt 112 000. 11 000 Jugendliche nahmen im Herbst 1966 ein mehrjähriges Fachschulstudium auf, wird weiter aus Berlin gemeldet. jw

Zahl der Studenten in der DDR

Das Bundesverwaltungsgericht hat in einem Urteil höchstrichterlich entschieden, daß studentische Verbindungen Farben tragen und Mensuren schlagen dürfen. Sie dürfen deshalb gegenüber anderen Verbindungen an den Universitäten nicht benachteiligt werden. Alle Verbindungen müssen sich jedoch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Durch die Entscheidung wurde die Universität Frankfurt verpflichtet, die Alte Prager Landsmannschaft Hercynia im Coburger Convent in das Register der anerkannten Verbindungen einzutragen. Die Frankfurter Universität hatte dies bisher mit der Begründung verweigert, die Korporation verbiete nicht das Mensurenschlagen und beschränke das Farbentragen nicht auf geschlossene Räume. Das Mensurenschlagen sei aber nicht mehr zeitgemäß. jw

Urteil über Verbindungen

Nach dem Vorbild anderer Hochschulen will auch die Universität Frankfurt vom Wintersemester 1966/67 an eine psychotherapeutische Beratungsstelle für Studenten einrichten. Wie ein AStA-Vertreter dazu mitteilte, soll die Beratungsstelle den Studenten bei der Lösung ihrer psychischen, neurotischen und sexuellen Problemen helfen. jw

Beratungsstelle auch in Frankfurt

Einen Studentenaustausch mit Angehörigen der Universität Moskau strebt der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Frankfurt an. Ein Angebot hat der AStA den Studentenvertretern in Moskau unterbreitet, ohne bisher eine Antwort erhalten zu haben. Der Zweite Sekretär der Sowjetischen Botschaft in Rolandseck teilte den AStA-Vertretern in einem Gespräch mit, Schwierigkeiten bei der Vereinbarung eines Studentenaustausches mit der UdSSR hätten ihre Ursache in der Tatsache, daß das Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion abgelaufen und noch nicht wieder erneuert worden sei. jw

Austausch mit Moskau

Keine Anhebung des Förderungsmeßbetrages im Honnefer Modell sieht der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für das Jahr 1967 vor. Wie für 1966 wurden auch für dieses Jahr 61 Mill. DM für die Studentenförderung nach dem Honnefer Modell veranschlagt. Für eine Anhebung des Förderungsbetrages von gegenwärtig 290,- DM auf 350,- DM monatlich hatten sich unter anderem der Bundestagsausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik sowie der Verband Deutscher Studentenschaften ausgesprochen. jw

**Keine Erhöhung
der Honnef-Förderung**

Auf Vorschlag der Fakultät für Elektrotechnik vom 28. 6. 66 wurde am 9. Dezember 1966 Herrn Prof. Dr. phil. nat. Heinrich Kindler die Würde eines Ehrendoktors der THD verliehen für „... seine wissenschaftlichen Verdienste um die Regelungstechnik und den Ausbau des ersten Instituts für Regelungstechnik an einer deutschen Hochschule zu einer vorbildlichen Forschungs- und Ausbildungsstätte.“

Für die Arbeit seines Dresdner Instituts hat Prof. Kindler einen Stil gefunden, der eine ausgewogene Verbindung von Theorie, gerätetechnischer Praxis und Anwendung der Regelungstechnik darstellt. Er übersetzte auch einige wesentliche Fachbücher aus dem Russischen und machten sie so den deutschen Lesern zugänglich. Herr Prof. Kindler hatte die Jahre nach 1945 in der Sowjetunion verbracht, ehe er 1953 nach Dresden kam. Prof. Kindler hat seinen Schülern und Mitarbeitern eine einmalige Gelegenheit zu eigener Entfaltung gegeben, was in vielen wissenschaftlichen Arbeiten seines Instituts zum Ausdruck kommt. Mit dieser Verleihung sind auch die Beziehungen der beiden ersten deutschen Institute für Regelungstechnik weiter vertieft worden. Das Dresdener Institut, gegründet 1955, gab viele Anregungen für den Aufbau des Darmstädter Instituts von Prof. Oppelt. Seit dieser Zeit besteht zwischen beiden Instituten ein reger Erfahrungs- und Gedankenaustausch.

Mit dem Jahreswechsel ist im Vorstand des Darmstädter Studentenwerks wieder eine Veränderung eingetreten. Ulf Kauffmann hat seine Mitarbeit im Vorstand eingestellt, damit er sich in seinem letzten Studienabschnitt intensiver seiner Ausbildung widmen kann. Als seinen Nachfolger haben der Allgemeine Studentenausschuß und das Parlament der Studentenschaft den früheren Fachschaftsleiter der Fachschaft Mathematik/Physik, Rainer Bischoff, bestimmt. Bischoff hat während seiner Tätigkeit im AStA den Studentischen Schnelldienst wieder aufleben lassen und während dieser Zeit sich detaillierte Kenntnisse über verschiedene Abteilungen des Studentenwerks verschaffen können. Den Vorstand des Studentenwerks bilden jetzt: Professor Dr. Alfons Kraft (Vorsitzender), Professor Dr. Erich Wölfel, Gunter Bistritschan und Rainer Bischoff.

Kauffmann beendet mit seinem Ausscheiden eine dreieinhalbjährige Tätigkeit in verschiedenen maßgeblichen Ämtern der Studentenschaft. Trotz dieser verhältnismäßig langen Zeit hat er es immer vermieden, als ‚Funktionär‘ aufzutreten. Es ist ihm gelungen, sich das Vertrauen aller Beteiligten zu bewahren und als Verhandlungspartner anerkannt zu bleiben. Kauffmann wurde vom Parlament der Studentenschaft mit Dank und Anerkennung für seine Tätigkeit als Vorsitzender der Studentenschaft und als Mitglied des Studentenwerksvorstands verabschiedet.



Wie wir erfahren, erscheint es nach Verhandlungen, die zwischen Vertretern des Kultusministers und des Finanzministers des Landes Hessen sowie des Studentenwerks Darmstadt stattgefunden haben, nicht mehr ausgeschlossen, daß das Darmstädter Studentenwerk auch weiterhin den Betrieb in sämtlichen Wohnheimen aufrechterhalten kann. Der Block C des Studentenwohnheimes in der Niederramstädter-Straße wird fertiggestellt werden können. Auch die Planung Wohnheim am Karlshof wird weitergeführt werden können; das Land Hessen wird sich bemühen, die Voraussetzung für die Verwirklichung dieses Projektes zu schaffen.

Bei den Bauarbeiten für die Technische Hochschule im Jahre 1967 gibt es zwei Schwerpunkte. Einmal ist es notwendig, für die in den letzten Jahren fertiggestellten Gebäude im Stadtbereich

weitere Hörsäle zu bauen. Dafür soll zwischen Moller-Bau und Alexanderstraße das Hochschulzentrum entstehen. Zum anderen sind nicht nur vorbereitende Arbeiten für die Nutzung des Erweiterungsgeländes (Nachtweide) auszuführen, sondern auch die ersten Hochbauten dort zu beginnen.

Im Haushaltsplan 1967 sind Vorarbeiten für das Hochschulzentrum eingeplant. Es ist zu hoffen, daß mit dem Ausheben der Baugrube in diesem Jahr noch begonnen werden kann. Am Botanischen Garten ist eine Institutsgruppe für Geologie, Mineralogie, Geographie und Mikrobiologie im Bau, die im Laufe des Sommersemesters fertiggestellt und bezogen werden soll. Damit die Gebäude benutzt werden können, ist für 1967 ein Betrag für die Anschaffung der Geräte (Möbel, Mikroskope etc.) vorgesehen. Außerdem werden im Bereich des Botanischen Gartens die Außenanlagen, also Straßen, Gehwege, Grünflächen und ein Anschluß an die Fernheizleitung fertiggestellt.

Im Erweiterungsgebiet Nachtweide sind die Abwasserkanäle und die Leitungssysteme für Gas und Wasser erstellt. Der Bau des Heizkanals bis zur Zentralen Verteilerstation sowie die Station selbst und die Hauptschließungsstraße werden in diesem Jahre zu Ende gebracht. Im Zusammenhang damit wird mit dem Aufbau der Stromversorgung begonnen. Daneben ist vom Bund nach Zustimmung durch den Wissenschaftsrat ein großer Beitrag für den Neubau der Architekturfakultät angekündigt worden, so daß mit diesem großen Bau im Frühjahr angefangen werden kann. Die zu erwartende Summe für dieses Gebäude wird es zulassen, die Vorteile des Fertigteilsystems voll auszunutzen.

Ob im Jahr 1967 mit der Erweiterung der Anlagen am Windkanal und mit dem Neubau für die Nachrichtentechnischen Institute begonnen werden kann, läßt sich noch nicht übersehen.

Köhler, Regierungsbaudirektor

Durch ein Versehen erschien die vierzehntägliche Abendvorlesung von Professor Naumann, „Literarische Neuerscheinungen“, nicht im Vorlesungsverzeichnis. Professor Naumann hält sie aber auch in diesem Wintersemester, und zwar in der zweiten Hälfte noch an folgenden Tagen:

11. 1., 25. 1., 8. 2., 20–21 h, HS 11/221.

Auf Vorschlag der Fakultät für Elektrotechnik vom 28. 6. 66 wurde am 9. Dezember 1966 Herrn Prof. Dr. phil. nat. Heinrich Kindler die Würde eines Ehrendoktors der THD verliehen für "... seine wissenschaftlichen Verdienste um die Regelungstechnik und den Ausbau des ersten Instituts für Regelungstechnik an einer deutschen Hochschule zu einer vorbildlichen Forschungs- und Ausbildungsstätte."

Für die Arbeit seines Dresdner Instituts hat Prof. Kindler einen Stil gefunden, der eine ausgewogene Verbindung von Theorie, gerätetechnischer Praxis und Anwendung der Regelungstechnik darstellt. Er übersetzte auch einige wesentliche Fachbücher aus dem Russischen und machten sie so den deutschen Lesern zugänglich. Herr Prof. Kindler hatte die Jahre nach 1945 in der Sowjetunion verbracht, ehe er 1953 nach Dresden kam. Prof. Kindler hat seinen Schülern und Mitarbeitern eine einmalige Gelegenheit zu eigener Entfaltung gegeben, was in vielen wissenschaftlichen Arbeiten seines Instituts zum Ausdruck kommt. Mit dieser Verleihung sind auch die Beziehungen der beiden ersten deutschen Institute für Regelungstechnik weiter vertieft worden. Das Dresdener Institut, gegründet 1955, gab viele Anregungen für den Aufbau des Darmstädter Instituts von Prof. Oppelt. Seit dieser Zeit besteht zwischen beiden Instituten ein reger Erfahrungs- und Gedankenaustausch.

Kauffmann beer scheidet eine dr keit in versch Ämtern der Stud ser verhältnism er es immer ve när' aufzutreten sich das Vertrau bewahren und al anerkannt zu wurde vom Par schaft mit Dank seine Tätigkeit Studentenschaft Studentenwerks det.



Mit dem Jahreswechsel ist im Vorstand des Darmstädter Studentenwerks wieder eine Veränderung eingetreten. Ulf Kauffmann hat seine Mitarbeit im Vorstand eingestellt, damit er sich in seinem letzten Studienabschnitt intensiver seiner Ausbildung widmen kann. Als seinen Nachfolger haben der Allgemeine Studentenausschuß und das Parlament der Studentenschaft den früheren Fachschaftsleiter der Fachschaft Mathematik / Physik, Rainer Bischoff, bestimmt. Bischoff hat während seiner Tätigkeit im AStA den Studentischen Schnelldienst wieder aufleben lassen und während dieser Zeit sich detaillierte Kenntnisse über verschiedene Abteilungen des Studentenwerks verschaffen können. Den Vorstand des Studentenwerks bilden jetzt: Professor Dr. Alfons Kraft (Vorsitzender), Professor Dr. Erich Wölfel, Gunter Bistrichan und Rainer Bischoff.

Wie wir erfah Verhandlungen, tern des Kultu nanzministers d wie des Stude stattgefunden h geschlossen, daß dentenwerk au trieb in sämtlic rechterhalten k Studentenwohn Ramstädter-Str werden könne Wohnheim am geführt werden Hessen wird si aussetzung für ses Projektes z

Bei den Bauarb Hochschule im . Schwerpunkte. I für die in den gestellten Gek



Einem „on dit“ zufolge . . .

. . . ist Stundenkeller im Schloß nur ein Versprecher eines bedauerlichen Kommilitonen.

*

. . . gehört die Fakultät Maschinenbau zu den sieben rückständigsten unserer TH.

*

. . . ist die Kellergulaschsuppe so mies, weil keine scharfen Getränke verabreicht werden dürfen.

*

. . . wird mit Arbeit die meiste Zeit verplempert.

*

. . . soll die Mensa abgeschleppt werden, weil sie im Parkverbot steht.

*

. . . soll man den AStA, in dem man sitzt, nicht selbst absägen.

*

. . . führen die Meteorologen die kühle Witterung in diesem Winter hauptsächlich auf die niedrigen Temperaturen zurück.

Kulturkalender

11. 1. Filmkreis: Scheidung auf Italienisch
Wilhelm-Köhler-Saal
12. 1. Klavierabend mit Jörg Demus, Wien
Stadthalle 19.45
Manolo Lohnes: Spanischer Gitarrenabend
Schloßkeller
14. 1. The Barrelhouse Story
The Barrelhouse Jazzband Frankfurt
Stadthalle 19.15
18. 1. Filmkreis: Die sieben Samurai
19. 1. Diskussion über Vietnam
Schloßkeller
Niederländisches Streichquartett
Stadthalle 19.45
20. 1. Städtebauliches Colloquium: The Latest Regional Proposals for Scotland (Prof. Nicoll, Glasgow)
THD Saal 221, 16.00
Chemikerball
21. 1. Sonatenabend
Stadthalle 19.15
25. 1. Filmkreis: Narrenchronik
31. 1. HSU: Eros und Gesellschaft
1. 2. Filmkreis: 8^{1/2} (Fellini)
3. 2. Städtebauliches Colloquium: Probleme regionaler Verkehrsplanung (Dipl.-Ing. von Hanffstengel, Nürnberg)
WUS-Faschingsfest
4. 2. Winterball der Wirtschaftsingenieure

Sportkalender

18. 1. DHM-Vorrunde Fußball und Tischtennis
Mannheim
18. 1. DHM-Vorrunde Hallenhockey
Darmstadt
- 19./22. 1. DHM-Skilauf (alpin)
Oberammergau
- 28./29. 1. DHM-Vorrunde Wasserball
Mainz
- 28./29. 1. DHM-Vorrunde Boxen
Clausthal
- Januar 1967 DHM-Vorrunde Fechten (Mannschaften)

zum studium generale

Nützliche Werke für alle Studierenden

OST, OTTO
Allgemeine Statistik, 8. neubearbeitete Aufl., 1966, 160 S.,
15,3 x 22,7 cm, kart., 9,80 DM

Wer den Inhalt dieses Grundrisses in sich aufgenommen hat und beherrscht, kann sich selbst sagen, daß er von allgemeiner Statistik etwas versteht.
Allgemeines Statistisches Archiv, Prot. Dr. F. Huhle, Darmstadt

SCHULDA, CARL H.
Einführung in das Recht der USA
1966, 112 S., 15,3 x 22,7 cm, kart., 9,80 DM

Die sehr lebendig und anschaulich geschriebene Schrift wendet sich vornehmlich an den deutschen Jura-Studenten. Der Verfasser hat an Hand treffender Rechtstfälle und stets im Vergleich mit dem deutschen Recht, die Struktur der amerikanischen Rechtsordnung deutlich gemacht; vor allem deren beiden Grundpfeiler: den Föderalismus mit seiner Vielfalt von Institutionen sowie das Nebeneinander von Richterrecht und Gesetzesrecht.

HEBER, HEINRICH
Der Gemeinsame Markt; Textausgabe des EWG-Vertrages mit Erläuterungen
1963, 2. Auflage, 368 S., DIN A 5, Plastik geb., 12,80 DM

Die zweite, neubearbeitete Auflage enthält den Wortlaut des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. 3. 1957 mit den Anhängen zu diesem Vertrage. Außerdem sind das deutsche Zustimmungsgesetz und die amtlichen Erläuterungen der Bundesregierung abgedruckt. Die bearbeitete Einführung behandelt die Vorgeschichte der wirtschaftlichen Einigung Europas und gibt einen kurzen Überblick über den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

WAGNER, HANS ADOLF
Führer durch die Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung, 1966, 3. Auflage, 128 S., 15,3 x 22,7 cm, kart., 12,50 DM

Die Neuauflage gibt den Rechtsstand vom 1. Januar 1966 wieder.

WISSLEIN, R. W.
Das Bonner Grundgesetz
1966, 24. Auflage, 208 S., 8 Tafeln, DIN A 6 kart., 6,80 DM

In Schaubildern wird die Struktur des Bundes, der Aufbau der Bundesorgane und der Gang der Gesetzgebung einprägsam dargestellt. Die kurze Wiedergabe des Werdegangs des Gesetzes, ein Überblick über die Verfassungen der Länder sowie das ausführliche Sachverzeichnis mit gleichzeitiger Erläuterung der verfassungsrechtlichen Begriffe erhöhen den instruktiven Wert der Broschüre.

Nomos Verlagsgesellschaft

7570 Baden-Baden, Postfach 610



LABORTECHNIK DARMSTADT

Fachgeschäft für Laboratoriumsbedarf
Apparate und Geräte für Wissenschaft und Technik
Glasbläserei

Darmstadt

Lauteschlägerstraße 3 · Telefon 71030

Die Bockshaut

ALT-DARMSTÄDTER WEIN- UND SPEISERESTAURANT - HOTEL
Verbindungslokal - Großer Saal - Konferenz- u. Fremdenzimmer
KIRCHSTRASSE 7 - RUF 7 45 58

Pschorrbräu München u. Michelsbräu Babenhausen im Faßausschank

wenn's um Geld geht



711



Die richtige Verbindung **71361**

Sparkasse Darmstadt

Geschäftsstellen in Stadt und Land



zum studium generale

Nützliche Werke für alle Studierenden

MOST, OTTO

Allgemeine Statistik, 8. *neubearbeitete Aufl.*, 1966, 160 S.,
15,3 x 22,7 cm, *kart.*, 9,80 DM

Wer den Inhalt dieses Grundrisses in sich aufgenommen hat und beherrscht,
darf von sich sagen, daß er von allgemeiner Statistik etwas versteht.
Allgemeines Statistisches Archiv, Prof. Dr. F. Huhle, Darmstadt

FULDA, CARL H.

Einführung in das Recht der USA
1966, 112 S., 15,3 x 22,7 cm, *kart.*, 9,80 DM

Die sehr lebendig und anschaulich geschriebene Schrift wendet sich vor
allem an den deutschen Jura Studenten. Der Verfasser hat an Hand treffender
Rechtställe und stets im Vergleich mit dem deutschen Recht, die Struktur
der amerikanischen Rechtsordnung deutlich gemacht; vor allem deren beide
Grundpfeiler: den Föderalismus mit seiner Vielfalt von Institutionen sowie
das Nebeneinander von Richterrecht und Gesetzesrecht.

RIEBER, HEINRICH

Der Gemeinsame Markt; Textausgabe des EWG-Vertrages mit
Erläuterungen
1963, 2. *Auflage*, 368 S., DIN A 5, *Plastik geb.*, 12,80 DM

Die zweite, *neubearbeitete Auflage* enthält den Wortlaut des Vertrages zur
Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. 3. 1957 mit
Anhängen zu diesem Verträge. Außerdem sind das deutsche Zustimmungsgesetz
und die amtlichen Erläuterungen der Bundesregierung abgedruckt. Die
überarbeitete Einführung behandelt die Vorgeschichte der wirtschaftlichen
Einigung Europas und gibt einen kurzen Überblick über den Vertrag zur
Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

AYE, HANS ADOLF

Führer durch die Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung,
1966, 3. *Auflage*, 128 S., 15,3 x 22,7 cm, *kart.*, 12,50 DM

Die Neuaufgabe gibt den Rechtsstand vom 1. Januar 1966 wieder.

FÜSSLIN, R. W.

Das Bonner Grundgesetz
1966, 24. *Auflage*, 208 S., 8 *Tafeln*, DIN A 6 *kart.*, 6,80 DM

In Schaubildern wird die Struktur des Bundes, der Aufbau der Bundesorgane
und der Gang der Gesetzgebung einprägsam dargestellt. Die kurze
Wiedergabe des Werdegangs des Gesetzes, ein Überblick über die Verfassungen
der Länder sowie das ausführliche Sachverzeichnis mit gleichzeitiger
Erläuterung der verfassungsrechtlichen Begriffe erhöhen den instruktiven
Wert der Broschüre.

Nomos Verlagsgesellschaft

7570 Baden-Baden, Postfach 610



Ideen sind ansteckend !

Mit einer flüchtigen Bemerkung kann es beginnen; ein unbedeutendes Wort kann Anlaß sein. Findige Köpfe bringen neue Gesichtspunkte hinzu. Die Idee reift heran, sie weitet sich aus.

Wenn Sie in einer Umgebung, in der Ideen geboren werden, arbeiten wollen, dann finden Sie in der FERNSEH GMBH den Platz, den Sie sich vorstellen.

Hier projektieren, entwickeln, konstruieren und fertigen Ingenieure mit schöpferischem Denken und ge-

diegenem Wissen neue Videogeräte für das zukünftige Farbfernsehen.

Hier erwartet Sie ein breites Spektrum von Aufgaben aus der allgemeinen Nachrichtentechnik, der Impulstechnik, der Regeltechnik, der Mechanik, der Hochvakuumtechnik und der technischen Optik.

Über die interessante Problematik der Farbfernsehtechnik können Sie sich anhand der Broschüre unseres Mitarbeiters Dr.-Ing. H. Schönfelder „Farbfernsehen 2 – Gerätetechnik und Meßverfahren der Abtastung und Codierung“ informieren.

Sie ist in Zusammenarbeit mit der FERNSEH GMBH im Justus von Liebig Verlag, Darmstadt, erschienen. Eine Bestellkarte steht Ihnen zur Verfügung.

Bitte schreiben Sie uns. Wir werden Sie gerne beraten.

FERNSEH GMBH
Personalabteilung



61 Darmstadt, Am Alten Bahnhof 6
Mitglied des Bosch Firmenverbandes